

Die Neue Rechte. Hintergründe und Hauptelemente neurechten Denkens

Haas, Julia; Schmincke, Imke; Salzborn, Samuel et al.
(2020)

DOI (TUprints): <https://doi.org/10.25534/tuprints-00012853>

Lizenz:



CC-BY 4.0 International - Creative Commons, Namensnennung

Publikationstyp: Buch

Fachbereich: Zentrale Einrichtungen

Quelle des Originals: <https://tuprints.ulb.tu-darmstadt.de/12853>



DIE NEUE RECHTE

HINTERGRÜNDE
UND HAUPTELEMENTE
NEURECHTEN DENKENS

mit Beiträgen von

LEO ROEPERT

JULIA HAAS

IMKE SCHMINCKE

SAMUEL SALZBORN

THOMAS WAGNER

Zitiervorschlag: [Autor*in] 2020, [Titel des Beitrags]. In:
Engel, Daniel / Lanza, Adriana / Meier-Arendt, David (Hg.)
Die Neue Rechte. Hintergründe und Hauptelemente neurechten Denkens.
Darmstadt: TU Prints.
[70 Seiten]

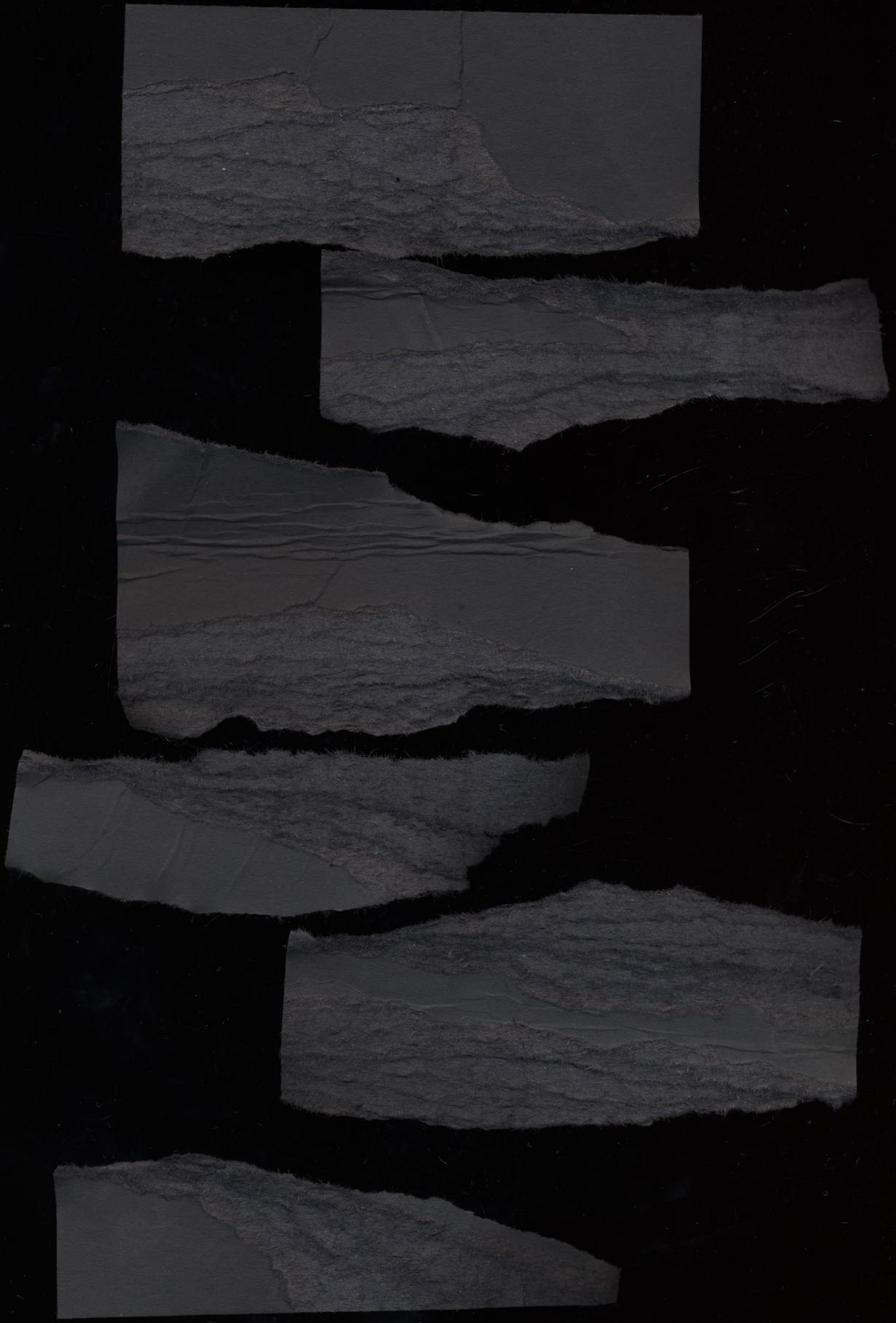


**DIE
NEUE
RECHTE**

Inhalt

- 08 **Vorwort** *Die Herausgeber*innen*
- 09 **Hauptsache Nebensache?
Rassismus als Gegenstand
der Populismus-Debatte** *LEO ROEPERT*
- 21 **Die "Neue Rechte" im
bundesdeutschen
Rechtsextremismus** *SAMUEL SALZBORN*
- 31 **Der facettenreiche
Antifeminismus der Neuen
Rechten - Zwischen
klassischem Antifeminismus
und der Instrumentalisie-
rung feministischer Politiken** *JULIA HAAS*
- 45 **Sex, Gender und Vielfalt
als Gefahr für Familie
und Gesellschaft?
Aktuelle Angriffe und
Kulturkämpfe des
Rechtspopulismus** *IMKE SCHMINCKE*
- 57 **Die Neue Rechte und die
Kunst der Provokation** *THOMAS WAGNER*

Herausgegeben von Daniel Engel, Adriana Lanza, David Meier-Arendt



Spätestens seit der Frankfurter Buchmesse im Oktober 2017 überschlugen sich die Publikationen, welche mit immer neuen Ansätzen und Thesen zu jenem Phänomen aufwarten, über dessen Bezeichnung immer noch heftig gestritten wird. Die Debatten drehen sich dabei um die Frage, unter welche der vorhandenen oder unter welche neuen begrifflichen Konzepte dieses Phänomen zu subsumieren ist. Handelt es sich um eine parteilich organisierte rechtspopulistische Bewegung? Oder ist die Partei selbst nur Ausdruck eines allgemeinen kulturellen Wandels in der Gesellschaft? Liegt die Ursache des Phänomens insgesamt primär in der Beschaffenheit gegenwärtiger sozio-ökonomischer Strukturen im Neoliberalismus? Diese verhältnismäßig kleine Aufzählung zeigt bereits, wie unüberschaubar, verschränkt und kontrovers die Diskussion um die Benennung des Phänomens, das in diesem Band mit ‚Neue Rechte‘ betitelt wurde, und dessen Ursachen ist. Die Kritik an der Begrifflichkeit ‚Neue Rechte‘ wird unter anderem auch Gegenstand einiger Beiträge dieses Readers sein. Der vorliegende Band möchte jedoch nicht vornehmlich ein Definitionsangebot für das Phänomen in die Debatte einbringen, sondern versammelt stattdessen unterschiedliche Beiträge in Form von inhaltlichen Auseinandersetzungen und Kontroversen, die im Rahmen der Vorträge und Diskussionen der Reihe ‚Die Neue Rechte: Hintergründe und Hauptelemente neurechten Denkens‘ entstanden sind.

Was hier unter dem Begriff ‚Neue Rechte‘ subsumiert wurde, scheint eine Bewegung zu sein, die in vielen gesellschaftlichen Teilbereichen an Einfluss gewinnt. Die bereits erwähnte Frankfurter Buchmesse steht nicht nur für diesen Einfluss im Bereich der Publizistik und der Politik, vielmehr zeigt sich dort auch, dass diese Entwicklungen nicht isoliert voneinander stattfinden, sondern sich verschiedene ideologische Formationen miteinander verschränken und gegenseitig ergänzen.

WO BAWOBT

Diese Entwicklungen lassen demnach keine isolierte Kritik zu, sondern verlangen eine Analyse und Darstellung der unterschiedlichen Facetten, Hintergründen und Hauptelementen dieser Bewegung. Um dies zu gewährleisten, beginnt der vorliegende Band mit einer kritischen Diskussion gegenwärtiger Ansätze und Perspektiven der Forschung zum Thema Populismus. Dazu beschreibt Leo Roepert Rassismus und Antisemitismus als ‚Blinden Fleck der Populismusforschung‘. Liegt Roeperts Fokus auf der kritischen Rassismusforschung, liefert der anschließende Beitrag von Samuel Salzborn einen Überblick über die Entwicklungen rechtsradikaler Bewegungen und die ‚Neue Rechte‘. Einen weiteren zentralen Themenblock stellen die Beiträge zu ‚Anti-Genderismus‘ bzw. Antifeminismus von Imke Schmincke und Julia Haas dar. Während Imke Schmincke einen Überblick über die Hintergründe und Entstehung unterschiedlicher Anti-Genderismus-Bewegungen gibt, fokussiert der Beitrag von Julia Haas gezielt die unterschiedlichen Facetten des Antifeminismus in der ‚Neuen Rechten‘. Der abschließende Beitrag von Thomas Wagner verfolgt personelle Überschneidungen, Berührungs- und Referenzpunkte zwischen dem italienischen Futurismus, frühen Faschismus sowie der ‚Neuen Rechten‘ und der 68er-Bewegung in der Bundesrepublik. Die Dokumentation der Vortragsreihe in diesem Band möchte unterschiedliche Perspektiven auf die sogenannte ‚Neue Rechte‘ vereinen. Das Ziel der Organisator*innen ist es dabei, einen Diskussionsrahmen zu eröffnen, in dem die unterschiedlichen Grundelemente (neu)rechten Denkens beleuchtet werden. Hiermit ist die Hoffnung verbunden, zu einer begrifflichen Schärfung der analytischen Perspektiven und der Formulierung einer emanzipatorischen Kritik beizutragen, ohne sich in den Fallstricken oberflächlicher Auseinandersetzungen zu verfangen.



REPORT

Leo Roepert

Hauptsache Nebensache? Rassismus als Gegenstand der Populismus-Debatte

AfD, Trump und Co. werden in Politik, Medien und Wissenschaft meistens als *populistisch* oder *rechts-populistisch* charakterisiert. Abgeleitet vom *populist movement*, einer Bewegung von US-amerikanischen Farmern, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts organisierte, um u.a. gegen die überhöhten Transportpreise der großen Eisenbahngesellschaften zu protestieren, hat sich *Populismus* in den Sozial- und Geschichtswissenschaften als Sammelbegriff für eine ganze Reihe politischer Parteien und Bewegungen etabliert. Als historisch bedeutende Erscheinungsformen des Populismus werden in der Literatur die sozialrevolutionäre Bewegung der Narodniki im russischen Zarenreich, die Steuerprotestbewegung der Poujadisten in Frankreich und die populistische Tradition in Südamerika (angefangen bei Juan Perón bis hin zu den linken Populismusvarianten bei Hugo Chávez und Evo Morales) genannt (Mudde/Kaltwasser 2017; Priester 2012).

Die Vielzahl unterschiedlicher Phänomene, die mit dem Begriff belegt wurden, machte es schwierig, eine allgemeine Definition zu finden. Viele WissenschaftlerInnen versuchten, den Populismus nicht durch bestimmte Inhalte, sondern über formale Merkmale zu bestimmen. Populismus wurde dann etwa als ein folkloristischer Stil in Sprache und Auftreten verstanden, durch den PolitikerInnen „Volksnähe“ und „Bodenständigkeit“ zu demonstrieren versuchen, oder als eine bestimmte Form politischer Rhetorik, die Sachverhalte vereinfacht, mit Personalisierungen und Ste-

reotypen arbeitet und eher die Gefühle als die Vernunft anspricht (Priester 2012, S. 32–50). Eine der einflussreichsten und elaboriertesten formalen Bestimmungen des Populismus stammt von Ernesto Laclau (2007). Für ihn ist der Populismus „a way of constructing the political“ (ebd., S. xi), der darin besteht, unterschiedliche unbefriedigte Bedürfnisse einer Bevölkerung in einer kollektiven Identität zu verbinden und dadurch zu artikulieren. Allerdings wurden die formalen Definitionen vielfach kritisiert, da sich Vereinfachung, Personalisierung, eine emotionale Ansprache und die Anrufung von Kollektiven bis zu einem gewissen Grade bei allen politischen Bewegungen und Parteien finden lassen. Populismus könne auf diese Weise nicht als eigenständiges Phänomen verstanden werden. In den letzten Jahren gab es daher verschiedene Anläufe, den Populismus inhaltlich zu bestimmen. Einer weithin geteilten Definition von Cas Mudde zufolge ist der Populismus eine “ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, ‘the pure people’ versus ‘the corrupt elite’, and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people” (Mudde 2004, S. 543).

Eine andere vielzitierte Definition, die der von Mudde Vorgeschlagenen ähnelt, stammt von Jan-Werner Müller. Ihm zufolge ist Populismus „eine ganz bestimmte Politikvorstellung, laut der einem moralisch reinen, homogenen Volk stets unmoralische,

korrupte und parasitäre Eliten gegenüberstehen – wobei diese Art von Eliten eigentlich gar nicht wirklich zum Volk gehören“ (Müller 2016, S. 42). Neben der Eliten-Kritik vom Standpunkt des Volkes gibt es für Müller noch ein zweites Merkmal, das den Populismus kennzeichnet, nämlich „der dezidiert moralische Anspruch, dass einzig die Populisten das wahre Volk vertreten“ (ebd., S. 44). Die Entgegensetzung von Volk und Elite bildet demnach das inhaltliche Grundmuster, das allen Formen des Populismus gemeinsam ist. Dieser populistische „Kern“ kann mit verschiedenen weiteren Elementen (Ideologien, sozialpolitischen und ökonomischen Programmen, usw.) kombiniert werden, so dass unterschiedliche Varianten von Populismus möglich sind. Eine davon ist der Rechtspopulismus:

„Der Rechtspopulismus fügt nun der Differenz zwischen »korrupter Elite« und »gutem Volk« eine weitere, dritte Unterscheidung hinzu: die Unterscheidung zwischen dem guten Eigenen (Volk, Nation, Gemeinschaft) und dem bedrohlichen Fremden (Ausländer, Migranten, Muslime)“ (Jörke/Selk 2017, S. 69).

Für das dritte Element, das die Spezifik des Rechtspopulismus ausmachen soll, finden sich in der Populismusforschung unterschiedliche Bezeichnungen. Häufig verwendete Begriffe sind Fremdenfeindlichkeit, Islamophobie und Nativismus, einige AutorInnen sprechen von kulturellem Rassismus. Insgesamt fällt jedoch auf, dass sich der Mainstream der Forschung zu Rechtspopulismus vor allem für dessen „populistische Dimension“ interessiert. Ausführlich wird etwa diskutiert, ob das Verhalten der politischen Eliten zum Aufstieg des Rechtspopulismus beigetragen hat und ob die populistische Anrufung des Volkes nur als „Gefahr“, oder auch als „nützliches Korrektiv“ für die Demokratie zu betrachten sei (Decker 2017; vgl. auch Priester 2012, S. 51 – 71). Dem rassistischen Bild der bedrohlichen Fremden und den daran anknüpfenden Vorstellungen einer „Überfremdung“ oder „Islamisierung“ des *Eigenen* wird hingegen weit weniger Beachtung geschenkt, obwohl sie im rechtspopulistischen Weltbild offensichtlich einen zentralen Stellenwert haben. Im Folgenden möchte ich zeigen, dass die Tatsache, dass der Zusammenhang von Rassismus und Rechtspopulismus bisher kaum theoretisch reflektiert und empirisch untersucht wurde, als ein Effekt der vorherrschenden Erklärungsansätze zum Rechtspopulismus verstanden werden kann. Innerhalb der akademischen Populismus-Debatte lassen sich zwei dominante Stränge unterscheiden: Auf der einen Seite stehen polit-ökonomische Ansätze, die den Rechtspopulismus aus ökonomischen Interessen und ihrer (man-

gelnden) politischen Repräsentation erklären. Auf der anderen Seite stehen Ansätze, die im Rechtspopulismus den Ausdruck eines kulturellen Konflikts zwischen *Kommunitaristen* und *Kosmopoliten* sehen. Beide Erklärungsstränge sind in ihren Begrifflichkeiten und Grundargumenten so strukturiert, dass die Marginalisierung und Dethematisierung des rechtspopulistischen Rassismus bereits angelegt ist.

Interessen und Abstiegsängste

Die polit-ökonomischen Erklärungen des Rechtspopulismus sind die aktuell am weitesten verbreiteten und meistdiskutierten. Dabei lassen sich eine Mainstreamvariante und eine linke Variante unterscheiden. In der Mainstreamvariante ist der polit-ökonomische Ansatz häufig mit dem Stichwort der „Modernisierungsverlierer“ verknüpft (Spier 2010), das bereits auf die zugrundeliegenden modernisierungstheoretischen Annahmen verweist. Modernisierungstheorien behaupten, dass Gesellschaften auf dem Pfad von Demokratie und Marktwirtschaft immer weiter voranschreiten und dabei notwendigerweise bestimmte Phasen und Umbrüche durchlaufen, die vor allem in ökonomischer Hinsicht immer mit „Chancen“ und „Risiken“ verbunden sind und dementsprechend „Gewinner“ und „Verlierer“ hervorbringen. Letztere würden sich, gerade in Zeiten besonders heftiger und schneller Modernisierungsschübe, rechten und populistischen Kräften zuwenden, die einfache Lösungen und Sicherheit versprechen. Auch in der linken Variante wird davon ausgegangen, dass es vor allem die ökonomisch Deprivierten sind, die sich rechten Kräften zuwenden (Dörre 2016, Eribon 2016, Nachtwey 2016, Streeck 2017a, Streeck 2017b). Allerdings wird die ökonomische Entwicklung hier nicht als notwendiger, quasi-objektiver Wandel beschrieben, sondern als Krisenprozess, der zumindest teilweise auf politische Entscheidungen zurückzuführen ist und der systematisch und zunehmend mehr „Verlierer“ als „Gewinner“ hervorbringt. Dabei werden jeweils unterschiedliche Momente und Entwicklungen in den Mittelpunkt der Analyse gestellt: die Globalisierung des Kapitals, welche Menschen, Regionen und Länder einer zunehmend destruktiven Standortkonkurrenz aussetzt; die neoliberale Deregulierung der Arbeitsmärkte und die zunehmende Ökonomisierung aller gesellschaftlichen Felder, die die Ausbreitung prekärer Beschäftigungsverhältnisse befördern, die Reallöhne sinken und die

Ungleichheit zunehmen lassen; der Umbau des Sozialstaates, der die Unsicherheit und den ökonomischen Druck auf die Individuen erhöht. Sowohl in der modernisierungstheoretischen als auch in der linken Variante steht die polit-ökonomische Erklärung des Rechtspopulismus vor zwei Problemen: Zum einen haben zahlreiche quantitative Studien gezeigt, dass der vermutete Zusammenhang zwischen objektiven Deprivationsmerkmalen (etwa niedriger beruflicher Status, niedriges Einkommen, Arbeitslosigkeit, usw.) und einer rechtspopulistischen Orientierung nicht eindeutig und allgemein nachgewiesen werden kann (Bergmann et al. 2017; Halikiopoulou/Vlandas 2016; Manow 2018). In einigen Fällen scheint der Zusammenhang zwar der Tendenz nach vorhanden zu sein, allerdings zeigt sich auch dort, dass es nicht nur die „Verlierer“ im Sinne der unteren Einkommenschichten, der prekär Beschäftigten und der Arbeitslosen sind, die den Rechtspopulismus unterstützen, sondern dass er seine AnhängerInnen auch aus bestimmten Fraktionen der Mittel- und Oberschichten rekrutiert (Koppetsch 2019, S. 97-106). Diese Befunde haben viele AutorInnen dazu gebracht, die „Modernisierungsverlierer“-These zu modifizieren und zu behaupten, dass nicht nur die objektive Betroffenheit von ökonomischen Globalisierungsfolgen, sondern auch subjektiv wahrgenommene ökonomische Benachteiligungen und Abstiegsängste für eine Hinwendung zum Rechtspopulismus ausschlaggebend sein können.

Diese subjektive Variante der Modernisierungsverlierer-These führt allerdings zu einem zweiten Problem, welches den Stellenwert betrifft, der ökonomischen Themen im rechtspopulistischen Diskurs zukommt, und das sich gut an den Analysen der PEGIDA-Bewegung von Oliver Nachtwey und Klaus Dörre veranschaulichen lässt. Nachtwey (2016) beschreibt in seinem Buch "Die Abstiegs-gesellschaft" die gesellschaftliche Entwicklung der letzten Jahrzehnte als einen Krisenprozess, den er vor allem auf der ökonomischen Ebene verortet: Seit der Ölpreiskrise der 70er Jahre sei in den entwickelten kapitalistischen Ökonomien ein Rückgang des Wachstums zu beobachten. Auch die neoliberale Wirtschaftspolitik und die von Nachtwey als „regressive Modernisierung“ bezeichneten politischen Maßnahmen (wie etwa die „Agenda 2010“) hätten an dieser Tendenz nichts ändern können. Inzwischen sei die Arbeitswelt geprägt von prekären Beschäftigungsverhältnissen und Unsicherheit. Das Aufstiegsversprechen, das den sozialstaatlich eingehegten Kapitalismus der „sozialen Moderne“ ausgezeichnet habe, könne nicht mehr aufrechterhalten

werden. In dieser Situation komme es zu neuen Formen des „Aufbegehrens“, zu denen Nachtwey neben Phänomenen wie den neuen Arbeitskämpfen und der Occupy-Bewegung auch die PEGIDA-Demonstrationen zählt: „Pegida ist [...] Ausdruck einer von Abstiegsängsten geplagten und radikalisierten Mitte – und des regressiven Aufbegehrens gegen eine marktkonforme Demokratie“ (Nachtwey 2016, S. 218). Wie bei Occupy seien es „Fragen der Demokratie, der Verteilung von Ressourcen und der gesellschaftlichen Hierarchie, welche die Pegida-Anhänger auf die Straße treiben – dieses Mal werden diese Punkte jedoch von rechten Wutbürgern thematisiert“ (ebd., S. 219). Eine ähnliche Einschätzung findet sich bei Klaus Dörre (2016), der PEGIDA zum Ausgangspunkt für einige allgemeine Thesen zum Rechtspopulismus macht: „Der neue Rechtspopulismus ist – nicht ausschließlich, aber doch signifikant – eine Bewegung gegen die Zumutungen und Zwänge des Marktes [...]“ (Dörre 2016, S. 261). Es sei davon auszugehen, dass soziale Gerechtigkeit ein entscheidendes Protestmotiv für die TeilnehmerInnen der PEGIDA-Märsche ist. Die Bewegung müsse als marktkritisch beurteilt werden, da sie sich gegen die „Universalisierung von Marktvergesellschaftung und Konkurrenz“ richte (ebd., S. 261 f.).

Beide Autoren sehen ökonomische Ursachen hinter dem Rechtspopulismus und schreiben den TeilnehmerInnen an den PEGIDA-Demonstrationen ökonomische Motive zu. Nachtweys Vergleich mit Occupy macht das besonders deutlich: bei beiden Bewegungen gehe es im Grunde um Gesellschafts- und Kapitalismuskritik, nur die Form der Thematisierung unterscheide sich. Nun reicht allerdings schon ein kurzer Blick in die Literatur oder auch in die mediale Berichterstattung, um zu sehen, dass „die Zwänge des Marktes“ oder die „marktkonforme Demokratie“ bei den PEGIDA-Demonstrationen keine Rolle spielen. Weder in den Reden und Forderungskatalogen der PEGIDA-OrganisatorInnen, noch in den Sprechchören oder auf den Transparenten der TeilnehmerInnen findet sich etwas, das auch nur im Entferntesten an Markt- oder Kapitalismuskritik erinnert (Walter et al. 2015; Vorländer et al. 2016). Die einzige Verteilungsfrage, die bei PEGIDA diskutiert wird, ist die nach der Verteilung von Geflüchteten.

Was am Beispiel PEGIDA besonders deutlich hervortritt, gilt für den Rechtspopulismus insgesamt: seine eigentlichen Themen sind die Identität und Souveränität des Eigenen und deren Zerstörung durch MigrantInnen einerseits und das zersetzende Handeln der Eliten andererseits. Diese Themen sind nicht ökonomisch,

sondern, wie man in erster Annäherung sagen könnte, „kulturell“. Zwar thematisiert der Rechtspopulismus auch ökonomische Fragen, bei näherer Betrachtung zeigt sich aber, dass diese immer mit „kulturellen“ Annahmen verknüpft sind oder dass „kulturelle“ Anliegen im Zweifelsfall vor ökonomischen Interessen den Vorrang haben. Ein prominentes Beispiel dafür sind die konservativen und rechtspopulistischen Brexit-HardlinerInnen, die im Namen der „nationalen Souveränität“ bedingungslos den Austritt Großbritanniens aus der EU anstreben, obwohl sich ein Großteil der ÖkonomInnen und Wirtschaftsverbände einig sind, dass insbesondere ein Austritt ohne eine Regelung der zukünftigen politischen und ökonomischen Beziehungen für beide Seiten verheerende wirtschaftliche Folgen hätte. „Nationale Souveränität“ erscheint hier als ein Wert an sich, für den buchstäblich kein Preis zu hoch ist. Auch die ökonomischen Argumente, die gegen Migration vorgebracht werden, beruhen immer auf Annahmen über das „kulturelle“ Wesen der MigrantInnen. Auf diesen Punkt werde ich weiter unten noch einmal zurückkommen.

Für die polit-ökonomischen Ansätze ergibt sich also das Problem, die Diskrepanz zwischen den angenommenen ökonomischen Ursachen bzw. Motiven und den primär „kulturellen“ Themen des Rechtspopulismus erklären zu müssen. Wenn die AnhängerInnen des Rechtspopulismus tatsächlich ökonomische Motive haben, wenn sie die Ungerechtigkeit des Kapitalismus kritisieren oder auch einfach nur ihre ökonomische Situation verbessern wollen, wieso artikulieren sie ihre Kritik oder ihre Interessen dann nicht direkt? Wäre es nicht naheliegend, eine linke Partei oder Bewegung zu unterstützen, die ökonomische Ungerechtigkeiten und Probleme adressiert und sich dafür einsetzen, diese zu beheben? Warum also äußert sich die angeblich ökonomische Unzufriedenheit und Kritik in der Form eines rechtspopulistischen Diskurses, der sich gegen „Überfremdung“ und „Islamisierung“ richtet und den Eliten nicht etwa Ausbeutung, sondern die Aushöhlung nationaler Souveränität und die Zersetzung der Identität des *Eigenen* vorwirft?

Die „Notwehr“-These

Eine gerade bei VertreterInnen der linken Erklärungsvariante beliebte Form, mit dieser Diskrepanz umzugehen, besteht in der These, dass die Deprivierten gar keine andere Wahl haben, als sich mit ihren ökonomisch begründeten Ängsten und ihrer Wut an die

Rechtspopulisten zu wenden. Ein zentraler Grund dafür sei, dass die linken und insbesondere die sozialdemokratischen Parteien, die traditionell die Interessen der Lohnabhängigen vertreten hatten, spätestens seit den 1990er Jahren zum Neoliberalismus übergelaufen sind. Auf diese Weise sei eine Repräsentationslücke auf der linken Seite des politischen Spektrums entstanden, die sich nun der Rechtspopulismus zunutze mache, indem er als einzige politische Kraft eine grundlegende Systemkritik formuliere und auf die Interessen und Sorgen derjenigen eingehe, die unter dem neoliberalen Regime leiden. Deren Hinwendung zum Rechtspopulismus müsse daher als „eine Art politische Notwehr“ (Eribon 2016, S. 124) verstanden werden. Diese Deutung impliziert zum einen, dass die rechtspopulistische Elitenkritik zwar etwas ungehobelt und überspitzt sein mag, der Sache nach aber berechtigt ist: Die regierenden Parteien und das politische Establishment haben sich tatsächlich insofern von den Interessen und Sichtweisen „des Volkes“ entfernt, als sie eine Politik betrieben haben, die wenigen Reichen genutzt, der Mehrheit der Menschen jedoch geschadet habe.¹ Zum anderen wird nahegelegt, dass in wesentlichen Punkten keine inhaltliche Übereinstimmung zwischen den rechtspopulistischen WortführerInnen und ihrer AnhängerInnen besteht. Populistische PolitikerInnen mögen zwar mitunter „Tabubrüche“ begehen, etwa in Form „unschöner“ Aussagen über MigrantInnen, Frauen und Minderheiten, der überwiegenden Mehrheit der WählerInnen gehe es jedoch lediglich darum, ihre Unzufriedenheit mit der Demokratie und der ökonomischen Ungerechtigkeit zum Ausdruck zu bringen. Entsprechend besteht bei AutorInnen, die ihren Analysen explizit oder implizit die „Notwehr“-These zugrunde legen, die Tendenz, den Rassismus (aber beispielsweise auch die Misogynie und den obsessiven Antifeminismus) des Rechtspopulismus nur am Rande oder gar nicht zu thematisieren. Die Debattenbeiträge von Wolfgang Streeck (Streeck 2017a, 2017b) sind ein Beispiel dafür. Die aktuellen politischen Verschiebungen versteht er als eine „Wiederkehr der Verdrängten“ (Streeck 2017a), als Protest derjenigen, die ihre Interessen von der neoliberalen Globalisierung verletzt

1. Einige AutorInnen machen keinen Hehl aus ihren Sympathien für die rechtspopulistische Elitenkritik und beteiligen sich zum Teil selbst ausgiebig an der Polemik gegen die „kosmopolitischen“ und „abgehobenen“ Eliten. Die realistische Deutung, die im tatsächlichen Verhalten der Eliten den Hauptgrund für die rechte Elitenkritik ausmacht, blendet jedoch die wahnhaftige und paranoide Dimension des rechtspopulistischen Elitenbildes aus, die in verschwörungstheoretischen, antisemitisch konnotierten und zum Teil auch offen antisemitischen Narrativen, Zuschreibungen und Bildern zum Ausdruck kommt.

sehen. Den Ausdruck *Populismus* lehnt Streeck ab, da er zu einem Kampfbegriff geworden sei, mit dem die „Globalisierungsgläubigen“ versuchen, „nationale Alternativen“ zur Globalisierung zu diskreditieren (ebd., S. 261). Überhaupt gerate der „Protest gegen materielle und moralische Degradierung [...] unter Faschismusverdacht“ (ebd., S. 263). Dass das damit zu tun haben könnte, dass sich der vermeintliche Protest gegen die Globalisierung vor allem in rassistischen Stereotypen gegenüber MigrantInnen und „dem Islam“ äußert, wird von Streeck mit keinem Wort erwähnt. Nur an einer Stelle heißt es verklausuliert, dass es zu "Verstößen gegen die geltenden Regeln zivilisierten öffentlichen Sprechens" (ebd., S. 263) kommt. Streecks Erklärung dafür lautet, dass den „plebejischen Klassen“, nachdem ihre ehemaligen Repräsentanten zur „Globalisierungsfraktion“ übergelaufen sind, „für die Artikulation von Protest gegen den kapitalistischen Modernisierungsdruck nur noch das unbehandelte sprachliche Rohmaterial vopolitischer Deprivationserfahrungen zur Verfügung steht“ (ebd., S. 263). Wenn bei PEGIDA-Veranstaltungen „Absaufen!“ skandiert wird, liegt das dieser Lesart zufolge also daran, dass man die Kritik am „kapitalistischen Modernisierungsdruck“ nicht anders auszudrücken weiß (Dalkowski 2018). Spätestens bei Beiträgen wie denen von Streeck wird deutlich, dass die These von der Repräsentationslücke und der daraus folgenden „Notwehr“ nicht nur theoretisch wenig überzeugend ist, sondern darüber hinaus eine stark verharmlosende bis apologetische Schlagseite aufweist. Zwar ist nicht von der Hand zu weisen, dass sich die sozialdemokratischen Parteien „neoliberalisiert“ haben und die Interessen ihrer alten Stammklientel nicht mehr vertreten. Daraus eine Repräsentationslücke abzuleiten, ist jedoch nicht besonders plausibel. Denn zum einen wurde die Lücke, die die Sozialdemokratie hinterlassen hat, in vielen politischen Systemen von anderen (z.T. neu gegründeten) linken Parteien ausgefüllt, von denen viele weiterhin sozialdemokratische Konzepte verfolgen und von denen einige, wie *Podemos* in Spanien und *Syriza* in Griechenland, auch politische Erfolge verbuchen konnten. In den nord- und mitteleuropäischen Ländern sind diese Parteien aber marginal geblieben und erhalten bei Wahlen aktuell im Schnitt weniger Stimmen als die Rechtspopulisten. Zum anderen kann davon ausgegangen werden, dass sich ein im weitesten Sinne linkes, gegen materielle Ungleichheit und Not oder gar gegen den Kapitalismus gerichtetes Potential auch außerparlamentarisch – etwa in Form von Demonstrationen und Initiativen sozialer Selbstorganisation –

manifestieren würde, so es denn vorhanden wäre. Dass in Nord- und Mitteleuropa nichts dergleichen passiert und stattdessen der Rechtspopulismus immer stärker wird, spricht dafür, dass es nicht an linken Angeboten mangelt, sondern schlicht an einer linken „Nachfrage“. Inzwischen gibt es einige Studien, die zeigen, dass sexistische und rassistische Einstellungsmuster bei der rechtspopulistischen AnhängerInnenschaft weit verbreitet sind (Schaffner et al. 2018; Schröder 2018; Schwarzbözl/Fatke 2016). Alles spricht dafür, dass die Rechtspopulisten von der Mehrheit ihrer AnhängerInnen nicht trotz, sondern gerade wegen der Aussagen zu MigrantInnen, Frauen und Minderheiten gewählt werden.

Ökonomischer Reduktionismus

Eine andere weit verbreitete Form, mit der Diskrepanz zwischen den unterstellten ökonomischen Motiven und den „kulturellen“ Themen des Rechtspopulismus umzugehen, besteht darin, Rassismus und Nationalismus zwar zur Kenntnis zu nehmen, anschließend aber auf ökonomische Ursachen oder Funktionen zu reduzieren. Dörre (2016, S. 262) etwa spricht davon, dass sich die ökonomische Marktmacht, da sie diffus und abstrakt sei, nicht eindeutig zuordnen lasse, weshalb die Kritik an ihr sowohl emanzipatorisch als auch reaktionär-nationalistisch politisiert werden könne. Der Rechtspopulismus „besetzt die soziale Frage und deutet sie in einen Verteilungskampf um, der zwischen Innen und Außen, zwischen zivilisierten und vermeintlich minderwertigen Kulturen ausgetragen wird“ (ebd., S. 260). Unklar bleibt, wer genau diese Umdeutung vornimmt und zu welchem Zweck. Sind es die rechtspopulistischen AnführerInnen, die die ökonomisch Bedrängten für ihre rassistische Agenda gewinnen wollen? Dann wäre die Frage, warum dieses Deutungsangebot bei den AdressatInnen verfangt. Oder gibt es bei den AnhängerInnen des Rechtspopulismus eine spontane Neigung, den ökonomischen Konflikt zwischen „oben“ und „unten“ als kulturellen Konflikt zwischen dem *Eigenen* und den *Fremden* wahrzunehmen? Dörre belässt es bei der These und geht diesen Fragen nicht weiter nach. Eine zweite Variante des ökonomischen Reduktionismus besteht darin, Rassismus und Nationalismus über eine ökonomische oder strategische *Funktion* zu erklären, die ihnen in einem Verteilungskonflikt zukommen soll. Nachtwey etwa charakterisiert PEGIDA als „identitäre soziale Bewegung“ (Nachtwey 2016, S.

219), deren Islamfeindschaft „das neue Gewand eines Rassismus [ist], der die vermeintliche kulturelle Überlegenheit der westlichen Kultur herausstellt“ (ebd., S. 223). Ohne weiter auf die Inhalte des Identitätsdenkens und des Rassismus einzugehen, schreibt er ihnen eine machstrategische Funktion zu: „In Wahrheit geht es dabei jedoch nicht um die Anerkennung ethnischer Differenz, sondern um den Erhalt von Etabliertenvorrechten“ (ebd., S. 219). Auch wenn Nachtwey den Punkt nicht weiter ausführt, legt die Formulierung nahe, dass er die kulturelle Argumentation für vorgeschoben hält. Die PEGIDA-AnhängerInnen würden dann nur behaupten, Angst vor „Überfremdung“ und „Islamisierung“ zu haben, während es ihnen eigentlich darum geht, ihre Privilegien zu verteidigen. Auch der Begriff des Wohlfahrtschauvinismus, der in der Debatte um den Rechtspopulismus immer wieder auftaucht, zielt in diese Richtung. Die Identifikation mit Volk und Nation ist demnach nichts anderes als die Formulierung eines Anspruchs auf den Schutz des Wohlfahrtsstaates vor den Gefahren der Globalisierung, während die Abwertung und Dämonisierung der *Fremden* den strategischen Sinn hat, die knappen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen nicht mit ihnen teilen zu müssen. Für Philipp Manow (2018) ist der Konflikt um wohlfahrtsstaatliche Leistungen die Erklärung dafür, dass nicht nur ökonomisch prekäre Gruppen den Rechtspopulismus unterstützen. Seine These lautet, dass das gegenwärtige Erstarken des Rechtspopulismus zwar ökonomische Ursachen habe, diese sich jedoch je nach Wirtschaftsmodell unterscheiden (ebd., S. 61–69). Im westlich-angelsächsischen Wirtschaftsmodell, das sich durch liberale Arbeitsmärkte und einen wenig großzügigen Wohlfahrtsstaat auszeichnet, komme es im Zuge der Globalisierung vor allem in den prekären Arbeitsmarktsegmenten zu einer Konkurrenz zwischen „Einheimischen“ und ArbeitsmigrantInnen. Manow hat hier vor allem Großbritannien vor Augen, das einen großen Zuzug von osteuropäischen EU-BinnenmigrantInnen zu verzeichnen hatte. Im nord- und mitteleuropäischen Wirtschaftsmodell sind die Arbeitsmärkte stärker reguliert, der Wohlfahrtsstaat jedoch großzügig, weshalb diese Länder zu einem Hauptziel der Fluchtmigration werden. In der Folge entstehe ein Konflikt um die Verteilung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen, der nicht nur Arbeitslose und prekär Beschäftigte betrifft, sondern auch die gut integrierten Beschäftigten, die auf einen funktionierenden Wohlfahrtsstaat angewiesen sind, der sie vor Arbeitsmarktrisiken schützt. Auf diese Weise sei es zu erklären, dass auch Teile der ökonomisch gut

dastehenden Mittelschichten sich dem Rechtspopulismus anschließen. Schließlich argumentiert Manow, dass der Rechtspopulismus in den südeuropäischen Ländern nur deshalb keinen großen Zulauf hat, weil der Wohlfahrtsstaat dort stark klientelistisch organisiert ist und MigrantInnen kaum Zugang zu Sozialleistungen haben. Das Hauptproblem der südeuropäischen Länder sei daher nicht die Migration, sondern die Staatsschulden und die Austeritätspolitik, weshalb sich dort vor allem linkspopulistische Parteien etabliert haben. Für Manow lässt sich die Ablehnung der *Fremden* also gänzlich aus ökonomischen Verteilungskonflikten erklären, entweder um Arbeitsplätze, oder aber um wohlfahrtsstaatliche Leistungen. Sie erscheint dann als eine vielleicht unschöne, aber dennoch rationale und damit nachvollziehbare Haltung. Da es hier schlicht um die Wahrnehmung von Interessen gehen soll, ist bei Manow konsequenterweise an keiner Stelle von Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit die Rede. Die These, dass sich die Migrationsfeindlichkeit aus der Konkurrenz zwischen „Einheimischen“ und *Fremden* ergibt, erweist sich jedoch bei genauerer Betrachtung als Scheinerklärung. Konkurrenz bezeichnet das Verhältnis, in dem sich – zumindest potentiell – alle Individuen in der kapitalistischen Gesellschaft zueinander befinden. Auch die „Einheimischen“ konkurrieren untereinander um Arbeitsplätze und (in gewisser Hinsicht) um Sozialleistungen. Um eine Konkurrenz zwischen „Einheimischen“ und *Fremden* behaupten und wahrnehmen zu können, müssen diese Gruppen bereits unterschieden sein. Die Kriterien, nach denen Menschen im rechtspopulistischen Diskurs als der einen oder der anderen Gruppe zugehörig definiert werden, und die Eigenschaften, die diesen Gruppen zugeschrieben werden, sind allerdings weder rein ökonomisch, noch orientieren sie sich ausschließlich am rechtlichen Status der Staatsbürgerschaft, sondern ergeben sich aus einer bestimmten Vorstellung von „Kultur“. Die Zuordnung zu einer Gruppe erfolgt anhand unterstellter oder tatsächlicher Einstellungen, Verhaltensweisen und Lebensstile (etwa muslimischer Glaube), der Hautfarbe und anderer äußerer Merkmale oder der Abstammung („Migrationshintergrund“). Auch die Gründe für die Ablehnung der *Fremden* sind entsprechend zu einem großen Teil „kulturell“: sie beziehen sich auf ihre Lebensweise, die „ganz anders“ als die eigene sei, daher nicht „zu uns“ passe und darüber hinaus durch ihren expansiven Charakter das *Eigene* zu verdrängen drohe. Auch da, wo dezidiert ökonomische Gründe für die Ablehnung der *Fremden* vorgebracht werden, stehen kulturelle Zuschreibungen im Hinter-

grund. Das Argument etwa, dass die Aufnahme von Geflüchteten notwendigerweise zu einer Überlastung des Sozialstaates führen müsse, der sich doch zunächst mal um die Nöte der „Einheimischen“ kümmern sollte, beruht auf der Prämisse, dass die Geflüchteten ihrem Wesen nach ungebildet und unproduktiv sind und daher jetzt und in Zukunft nur als „Empfänger“ von Sozialleistungen, nicht aber als „Einzahler“ in Betracht kommen. Es werden demnach tendenziell auch die MigrantInnen abgelehnt, die Jobs machen, die die „Einheimischen“ entweder nicht machen wollen oder können, gegen die also weder ein Konkurrenzinteresse noch die „nationalökonomische Vernunft“ spricht.

Kommunitaristen vs. Kosmopoliten

Der zweite einflussreiche Deutungsstrang innerhalb der Rechtspopulismusdebatte verzichtet auf die Annahme ökonomischer Ursachen und interpretiert den Rechtspopulismus als ein genuin kulturelles Phänomen. Dabei dient oftmals die These als Ausgangspunkt, dass die westlichen Gesellschaften der Gegenwart in zwei kulturelle Lager gespalten seien, die in der deutschsprachigen Literatur häufig als *Kommunitaristen* und *Kosmopoliten* bezeichnet werden (Koppetsch 2019; Merkel 2017; Reckwitz 2017; Rensmann 2017); der britische Publizist David Goodhart spricht in seiner vieldiskutierten Studie von *Somewheres* und *Anywheres* (Goodhart 2017). Beide Gruppen unterscheiden sich nicht primär durch ihre ökonomische Lage oder ihre politische Orientierung, sondern vor allem durch ihre Werte und ihren Lebensstil. Die Kommunitaristen sind unterdurchschnittlich gebildet, sozial stark an ihren Herkunftsort gebunden und von Gemeinschafts- und Familienwerten geprägt. Die Kosmopoliten verfügen hingegen in der Regel über eine akademische Bildung, sind beruflich und privat mobil und zeichnen sich durch individualistische Leistungs- und Selbstverwirklichungsorientierungen aus.

Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts waren in den westlichen Gesellschaften kommunitaristische Werte und Sichtweisen vorherrschend, während die Gruppe der Kosmopoliten lediglich eine kleine Minderheit darstellte. Durch die Bildungsexpansion seit den 1960er Jahren und den Strukturwandel hin zu einer Wissens- und Kulturökonomie wächst die Gruppe der Kosmopoliten jedoch allmählich und wird schließlich gesellschaftlich dominant. Obwohl numerisch nach wie vor in der Minderheit², besetzt sie die gesellschaftlichen

Machtpositionen und bestimmt das Geschehen in Politik, Wissenschaft und Medien. Wichtige politische Entscheidungen und der öffentliche Diskurs reflektieren die Sichtweise der Kosmopoliten, während die der Kommunitaristen nur wenig Berücksichtigung findet. Der (Rechts-)Populismus könne nun, so die These, als Ausdruck einer kommunitaristischen Gegenbewegung zur gesellschaftlichen Dominanz der Kosmopoliten verstanden werden. Die Rechtspopulisten führen einen symbolischen Klassenkampf zur Wiederherstellung der alten Ordnung (vgl. Koppetsch 2019, S. 126 ff.). Gegen den Individualismus soll die Familie und die Gemeinschaft, gegen Flexibilität und Selbstverwirklichung die alten Mittelschichtstugenden, gegen die „Political Correctness“ der „gesunde Menschenverstand“ wieder zur Geltung gebracht werden. Die Interpretation des Rechtspopulismus als Kulturkampf zwischen Kommunitaristen und Kosmopoliten hat zunächst eine hohe Plausibilität. Im Gegensatz zu den polit-ökonomischen Deutungen kann erklärt werden, warum Fragen der Identität und der Lebensweise im rechtspopulistischen Diskurs eine so zentrale Rolle spielen. Allerdings konzentriert sich auch diese Deutung auf den Gegensatz von „Volk“ und „Elite“, also auf die „populistische Dimension“ des Rechtspopulismus. Die Ablehnung der Fremden wird nur am Rande thematisiert, die entsprechenden Zuschreibungen, Bilder und Narrative werden kaum untersucht. Der Begriff des Rassismus wird – sofern er überhaupt auftaucht – weitgehend deskriptiv verwendet. Bezüge zu sozialwissenschaftlichen Rassismustheorien finden sich auch in diesem Deutungsstrang kaum. Goodhart etwa gesteht zwar zu, dass es innerhalb der Gruppe der *Somewheres* auch eine Minderheit von Rassisten und „hard authoritarians“ gebe (die etwa 5 % der Gesamtbevölkerung ausmachen) (Goodhart 2017, S. 44 f.). Insgesamt sei die Weltansicht der *Somewheres* aber nicht als rassistisch, sondern als „anständiger Populismus“ zu charakterisieren: konservativ, kommunitaristisch, moderat nationalistisch (ebd., S. 6 und S. 14 f.). Der „linke“ Rassismusbegriff ist für Goodhart zu weit, weil er auch „normal human feelings“ als Rassismus klassifiziere (ebd., S. 32). Für skeptische bis ablehnende Haltungen gegenüber Migration hat er eine andere

² Goodhart schätzt auf Grundlage von Meinungsumfragen, dass die Gruppe der kosmopolitischen *Anywheres* in Großbritannien etwa 20 bis 25 % und die kommunitaristischen *Somewheres* etwa 50 % der Bevölkerung ausmachen. Etwa 25 – 30 % ließen sich keiner der beiden Gruppen eindeutig zuordnen („Inbetweeners“) (vgl. Goodhart 2017, S. 4). Andreas Reckwitz schätzt, dass die kosmopolitischen neuen Mittelklassen etwa ein Drittel der Gesellschaft ausmachen (vgl. Reckwitz 2017, Kapitel V).

Erklärung: Da Gesellschaften auf gemeinsamen Werten, auf Familiarität und Vertrauen beruhen, die das Zusammenleben und die Kooperation für das Gemeinwohl erleichtern, führe ein Übermaß an Migration – insbesondere aus Ländern, deren Kultur sich sehr von der eigenen unterscheidet – dazu, dass sich die Identität der Gesellschaft zu schnell verändert, was viele Menschen überfordere und verunsichere (ebd., S. 22 f.). Diese Argumentationen, die sich in ähnlicher Form auch bei anderen VertreterInnen einer kulturellen Erklärung findet, tendiert allerdings dazu, die Identitätskategorien des rechten Denkens zu reproduzieren. Denn Goodharts Behauptung, dass das gesellschaftliche Zusammenleben auf geteilten Werten, Familiarität und Vertrauen beruht, kann kaum als eine angemessene Beschreibung des heutigen, hochgradig ausdifferenzierten und institutionell vermittelten Kapitalismus gelten. Vielmehr entspringt sie einem Deutungsmuster, in dem nicht nur die *Fremden*, sondern auch das *Eigene* als homogenes Kollektiv bzw. als *Gemeinschaft* verstanden wird. Statt die Ursachen dafür zu untersuchen, warum einige gesellschaftliche Gruppen individualistischen Deutungsmustern anhängen, während andere in Kollektivkategorien denken, werden letztere einfach in die wissenschaftliche Beschreibung des Phänomens übernommen. Das Erklärungsbedürftige wird auf diese Weise Teil der Erklärung. Im Gegensatz dazu versucht Cornelia Koppetsch, eine andere prominente Vertreterin einer kulturellen Erklärung, die identitären Diskurse um das *Eigene* und das *Fremde* theoretisch ernst zu nehmen. Allerdings gelangt auch sie nicht zu einer fundierten Rassismusanalyse. So führt sie zwar aus, dass das aus der „Neuen Rechten“ stammende Konzept des Ethnopluralismus innerhalb rechtspopulistischer Diskurse eine große Rolle spielt, lässt aber offen, ob sie darin eine Fortführung oder eine Abkehr vom Rassismus sieht (Koppetsch 2019, S. 133 f.). Später spricht Koppetsch dann nur noch vom „Islam- und Migrationsthema“ oder auch – den rechtspopulistischen Sprachgebrauch reproduzierend – von „Islam- und Migrationskritik“, die sie als „allgemeine symbolische Klammer“ ansieht, die die verschiedenen Strömungen der rechtspopulistischen AnhängerInnenschaft verbindet (ebd., S. 135 f.). Dabei vertritt sie die These, dass das „Islam- und Migrationsthema“ jeweils unterschiedliche Funktionen erfüllt. Für die konservativen Oberschichten diene der Diskurs dazu, durch Naturalisierungen gesellschaftliche Hierarchien festzuschreiben, was Koppetsch am Beispiel von Sarrazins "Deutschland schafft sich ab" zu illustrieren versucht. Seine Spekulationen darüber,

dass Deutschlands Leistungsfähigkeit abnehme, weil Muslime möglicherweise aufgrund von „Erbfaktoren“ nur über eine unterdurchschnittliche Intelligenz verfügen, interpretiert Koppetsch explizit *nicht* als Rassismus, sondern als wohlfahrtsschauvinistischen Versuch, die gesellschaftliche Klassenhierarchie festzuschreiben. Den Mittelschichten und prekären Milieus hingegen gehe es darum, eine identitätsstiftende Gemeinschaft gegenüber Außenseitern zu verteidigen. Zu diesem Zweck werde, einer „kompensatorischen Logik der Wiederaufrichtung des Selbstbildes“ folgend, eine Differenz zwischen dem „Volk“ und den Zugewanderten konstruiert (ebd., S. 140). Dabei gehe es der Mittelschicht in ihrer „klassenpolitischen Strategie“ vor allem um die Wiederherstellung eines kulturellen Alleinvertretungsanspruchs, während die prekären Milieus das Ziel verfolgen, unliebsame KonkurrentInnen um Arbeitsplätze und Sozialleistungen auszugrenzen (ebd., S. 140 f.). Obwohl Koppetsch sich merklich bemüht, dem Stellenwert der „Islam- und Migrationskritik“ innerhalb des Rechtspopulismus Rechnung zu tragen, verfällt sie letztendlich in dieselben Reduktionismen, die sich bei den polit-ökonomischen Erklärungsansätzen finden. Alles, was im rechtspopulistischen Diskurs über die "Fremden" gesagt wird, ist Teil einer *Strategie* und erfüllt eine *Funktion*. Lediglich die Rede von der „kompensatorischen Logik der Wiederaufrichtung des Selbstbildes“ verweist auf eine darüber hinausgehende Dimension des Phänomens, der Koppetsch an dieser Stelle jedoch nicht weiter nachgeht. An späterer Stelle finden sich sozialpsychologische Ausführungen zu Angst und Rigidität, die sie mit dem Wunsch nach Abschottung und der Ablehnung von Migration in Verbindung bringt (ebd., S. 157 ff.). Sie bleiben aber insgesamt vage und werden nicht mit den vorher angestellten Überlegungen vermittelt.

Rassismus als Leerstelle der Populismus-Debatte

Ich habe zu zeigen versucht, dass die beiden Erklärungsmuster, die die sozialwissenschaftliche Debatte zum Rechtspopulismus dominieren, dazu tendieren, die Frage des Rassismus auszublenden oder reduktionistisch zu behandeln. Bei den polit-ökonomischen Erklärungsansätzen, die für viele eine große Plausibilität zu haben scheinen, wird die „kulturelle“ Argumentation des Rechtspopulismus um die Identität des *Eigenen*, die durch die Ausbreitung der *Fremden* bedroht sei, entweder gar nicht zur Kenntnis genommen oder

aber als ein Epiphänomen ökonomischer Ursachen interpretiert, indem suggeriert wird, dass die *eigentlichen* Themen des Rechtspopulismus, die sich *hinter* der Rede von Identität und Kultur verbergen, ökonomische Interessen, die „soziale Frage“ oder gar Kritik am Kapitalismus seien. Die kulturellen Erklärungsansätze hingegen haben zwar im Allgemeinen einen schärferen Blick dafür, dass im Rechtspopulismus vor allem Fragen der Identität und Lebensweise verhandelt werden; wenn es darum geht, den rechtspopulistischen Diskurs über die *Fremden* zu analysieren, neigen sie jedoch häufig dazu, die rechten Identitätskategorien unhinterfragt zu lassen, wenn nicht gar zu übernehmen, oder ebenfalls auf ökonomische Reduktionismen zurückzugreifen.

Letztendlich ergibt sich ein paradoxes Bild: obwohl in weiten Teilen der Sozialwissenschaften, aber auch der breiteren Öffentlichkeit Einigkeit darüber bestehen dürfte, dass die Ablehnung von MigrantInnen und „des Islam“ einen herausragenden Stellenwert im rechtspopulistischen Weltbild hat, gibt es eine erstaunlich geringe Bereitschaft, sich empirisch, vor allem aber theoretisch mit diesem Themenfeld auseinanderzusetzen. So gibt es in *keinem* mir bekannten Beitrag, der den Rechtspopulismus im *Allgemeinen* zu beschreiben und zu erklären beansprucht, eine genauere Analyse des gegen "die Fremden" gerichteten Diskurses. Rassismus und verwandte Begriffe werden überwiegend rein deskriptiv verwendet. Verweise auf die sozialwissenschaftliche Rassismusforschung finden sich nur punktuell, eine tatsächliche Rezeption und Auseinandersetzung mit ihren Befunden und theoretischen Konzepten findet nicht statt. Dabei würde eine nähere Analyse des rechtspopulistischen Diskurses über "die Fremden" – kombiniert mit einem Blick in die Geschichte – schnell und einfach zeigen können, dass die dort vorherrschenden Überwältigungs- und Untergangphantasien, die auf Vorstellungen von der Schwäche und dem Verfall des *Eigenen* und von der archaischen Potenz "der Fremden" aufbauen, in der historischen Tradition des europäischen Rassismus zu verorten sind. Eine adäquate Deutung des Rechtspopulismus müsste daher auf die empirische Forschung und Theoriebildung zu historischen und gegenwärtigen Erscheinungsformen des Rassismus Bezug nehmen. Auch wenn es innerhalb der Rassismusforschung verschiedene Stränge gibt, besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass ökonomische Reduktionismen, die, wie ich gezeigt habe, in der Rechtspopulismusdebatte häufig anzutreffen sind, für das Verständnis des Rassismus unzureichend sind. Rassismus wird vielmehr als eigenständiges Herrschaftsverhältnis und Welt-

deutungsmuster verstanden, das individuelle und kollektive Identitäten, gesellschaftliche Praktiken und Institutionen gleichermaßen strukturiert.

Über die Gründe, warum der Rassismus in der deutschsprachigen Debatte um den Rechtspopulismus nur am Rande vorkommt und kaum theoretisch reflektiert wird, lässt sich spekulieren. Eine zentrale Rolle spielt sicherlich die allgemeine Tendenz, das Thema Rassismus in der Öffentlichkeit und auch in den Sozialwissenschaften zu verdrängen, weil sich die Einsicht, dass die bürgerliche Gesellschaft nicht nur historisch auf dem Rassismus aufbaut, sondern ihn strukturell immer wieder hervorbringt, nicht gut mit ihrer positiven Selbstbeschreibung verträgt. Wie ein Vergleich mit dem angelsächsischen Raum deutlich macht, gilt das für Deutschland in besonders starkem Maße. Weit verbreitet ist eine Vorstellung, die Rassismus mit der nationalsozialistischen Rassenbiologie gleichsetzt und als etwas behandelt, das zusammen mit dem Nationalsozialismus überwunden wurde bzw. nur noch in neonazistischen Kreisen am Rand der Gesellschaft zu finden ist. Die Bereitschaft, ein umfassenderes Verständnis von Rassismus zu entwickeln, welches auch der aktuellen, oftmals mit kulturellem Vokabular daher kommenden Form gerecht wird, ist beschränkt. Bei einigen AutorInnen mögen zudem politische Hoffnungen eine Rolle spielen: wenn der Rechtspopulismus, wie es insbesondere die linke Variante polit-ökonomischer Erklärungen behauptet, vor allem ein Ausdruck missachteter ökonomischer und politischer Interessen ist, dann lässt er sich durch eine linke Politik (mehr Umverteilung, Sozialstaat usw.) bekämpfen. Konservative hingegen dürften die kulturelle Erklärung bevorzugen, die impliziert, dass sich der Rechtspopulismus eindämmen lässt, wenn man die Migration begrenzt und „kommunitaristischen“ Werten und Lebensstilen wieder mehr politische Geltung verschafft. Insgesamt verkennt die Debatte um den Aufstieg des Rechtspopulismus, wie tief der Rassismus in den Strukturen der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft verankert ist und wie er durch ihre historische Dynamik immer wieder in neuen Formen entsteht.

Literatur

- Bergmann, Knut; Diermeier, Matthias; Niehues, Judith** (2017): Die AfD: Eine Partei der sich ausgeliefert fühlenden Durchschnittsverdiener? In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (1), S. 57–75.
- Dalkowski, Sebastian** (2018): Pegida-Teilnehmer skandieren „Absaufen! Absaufen!“. In: RP-Online (https://rp-online.de/politik/deutschland/pegida-teilnehmer-skandieren-absaufen-absaufen_aid-23954031, zuletzt abgerufen am 15.09.2019)
- Dörre, Klaus** (2016): Die national-soziale Gefahr. PEGIDA, Neue Rechte und der Verteilungskonflikt - sechs Thesen. In: Karl-Siegbert Rehberg, Franziska Kunz und Tino Schlingzig (Hg.): PEGIDA - Rechtspopulismus zwischen Fremdenangst und "Wende"-Enttäuschung? Analysen im Überblick. Bielefeld: transcript, S. 259–274.
- Eribon, Didier** (2016): Rückkehr nach Reims. Deutsche Erstausgabe. Berlin: Suhrkamp.
- Goodhart, David** (2017): The road to somewhere. The populist revolt and the future of politics. London: Hurst & Company.
- Halikiopoulou, Daphne; Vlandas, Tim** (2016): Risks, Costs and Labour Markets: Explaining Cross-National Patterns of Far Right Party Success in European Parliament Elections. In: JCMS: Journal of Common Market Studies 54 (3), S. 636–655.
- Jörke, Dirk; Selk, Veith** (2017): Theorien des Populismus zur Einführung. Hamburg: Junius.
- Decker, Frank** (2017): Populismus und Extremismus in Europa – eine Gefahr für die Demokratie? In: Winfried Brömmel, Helmut König und Manfred Sicking (Hg.): Populismus und Extremismus in Europa. Gesellschaftswissenschaftliche und sozialpsychologische Perspektiven. Bielefeld: transcript, S. 43–62.
- Koppetsch, Cornelia** (2019): Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter. Bielefeld: transcript.
- Laclau, Ernesto** (2007): On populist reason. London, New York: Verso.
- Manow, Philip** (2018): Die politische Ökonomie des Populismus. Berlin: Suhrkamp.
- Merkel, Wolfgang** (2017): Kosmopolitismus versus Komunitarismus: Ein neuer Konflikt in der Demokratie. In: Philipp Harfst, Ina Kubbe und Thomas Poguntke (Hg.): Parties, Governments and Elites. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 9–23.
- Mudde, Cas** (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39 (4), S. 541–563.
- Mudde, Cas; Rovira Kaltwasser, Cristóbal** (2017): Populism. A very short introduction. Oxford, New York, NY: Oxford University Press.
- Müller, Jan-Werner** (2016): Was ist Populismus? Ein Essay. Berlin: Suhrkamp.
- Nachtwey, Oliver** (2016): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Priester, Karin** (2012): Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon. Frankfurt am Main, New York: Campus Verlag.
- Reckwitz, Andreas** (2017): Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Rensmann, Lars** (2017): The Noisy Counter-Revolution: Understanding the Cultural Conditions and Dynamics of Populist Politics in Europe in the Digital Age. In: Politics and Governance 5 (4), S. 123 - 135.
- Schaffner, Brian F.; Macwilliams, Matthew; Nteta, Tatishe** (2018): Understanding White Polarization in the 2016 Vote for President: The Sobering Role of Racism and Sexism. In: Political Science Quarterly 133 (1), S. 9–34.
- Schröder, Martin** (2018): AfD-Unterstützer sind nicht abgehängt, sondern ausländerfeindlich. SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research.
- Schwarzbözl, Tobias; Fatke, Matthias** (2016): Außer Protesten nichts gewesen? Das politische Potenzial der AfD. In: Politische Vierteljahresschrift 57 (2), S. 276–299.
- Spier, Tim** (2010): Modernisierungsverlierer? Die Wählerschaft rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Streeck, Wolfgang** (2017a): Die Wiederkehr der Verdrängten als Anfang vom Ende des neoliberalen Kapitalismus. In: Heinrich Geiselberger (Hg.): Die große Regression: Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit. Berlin: Suhrkamp, S. 253–273.
- Streeck, Wolfgang** (2017b): Trump and Trumpists. In: Inference 3 (1).
- Vorländer, Hans; Herold, Maik; Schäller, Steven** (2016): PEGIDA. Entwicklung, Zusammensetzung und Deutung einer Empörungsbewegung. Wiesbaden: Springer VS.
- Walter, Franz; Geiges, Lars; Marg, Stine** (2015): Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft? Bielefeld: transcript.

SALZBOURN SAMUEL

Samuel Salzborn

Die "Neue Rechte" im bundesdeutschen Rechtsextremismus¹

Der Begriff „Neue Rechte“ ist einer derjenigen Termini in der Rechtsextremismusforschung, die sehr unterschiedlich und nicht selten auch diffus verwandt werden. Es existieren mindestens drei Begriffsverständnisse, die sich oft auch überlappen. Zum einen wird der Begriff als eine vor allem chronologisch intendierte Beschreibung verwandt, zum anderen – sehr eng gefasst – mit Blick auf alle Strömungen der extremen Rechten, die sich selbst als neurechts verstehen und schließlich – vor allem in analytischer Intention – als Kategorie, die nicht nur die Selbstbeschreibung einzelner Akteure umfasst, sondern darüber hinaus auch funktional danach fragt, was oder wer als „Neue Rechte“ beschrieben werden kann bzw. sollte.

Das politische Ziel der „Neuen Rechten“ lässt sich im Wesentlichen unter zwei Schlagworten zusammenfassen: die Intellektualisierung des Rechtsextremismus durch die Formierung einer intellektuellen Metapolitik und die Erringung einer (rechten) „kulturellen Hegemonie“ (vgl. Cremet u.a. 1999; Brauner-Orthen 2001; Griffin 2000; Pfahl-Traughber 1998). Beim Begriff der Intellektualisierung mag sich, aus einer gesellschaftskritischen Perspektive, spontan Unbehagen einstellen, weil mit ihm umgangssprachlich ein aufgeklärtes, reflektiertes, selbstkritisches Denken verbunden wird – allesamt Kategorien, die nicht nur im Widerspruch zum Rechtsextremismus stehen, sondern auch von Rechtsextremisten abgelehnt werden. „Intellektualisierung“ kann aber eben auch, in einem wertneutralen Sinn verwandt, meinen, dass die eigenen Positio-

nen formal nachvollziehbar formuliert sein sollen und dass sie in ihrer Bezugnahme auf dritte Referenzen dem Anspruch einer intellektuellen Auseinandersetzung genügen. Dies meint Intellektualisierung auch im Sinne der „Neuen Rechten“: dass die völkischen Positionen, die (auch) von der „Neuen Rechten“ vertreten werden, umfangreich begründet und mit Referenzen aus der Geistes- und Ideengeschichte fundiert werden sollen. Dabei geht es der „Neuen Rechten“ um „kulturelle Hegemonie“, das heißt sie ist eine lose Bewegung, die politische Macht gerade nicht durch Erringung von parteipolitischer Regierungsverantwortung erreichen will, sondern ihre Positionen gesellschaftlich als hegemonial durchsetzen möchte. Das kann dann auch bedeuten, dass eine Partei ihre Positionen (schleichend) übernimmt, orientiert aber mehr darauf, Einstellungen und Werthaltungen auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene zu beeinflussen.

Der historische Entstehungszusammenhang der „Neuen Rechten“ ist das Scheitern der NPD auf dem parlamentarischen Weg Ende der 1960er Jahre – was auch zeigt, dass bereits entstehungsgeschichtlich eine Trennung von „alter“ und „neuer“ Rechten wenig sinnvoll ist, weil es diese nicht ohne jene geben würde und beide faktisch strategische Optionen des Rechtsextremismus darstellen, die nicht substantiell (weltanschaulich oder organisatorisch) getrennt wären, sondern sich lediglich in bestimmten Nuancen und eben strategischen Überlegungen unterscheiden. Zugleich ist die „Neue Rechte“ in Deutschland aber auch

1. Der Beitrag basiert auf der Darstellung in Salzborn 2018a; dort finden sich auch weiterführende Literaturhinweise.

ein bewusster Gegenpol zur in den späten 1960er Jahren entstehenden Neuen Linken der Anti-Vietnamkriegs- und Studierendenprotestgeneration, die von dieser bestimmte strategische Ansätze übernimmt, man könnte auch sagen: plagiiert. Dazu zählt auf der einen Seite die Strategie, losen Zirkeln und Gruppen den Vorzug vor einer großen, einheitlichen Organisation zu geben, zum anderen die starke Orientierung auf die intellektuelle Auseinandersetzung im medialen Raum und schließlich auch der fluide Charakter von vorhandenen Organisationen, an die sich im Spektrum der „Neuen Rechten“ weniger geklammert wird, als beispielsweise im Parteienspektrum. So nimmt es auch wenig Wunder, dass nicht nur die als Abspaltung von der NPD 1972 gegründete Aktion Neue Rechte schnell in der Bedeutungslosigkeit verschwindet, die neurechten Wertvorstellungen allerdings an anderen Orten weiter diskutiert und lanciert werden.

Die 1970er Jahre sind nämlich auch das Jahrzehnt der Gründung zahlreicher Publikationsorgane, die sich teilweise zu wesentlichen Organen der neurechten Szene entwickeln werden (wie z.B. das bieder aufgemachte Magazin *Criticón*), andere aber, nachdem in ihnen einflussreiche Debatten geführt, sie aber an Verbreitung verloren haben, auch sang- und klanglos untergehen (wie die nationalrevolutionäre *wir selbst*, deren Chefideologe Henning Eichberg in der Frühphase der neurechten Bewegung maßgeblichen Einfluss auf die Ideologieproduktion, aber auch die Brückenbildung bis in die grün-alternative Szene hatte; vgl. Heni 2007). Ebenfalls nicht zu unterschätzen, wenngleich auch erst in den späten 1980er, frühen 1990er Jahren wirklich einflussreich in der bundesdeutschen Szene, ist auch die französische Nouvelle Droite mit ihrem organisatorischen Kern der GRECE um den Chefdenker Alain de Benoist (vgl. Weber 2011), der im Bereich der Begriffspolitik vor allem durch sein Konzept des *ethno-différencialisme* prägend war (vgl. Taguieff 1994; Spektorowski 2003: 111ff.) – eine begriffliche Variation der ethnischen Ungleichheitsideologie des Rechtsextremismus, die allerdings kulturalistisch und nicht rassistisch argumentiert und an das Konzept des „Ethnopluralismus“ anknüpft, dessen Formulierung wesentlich Henning Eichberg zugeschrieben wird.

Die politische Strategie der „Neuen Rechten“ ist, in Erweiterung der Aspekte einer (weitgehenden) Organisationslosigkeit und der Adaption linker Kulturtechniken, gekennzeichnet durch eine politische Mimikry und den Versuch, eine intellektuelle Metapolitik mit dem Ziel einer konservativen Kulturrevolution zu betreiben. Auch hier sind die terminologischen

Adaptionen an die politische Linke, insbesondere den italienischen Hegemonietheoretiker Antonio Gramsci unübersehbar; das strategische Ziel besteht darin, durch Mimikry – also durch äußerliche (terminologische) Anpassung an die jeweilige (politische, mediale) Umgebung – die eigenen Ziele zu verschleiern und so in den gesellschaftlichen Mainstream hineinzuwirken, diesen nicht in Detailfragen zu verändern, sondern im Sinne einer Metapolitik grundlegende Denkrichtungen einer Gesellschaft zu prägen und zu bestimmen, um so den Bereich der (politischen) Kultur zu besetzen, der dann – mittel- oder langfristig – auch zu einer politischen Neuordnung im Sinne der „Neuen Rechten“ führen soll. Es ist also ein Umweg, der auch scheinbar vor- und unpolitische Felder wie Kunst und Musik einschließt, als Teil der strategischen Erwägungen jenseits der Parteiförmigkeit des Rechtsextremismus.

Mit Blick auf die weltanschaulichen Ankerpunkte der „Neuen Rechten“ muss zunächst betont werden, dass das Adjektiv „neu“ hier auch tendenziell auf eine falsche Fährte lockt – denn, mit Ausnahme des Terminus des „Ethnopluralismus“, ist nichts an der Weltanschauung der „Neuen Rechten“ wirklich neu (vgl. Bötticher 2008), sondern nimmt vielmehr, ausdrücklich und explizit, Anleihe bei der – von Armin Mohler (1950), der wie kaum ein zweiter für das Bestreben nach Integration zwischen den Spektren im rechtsextremen Milieu stand – so etikettierten Konservativen Revolution der Weimarer Republik, deren Protagonisten ihrerseits retrospektiv zurecht als weltanschauliche Vordenker und Wegbreiter des Nationalsozialismus gesehen wurden, zugleich diesem aber intellektuell auch überlegen waren. Insofern sind die ideengeschichtlichen Referenzen innerhalb der „Neuen Rechten“ auch jene Intellektuelle der Weimarer Zeit, die das weltanschauliche Grundgerüst des Nationalsozialismus – direkt oder indirekt – geprägt haben, wie Max Hildebert Boehm, Arthur Moeller van den Bruck, Oswald Spengler, Othmar Spann, Carl Schmitt, Martin Heidegger, Georges Sorel, Edgar Julius Jung, Ernst Niekisch und Ernst Jünger (vgl. Beyme 2013; Lenk u.a. 1997; Prehn 2013).

Die „Neue Rechte“ geht dabei, wie alle Teilsegmente des Rechtsextremismus, von einer Ungleichheit der Menschen aus, die nach wie vor ethnisch, aber nicht mehr explizit rassistisch zu begründen versucht wird und deren Antiuniversalismus nicht, wie in der NS-Ideologie, in der Vernichtungs-, sondern einer Segmentierungsvorstellung mündet, der konsequenten räumlichen Separierung und geopolitischen Trennung von Menschen nach ethnisch-kulturalistischen Kriterien („Ethnopluralismus“).

Diese ethnische Kategorialtrennung basiert auf einem homogenisierenden und soziobiologischen Differenzdenken, in dem einerseits Menschen nur in ihrer ethnisch-kulturellen Identität – und nicht in ihrer Subjektivität – gedacht werden, immer nur als Teil eines (unabänderlichen) Kollektivs, das anderen Kollektiven gegenüber- und entgegensteht, im Sinne einer auch kämpferisch und kriegerisch gedachten Freund-Feind-Dichotomie, die sich mit einem homoerotisch-heroischen Männlichkeitsideal zur „männlichen Nation“ (Kämper 2005) amalgamiert. Mit Blick auf den Gesellschaftsaufbau dominiert innenpolitisch ein völkischer Nationalismus in Verbindung mit einem autoritären Etatismus, der sich außenpolitisch in ethnopluralistische Konzepte übersetzt. Ein gewichtiger Faktor in der neurechten Diskussion ist zudem die Spiritualität und das Ganzheitlichkeitsdenken, was nicht nur eine organische und hierarchische Staatsorganisation umfasst, sondern auch eine starke Hinwendung zu religiösen Vorstellungen, neben christlich-fundamentalistischen Programmatiken besonders zu (neu-)heidnischen, naturreligiösen oder germanischen Vielgötterglauben.

Die Hochzeit der „Neuen Rechten“ in Deutschland sind zweifelsfrei die 1990er Jahre, was nicht zuletzt aus dem Kontext der so genannten geistig-moralischen Wende resultiert, die die Regierung Kohl seit 1982 proklamiert und die sich, nicht nur weltanschaulich, sondern auch personell, in den 1990er Jahren nachhaltig verfangen hatte: denn das Programm, ein völkisches Nationenselbstverständnis (wieder) salonfähig zu machen, die offizielle Geschichtsschreibung mit Blick auf den Nationalsozialismus zu revidieren und sich selbst zu Opfern zu stilisieren, waren wesentliche Politikinhalte nicht nur der extremen Rechten, sondern auch von Teilen der christlich-liberalen Regierungskoalition. Insofern waren die, wie man sozialwissenschaftlich sagt, Gelegenheitsstrukturen für die „Neue Rechte“ günstig, das grundsätzliche Klima in der Bundesrepublik war staatsoffiziell rechtskonservativ, das Asylrecht 1993 mit den Stimmen fast aller Parteien so nachhaltig eingeschränkt, dass zeitgenössisch oft von dessen faktischer Abschaffung gesprochen wurde, die rassistischen Morde und Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte über lange Zeiträume von der Staatsgewalt toleriert und oft nur mit der Sorge bedacht, sie könnten dem Ansehen Deutschlands in der Welt schaden, herrschte ein politisches Klima Anfang der 1990er Jahre, in denen neurechte Positionen auch außerhalb der rechtsextremen Szene Fuß fassen konnten (vgl. Gessenharter 1994; Lenk 1994).

So hatten es auch einige neurechte Intellektuelle geschafft, in den Medien ein Netzwerk der gegenseitigen und wechselseitigen Rezeption zu etablieren, die die eigenen Thesen einer größeren Öffentlichkeit bekannt machten (vgl. Junge u.a. 1997; Butterwegge/Hentges 1999), im Fahrwasser des Historikerstreits war es einem der wichtigsten Vordenker der Neuen Rechten in Deutschland, Karlheinz Weißmann (1995) gelungen, seine Sicht über den Nationalsozialismus in der renommierten Reihe „Propyläen Geschichte Deutschlands“ unterzubringen (der Band wurde, kurz nach Erscheinen, wegen seiner geschichtsrevisionistischen Positionen wieder vom Markt genommen), neurechte und rechtsextreme Intellektuelle lancierten weit verbreitete Aufrufe wie den zum 50. Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus unter dem Titel „8. Mai 1945 – Gegen das Vergessen“ (FAZ, 07.04.1995), dessen Intention es war, die Deutschen zu Opfern zu stilisieren und die deutsche Verantwortung für den Nationalsozialismus klein zu reden – an sich nichts ungewöhnliches in der rechtsextremen Szene, nur dass dieser Aufruf nicht einfach in rechten Postillen erschien, sondern in der meinungsführenden *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* – und hier, was auf die Strategie der Verwischung der Grenzen zwischen Rechtsextremismus und politischer Mitte verwies, auch gemeinsam mit zahlreichen Unterschriften von Politikern der Unionsparteien und FDP.

Zugleich war die in den 1990er Jahren als Flaggschiff der „Neuen Rechten“ geltende Wochenzeitung *Junge Freiheit* (vgl. Braun/Vogt 2007; Kellershohn 1994) um intensive, intellektuell anspruchsvolle Debattenführung und Lancierung von Themen bemüht und die im neurechten Spektrum anzusiedelnden Monatsmagazine wie *Criticón* und *Mut* schafften es nicht nur, immer wieder auch Autor(inn)en außerhalb des rechten Spektrums zu gewinnen, sondern auch, neben politischen und historischen Themen, ästhetisch-kulturelle Fragen intensiv zu thematisieren. Mitte/Ende der 1990er Jahre wurden aber die Differenzen innerhalb des Konservatismus wieder stärker – das mag zum einen damit zu tun haben, dass eine der in Sachen Rechtsextremismus wenigen wirklich aufmerksamen Verfassungsschutzbehörden (die von Nordrhein-Westfalen, nachdem Hamburg zuvor das Thema kurz zuvor aufgegriffen hatte) begann, sich intensiv mit der „Neuen Rechten“ als Teil des Rechtsextremismus zu befassen, zum anderen damit, dass die Detailstudien zu Teilaspekten der rechtsintellektuellen Bewegung deutlich zunahmen und intensive Reflexionen sowohl über die (neu-)heidnischen und esoterischen (vgl. Heller/

Maegerle 2001), die ökologisch-lebensschützenden (vgl. Geden 1996; Sierck 1995; Wölk 1992), die männerbündischen (vgl. Heither u.a. 1997) oder auch die geschichtsrevisionistischen Aspekte (vgl. Salzborn 2000; Wiegel 2001) stattfanden, und schließlich sicher auch damit, dass die „geistig-moralische“ Vorherrschaft des rechten Konservatismus in den Unionsparteien nicht nur durch den rot-grünen Regierungswechsel 1998 politisch gebrochen wurde, sondern dass der offen rassistische Flügel in der Union – sei es aus Einsicht, sei es aus machtpolitischen Kalkül – zunehmend von (wieder) stärker transatlantisch orientierten Kräften dominiert wurde und insofern auch innerparteilich an Einfluss verlor.

Außerdem sollte auch nicht vernachlässigt werden, dass gerade im Bereich der neurechten Medien das intellektuelle Potenzial geradezu dramatisch zusammengebrochen ist, es etwa bei der *Jungen Freiheit* eine nachhaltige Hinwendung zum gesamten rechten Spektrum (und damit eine massive Entintellektualisierung) gegeben hat und die bundesdeutsche Rechte an ihr intellektuelles Potenzial der 1990er Jahre über längere Zeiträume hinweg zunächst nicht mehr anknüpfen konnte, schlichtweg weil das (Diskussions-)Niveau (wieder) einfältiger und primitiver geworden ist. Eines der großen, einflussreich intendierten Werke der „Neuen Rechten“, das vom *Criticón*-Chef Caspar von Schrenck-Notzing herausgegebene Lexikon des Konservatismus (1996), das sich vor allem dadurch auszeichnete, dass es um nachhaltige Differenzverwischungen zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus bemüht war und zugleich auf ästhetisch-kulturellem Gebiet Dominanz entwickeln wollte, erschien nicht nur in einem abseitigen österreichischen Verlag, sondern verpuffte in der Szene weitgehend. Die FAZ (05.05.1997) – wenige Jahre zuvor noch ein wichtiger Hebel neurechter Intellektueller, um ihre Positionen zu platzieren – verriß es in wenigen Zeilen wegen seiner einseitigen Ausrichtung sogar als „schwachbeinig“.

Seit den späten 1990er Jahren hat sich insofern der Einfluss der „Neuen Rechten“ gewandelt, was auch an der sozialwissenschaftlichen Diskussion abzulesen ist: Die von Wolfgang Gessenharter und Hartmut Fröchling bzw. Wolfgang Gessenharter und Thomas Pfeiffer herausgegebenen Bände *Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?* (1998) und *Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?* (2004) diskutierten, nun bemerkenswerterweise sogar in einem ernsthaften Dialog zwischen Verfassungsschutz und Wissenschaft – ein seither nicht mehr wiederholtes Novum, von dem

beide Seiten profitierten –, vor allem funktionale Aspekte der „Neuen Rechten“: War sie ein Scharnier, war sie eine Brücke, war sie ein Bindeglied zum Konservatismus? Sollte man also die „Neue Rechte“ als rechts-extremen Teil des Konservatismus begreifen – oder als vom Konservatismus zunächst unabhängige Strömung des Rechtsextremismus? Oder zielte sie möglicherweise, fluktuierend zwischen allen Szenen, vor allem darauf, ihre kulturalistisch-völkische Sichtweise in möglichst vielen politischen Spektren zu lancieren und platzieren, war sie also, wie ein Begriff in der Debatte lautete, möglicherweise ein politisches Chamäleon?

Damit führte die Diskussion zurück in einen Bereich, der in der Rechtsextremismusforschung immer wieder diskutiert worden war – die so genannte Grauzone bzw. das so genannte Brückenspektrum. Also dasjenige Spektrum von Organisationen, die sich selbst nicht als Teil des Rechtsextremismus sehen, aber weltanschaulich in wesentlichen Punkten mit rechtsextremen Positionen übereinstimmen und durch personelle oder organisatorische Überschneidungen selbst auch immer wieder Brücken zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus bauen. Der Begriff der Grauzone betont den stufenweisen (weltanschaulichen) Übergang vom Rechtsextremismus zur politischen Mitte (ist aber analytisch schwach, weil eine Grauzone letztlich alles sein kann und damit faktisch nichts ist; vgl. Salzborn 2012), der des Brückenspektrums die Funktion bestimmter Gruppen für die Etablierung des Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft. Die zwei wichtigsten sozialen Milieus, die weltanschaulich wie organisatorisch über längere Traditionen verfügen und strukturell in dieses Spektrum fallen, sind die Vertriebenenverbände (vgl. Salzborn 2000, 2001) und Teile der studentischen Verbindungen, vor allem die Burschenschaften, die Gildenschaften und die VDSt-Verbindungen (vgl. Heither u.a. 1997; Projekt „Konservatismus und Wissenschaft“ 2000; Weidinger 2015). Beide verbindet eine starke (völkische) Traditionsorientierung, ein reaktionäres Familien- und Geschlechterbild, ein Festhalten an organisatorischen und gesellschaftlichen Hierarchien ebenso, wie eine rassistisch und/oder ethnoplural begründete Ablehnung des Universalitätspostulats und damit ein völkisches Menschen- und Gesellschaftsbild sowie eine starke Tendenz zu geschichtsrevisionistischen Positionen, insbesondere mit Blick auf die Umkehr des Täter-Opfer-Verhältnisses. Damit vertreten beide Milieus, die sich oft auch personell mit dem organisierten Rechtsextremismus überlappen, wesentliche Aspekte der neurechten Weltanschauung, die zwar nicht

aus dieser Tradition stammen, aber trotzdem dieselben soziostrukturellen Funktionen erfüllen, wie die „Neue Rechte“ sich ihr programmatisch verschrieben hat. Insofern erweitern sich die sozialwissenschaftlichen Debatten der Rechtsextremismusforschung über die „Neue Rechte“ zunehmend (wieder) in Richtung eines intellektuellen Brückenspektrums, das selbstbeschreibend zwar nicht Teil der „Neuen Rechten“ ist, ihr weltanschaulich aber nahe steht (vgl. Butterwegge u.a. 2002; Schmidt 2001; siehe hierzu auch Weiß 2017; Salzborn 2017).

Waren die späten 1990er und frühen 2000er Jahre die Zeit des Niedergangs der „Neuen Rechten“ in der Bundesrepublik und ihrer öffentliche Marginalisierung, so waren sie zugleich auch die Zeit der internen Sammlung und Reorganisation neurechter Strukturen – fernab der großen öffentlichen Bühne wurden neue Organisationen und Zeitschriften gegründet, neue Aktionsformen entwickelt und über die Frage diskutiert, in welcher Weise denn der Anspruch auf eine rechte kulturelle Hegemonie durch eine intellektuelle Metapolitik mit dem Ziel einer konservativen Kulturrevolution erreicht werden könnte.

Im Umfeld der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die in den 1990er Jahren das Flaggschiff der „Neuen Rechten“ war und maßgeblich für die Verbreitung eines „völkischen Nationalismus“ (Kellershohn 1994) in der öffentliche Debatte verantwortlich, entwickelten sich – nach dem vorübergehenden intellektuellen Niedergang der Zeitung – in den beginnenden 2000er Jahren mehrere Projekte zur Reorganisation der „Neuen Rechten“. Der *Jungen Freiheit* selbst kommt dabei – wieder – die Funktion der Strukturierung von Debatten und der Integration verschiedener rechter Strömungen zu, wobei sie mit einer verkauften Auflage von rund 28.000 Exemplaren wöchentlich (Stand: 6/2016; zum Vergleich: Anfang 2008 waren es noch etwas mehr als 15.000) die Rolle eines rechten Leitmediums erfüllt.

Die Entwicklung der „Neuen Rechten“ seit der Jahrtausendwende vollzog sich in zwei unterschiedlichen Schritten: Der erste bestand in der Schaffung neuer Institutionen bzw. Organisationen, vor allem dem Institut für Staatspolitik (IfS) und der Bibliothek des Konservatismus, sowie der Gründung neuer Zeitungsprojekte, vor allem der *Sezession* und der *Blauen Narzisse*, der zweite in der Entwicklung und dem Einsatz neuer Formen sozialer Bewegung von rechts, vor allem in der Adaption der Identitären Bewegung in Deutschland (vgl. Bruns u.a. 2014). Die beiden zentralen, neu geschaffenen neurechten Strategieorte waren und sind das Institut für Staatspolitik und die Biblio-

thek des Konservatismus: Das Institut für Staatspolitik, das in keiner Beziehung zu einer Universität steht (der Terminus „Institut“ wird zwar fast ausschließlich von Universitäts-Instituten verwandt, ist aber kein geschützter Begriff; dass das IfS ihn verwendet, ist Teil der neurechten Mimikry-Strategien, bei dem man gerade gegenüber Unwissenden suggeriert, wissenschaftlich auf universitärem Niveau zu arbeiten), wurde im Mai 2000 unter maßgeblicher Führung von drei Gildenschaftern gegründet: Dieter Stein, Chefredakteur der *Jungen Freiheit* und Gildenschafter der Freiburger Hochschulgilde, Karlheinz Weißmann, Gildenschafter der Göttinger Hochschulgilde sowie Götz Kubitschek, langjähriger Aktivensprecher der Deutschen Gildenschaft und zeitweilig Ressortchef für den Bereich „Sicherheit und Militär“ bei der *Jungen Freiheit* (vgl. Kellershohn 2001: 1). Kubitschek übernahm die Geschäftsführung des IfS, zusätzlich aber auch die redaktionelle Leitung der *Sezession* sowie des neuinitiierten Verlags Edition Antaios. Das IfS fokussiert auf fünf thematische Kernbereiche: „Staat und Gesellschaft“, „Politik und Identität“, „Zuwanderung und Integration“, „Erziehung und Bildung“, „Krieg und Krise“ und führt regelmäßig Sommer- und Winterakademien durch und veröffentlicht wesentliche der dort gehaltenen Vorträge in Aufsatz- oder Broschürenform (vgl. Kellershohn 2009). Dem Institut für Staatspolitik fällt im neurechten Spektrum die Funktion der „Wissenschaft und Bildung sowie der Politik- und Medienberatung“ zu, wie Helmut Kellershohn (2001: 1), schreibt, wobei das IfS dabei eine operationelle Aufgabenteilung mit *Junger Freiheit* und der Edition Antaios eingeht: Während die *Junge Freiheit* die Medienöffentlichkeit schafft, fokussiert die Edition Antaios auf die „Publikation von Arbeitsergebnissen, die im Kontext dieses Netzwerkes entstehen“.

Ein weiterer Baustein in diesem institutionellen Netzwerk der „Neuen Rechten“ in Deutschland ist die Bibliothek des Konservatismus, die wie das IfS im Jahr 2000 entstanden ist: Die Bibliothek des Konservatismus entstand auf Betreiben des vormaligen *Criticón*-Chefs Caspar von Schrenck-Notzing, der im Jahr 2000 eine gemeinnützige Förderstiftung Konservative Bildung und Forschung (FKBF) ins Leben rief und diese wiederum eng mit der *Jungen Freiheit* verzahnte, als er im Jahr 2007 den Stiftungsvorsitz an den Chefredakteur der *Jungen Freiheit*, Dieter Stein, übergab. Die FKBF verwaltete zunächst die rund 15.000 Bände umfassende Privatbibliothek von Schrenck-Notzing sowie das Archiv der *Criticón*, rekrutierte aber zahlreiche Spenden, so dass im Jahr 2011 an zentraler Stelle in

Berlin eine Bibliothek des Konservatismus eingeweiht werden konnte, die mittlerweile auf drei Etagen umfangreiche Bestände an Literatur zur Verfügung stellt, aber auch Vortragsveranstaltungen organisiert, eigene Publikationen herausgibt und langfristig das Ziel verfolgt, „eine konservative Denkfabrik mit verschiedenen Veranstaltungsformaten, vielleicht sogar hin zu einer Akademie oder einem hochschulähnlichen Zweig“ (Fenske 2014: 5) zu etablieren. Man wolle die „konservativen Eliten von morgen“ mit dem „geistigen Rüstzeug“ ausstatten (vgl. Moritz 2014: 5), also für das neurechte Konzept – das hier begrifflich streng orientiert an der Terminologie der Konservativen Revolution der Weimarer Republik als „konservativ“ etikettiert wird – einer Intellektualisierung durch Metapolitik den Ort schaffen.

Nachdem Medien wie die *Criticón* oder die *wir selbst*, die die intellektuelle Debatte der neurechten Szene vor allem in den 1980er Jahren maßgeblich und intensiv geprägt hatten, ihr Erscheinen eingestellt hatten, war eine für die neurechte Szene eklatante Lücke entstanden: Anfang der 2000er Jahre gab es keinen medialen Ort mehr, der die intellektuelle Diskussion neurechter Themen *jenseits* des Tagesgeschäfts organisierte und strukturierte. Diese Lücke sollte die vom Institut für Staatspolitik herausgegebene Zeitschrift *Sezession* schließen, die seit 2003 mit zunächst vier, dann mit sechs Ausgaben jährlich erscheint. Als intellektueller und metapolitischer Debattenort der „Neuen Rechten“ arbeitet sie an einer Reaktualisierung der Theorien der Konservativen Revolution der Weimarer Republik und integriert deren Positionen in aktuelle politische und gesellschaftliche Debatten. Die erste Ausgabe der *Sezession* erschien im April 2003, das Editorial eröffnet mit dem an Carl Schmitt erinnernden Satz: „Der Ernstfall hat den Vorzug, die Tatsachen deutlicher hervortreten zu lassen.“ (Weißmann 2003: 1). Auch wenn der damalige Chefideologie der *Sezession* und wichtigste Vordenker der „Neuen Rechten“ im Deutschland der Gegenwart, Karlheinz Weißmann, damit zunächst nur ein Heft mit dem Themenschwerpunkt „Ernst Jünger“ einleitete, in dem es aber faktisch fast nur um Krieg ging, konnte dieser Satz programmatisch für das Gesamtanliegen der *Sezession* gelesen werden. Getreu des ersten Satzes in Carl Schmitts *Politischer Theologie* (1922), nach dem souverän sei, wer über den Ausnahmezustand entscheide, attestiert Weißmann hier als Anliegen den „Ernstfall“, in den sich der neurechte Rechtsextremismus in Deutschland und Europa versetzt sieht, nachdem sich die weltpolitische und geostrategische Kartografie aufgrund von 9/11 nachhaltig

verändert, ja das antiamerikanische und eurozentrische Anliegen der rechtsintellektuellen „Neuen Rechten“ vom Islam und Islamismus vor grundlegend neue, eben nicht nur religiöse, sondern gerade politische Herausforderungen gestellt wurde. Das Generalziel der *Sezession* ist dabei eine Resakralisierung der Politik, die aber nicht einfach gleichzusetzen ist mit einer reinen Rückholung oder Umkehrung der Aufklärungs- und Säkularisierungsprozesse in Deutschland und Europa, sondern diese vielmehr in die Weltbildformulierung einbezieht, sich damit also nicht nur gegen den Prozess der Säkularisierung, sondern zugleich auch gegen den der Individualisierung von Religion wendet. Die Agenda der *Sezession* ist gegen eine „heillose Welt“ (Gerlich 2011: 29) gerichtet, gegen eine „judenchristlich‘ inspirierte deutsche Reformation“ (ebd.) und für einen „in ‚politische Form‘ gebrachten Katholizismus“ (ebd.).

Eine ähnliche Agenda, allerdings nur auf dem intellektuellen Niveau einer anspruchsvollen Schülerzeitung, verfolgt die *Blaue Narzisse* (die 2004 ursprünglich auch als Schülerzeitung in der ostdeutschen Stadt Chemnitz entstanden ist): die Popularisierung neurechter Ideen, allerdings nicht wie bei der *Sezession* adressiert an fest in der Szene integrierte und weltanschaulich überzeugte Anhänger neurechter Ideologie, sondern gerichtet an ein jüngeres Publikum, das zwar empfänglich für rechte Ideologie, aber eben gerade noch nicht gefestigt und in die Szene integriert ist. Auch wenn die *Blaue Narzisse* teilweise mit gedruckten Papieraussgaben erscheint, ist ihr zentrales Schlachtfeld das Internet, wo neurechte Weltanschauungen in niedrigschwelliger Weise vermittelt und somit an Rezipienten verbreitet werden, die intentional möglicherweise nie auf die „Neue Rechte“ gestoßen wären, aber auf diese Weise fast zufällig den ersten Kontakt zur Szene hergestellt bekommen. Die *Blaue Narzisse* ist insofern im neurechten Netzwerk der gegenwärtigen Bundesrepublik eine Vorfeldinstitution für Agitation und Propaganda, die eine Einstiegsmöglichkeit auf geringem intellektuellem Niveau, aber mit zentralen Themen und Strategien der „Neuen Rechten“ ermöglicht.

Ähnlich einzuschätzen ist auch die Entstehung der Identitären Bewegung in Deutschland (vgl. Goetz u.a. 2017; Speit 2018), die – wie schon die „Neue Rechte“ bei ihrer Entstehung in den 1970er Jahren – zentral von den Entwicklungen in Frankreich inspiriert wurde (vgl. Bruns u.a. 2014). Die Identitäre Bewegung Deutschland entstand im Oktober 2012 zunächst virtuell – auf Facebook; sie begreift sich als Ableger der französischen Jugendorganisation *Génération Identité*

taire und proklamiert – getreu der neurechten Strategie der Mimikry – eine formale Abgrenzung gegenüber offen nationalsozialistischen Positionen (und auch gegenüber linken Positionen, aber da dies inhaltlich offensichtlich und evident ist, handelt es sich hierbei auch um eine bewusste Strategie der analogisierenden Gleichsetzung, bei der es mit Blick auf die Rezipienten vor allem darum geht, nicht den Eindruck einer Nähe zum Rechtsextremismus zu erwecken).

Gudrun Hentges u.a. (2014) haben in einer systematischen Untersuchung die Aktivitäten der Identitären Bewegung in Deutschland untersucht, die diese virtuell und im wirklichen Leben durchgeführt hat. Wie bei der *Blauen Narzisse* ist der Schwerpunkt der „Identitären“ dabei das Internet, das heißt, von einer wirklichen sozialen Bewegung kann schon allein aufgrund mangelnder Realpolitik nicht gesprochen werden; gleichwohl ist das Internet als Medium für die Agitation von partizipationsfernen Personen, die allerdings grundsätzlich über eine rechte Weltanschauung verfügen, der ideale Ort für die intensivere Einbindung in neurechte Denkweisen. Die Strategie der Identitären besteht dabei darin, im realen Leben möglichst spektakuläre Aktionen (vor allem gegen Zuwanderung) durchzuführen, die dann gefilmt und online vermarktet werden – so inszeniert, dass kaum auffällt, dass die tatsächliche „Bewegung“ bei ihren Aktionen kaum mehr als eine Handvoll Aktivisten versammeln kann, die aber filmisch so dargestellt werden, als seien sie eine große Bewegung:

„Das Internet ermöglicht mit einem geringeren Organisationsaufwand die Simulation eines kontinuierlichen Protestgeschehens, das überregional – gar transnational und international vernetzt – aufrechtgehalten wird, so dass eine Diskrepanz zwischen den eigentlichen Aktionen ‚auf der Straße‘, die bisweilen von nicht mehr als einem Dutzend Aktivisten durchgeführt werden, und dem virtuellen Echo, das diese Aktionen aufgrund viraler Verbreitung im Internet erfahren, entsteht.“ (Hentges u.a. 2014: 9)

Die Identitäre Bewegung stellt damit so etwas wie den aktionistischen Arm der „Neuen Rechten“ dar, der neurechte Themenfelder wie Identitäts- und Heimatpolitik oder Antimigrationsagitation besonders für Jugendliche attraktiv machen soll und hierfür moderne Kommunikationsformen adaptiert (vgl. Salzborn 2018b).

Literatur

- Beyme, Klaus von** 2013: Konservatismus. Theorien des Konservatismus und Rechtsextremismus im Zeitalter der Ideologien 1789–1945, Wiesbaden.
- Böttcher, Astrid** 2008: Warum Neonazis? Radikale alte und neue Rechte – ein Ideologievergleich, Marburg.
- Braun, Stephan/Ute Vogt (Hg.)** 2007: Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Kritische Analysen zu Programmatik, Inhalten, Autoren und Kunden, Wiesbaden.
- Brauner-Orthen, Alice** 2001: Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen, Opladen.
- Bruns, Julian/Kathrin Glösel/Natascha Strobl** 2014: Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Münster.
- Butterwegge, Christoph/Gudrun Hentges (Hg.)** 1999: Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster.
- Butterwegge, Christoph/Janine Cremer/Alexander Häusler/Gudrun Hentges/Thomas Pfeiffer/Carolin Reißlandt/Samuel Salzborn** 2002: Themen der Rechten – Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein, Opladen.
- Crement, Jean/Felix Krebs/Andreas Speit** 1999: Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänge der „Neuen Rechten“. Ein Zwischenbericht, Hamburg.
- Fenske, Wolfgang** 2014: Ziel ist eine Denkfabrik, in: Junge Freiheit v. 10.10.
- Geden, Oliver** 1996: Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus, Berlin.
- Gerlich, Siegfried** 2011: Zur Politischen Theologie Carl Schmitts, in: Sezession, H. 42 (Juni), S. 28–31.
- Gessenharter, Wolfgang** 1994: Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien, München.
- Gessenharter, Wolfgang/Helmut Fröchling (Hg.) 1998: Rechtsextremismus und Neue Rechte in Deutschland. Neuvermessung eines politisch-ideologischen Raumes?, Opladen.
- Gessenharter, Wolfgang/Thomas Pfeiffer (Hg.)** 2004: Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden.
- Goetz, Judith/Joseph Maria Sedlacek/Alexander Winkler (Hg.)** 2017: Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ‚Identitären‘, Hamburg.
- Griffin, Roger** 2000: Between metapolitics and apoliteia: the Nouvelle Droite’s strategy for conserving the fascist vision in the „interregnum“, in: Modern & Contemporary France, H. 1, S. 35–53.
- Heither, Dietrich/Michael Gehler/Alexandra Kurth/Gerhard Schäfer** 1997: Blut und Paukboden. Eine Geschichte der Burschenschaften, Frankfurt.
- Heller, Friedrich Paul/Anton Maegerle** 2001: Die Sprache des Hasses. Rechtsextremismus und völkische Esoterik, Stuttgart.
- Heni, Clemens** 2007: Salonfähigkeit der Neuen Rechten. „Nationale Identität“, Antisemitismus und Antiamerikanismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1970–2005: Henning Eichberg als Exempel, Marburg.
- Hentges, Gudrun/Gürcan Kökgiran/Kristina Nottbohm** 2014: Die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) – Bewegung oder virtuelles Phänomen?, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Supplement zu H. 3, S. 1–26.
- Junge, Barbara/Julia Naumann/Holger Stark** 1997: Rechtschreiber. Wie ein Netzwerk in Medien und Politik an der Restauration des Nationalen arbeitet, Berlin.
- Kämper, Gabriele** 2005: Die männliche Nation. Politische Rhetorik der neuen intellektuellen Rechten, Köln.
- Kellershohn, Helmut (Hg.) 1994: Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg.
- Kellershohn, Helmut** 2001: Die Deutsche Gildenschaft und die Gründung des ‚Instituts für Staatspolitik‘, in: DISS-Journal. Zeitung des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, H. 8, S. 6–7.
- Kellershohn, Helmut** 2009: Widerstand und Provokation: Strategische Optionen im Umkreis des ‚Instituts für Staatspolitik‘, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hg.). Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden, S. 259–289.
- Lenk, Kurt** 1994: Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie: Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus, Baden-Baden.
- Lenk, Kurt/Günter Meuter/Henrique Ricardo Otten** 1997: Vordenker der Neuen Rechten, Frankfurt/New York.
- Mohler, Armin** 1950: Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart.
- Moritz, Sabrina** 2014: Bitte zusammenrücken, in: Junge Freiheit v. 10.10.
- Pfahl-Traughber, Armin** 1998: Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen.
- Prehn, Ulrich** 2013: Max Hildebert Boehm. Radikales Ordnungsdemokratie vom Ersten Weltkrieg bis in die Bundesrepublik, Göttingen.
- Projekt „Konservatismus und Wissenschaft“** 2000: Verbindende Verbände. Ein Lesebuch zu den politischen und sozialen Funktionen von Studentenverbindungen, Marburg.
- Salzborn, Samuel** 2000: Grenzenlose Heimat. Geschichte, Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenverbände, Berlinschrift für Politik, H. 1, S. 103–111.

- Salzborn, Samuel** 2018: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, 3. überarb. u. akt. Aufl., Baden-Baden,
- Salzborn, Samuel** 2001: Heimatrecht und Volkstumskampf. Die außenpolitischen Konzepte der Vertriebenenverbände und ihre praktische Umsetzung, Hannover.
- Salzborn, Samuel** 2012: Unter falscher Flagge. Politische Ablehnung oder wissenschaftliche Kritik?, in: Zeitschrift für Politik, H. 1, S. 103–111.
- Salzborn, Samuel** 2017: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Weinheim.
- Salzborn, Samuel** 2018a: Rechtsextremismus. Erscheinungsformen und Erklärungsansätze, 3. überarb. u. akt. Aufl., Baden-Baden,
- Salzborn, Samuel** 2018b: Heidegger für Halbgebildete – Identitäre Heimatideologie zwischen Fiktion und Propaganda, in: Wissen schafft Demokratie, H. 3/2018, S. 158–167.
- Schmidt, Friedemann** 2001: Die Neue Rechte und die Berliner Republik. Parallel laufende Wege im Normalisierungsdiskurs, Wiesbaden.
- Schmitt, Carl** 1922: Politische Theologie. Vier Kapitel zur Lehre von der Souveränität, München/Leipzig.
- Schrenck-Notzing, Caspar von** 1996: Lexikon des Konservatismus, Graz.
- Sierck, Udo** 1995: NORMalisierung von rechts. Biopolitik und „Neue Rechte“, Hamburg.
- Speit, Andreas** (Hg.) 2018: Das Netzwerk der Identitären: Ideologie und Aktionen der Neuen Rechten, Berlin.
- Spektorowski, Alberto** 2003: The New Right: ethno-regionalism, ethno-pluralism and the emergence of a neo-fascist „Third Way“, in: Journal of Political Ideologies, H. 1, S. 111–130.
- Taguieff, Pierre-André** 1994: Sur la Nouvelle Droite. Jalons d'une analyse critique, Paris.
- Weber, Ines** 2011: Die politische Theorie von Alain de Benoist, Marburg.
- Weidinger, Bernhard** 2015: „Im nationalen Abwehrkampf der Grenzlanddeutschen“. Akademische Burschenschaften und Politik in Österreich nach 1945, Wien.
- Weiß, Volker** 2017: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart.
- Weißmann, Karlheinz** 1995: Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler von 1933–1945, Berlin.
- Weißmann, Karlheinz** 2003: Editorial, in: Sezession, H. 1 (April).
- Wiegel, Gerd** 2001: Die Zukunft der Vergangenheit. Konservativer Geschichtsdiskurs und kulturelle Hegemonie. Vom Historikerstreit zur Walser-Bubis-Debatte, Köln.

**ITALIA
SHARES**

Julia Haas

Der facettenreiche Antifeminismus der Neuen Rechten – zwischen klassischem Antifeminismus und der Instrumentalisierung feministischer Politiken¹

Antifeminismus gibt es, seit es Feminismus gibt – wo für Freiheiten und Rechte gestritten, ja diese bereits erkämpft wurden, gibt es auch immer Stimmen, die den Weg zurückgehen möchten. Die jeweiligen Formen und Ausprägungen antifeministischer Ausdrucksweisen haben sich im Laufe der Zeit ebenso verändert, wie es feministische Strömungen und ihre Themen- und Schwerpunktsetzungen getan haben. Antifeministische Argumentationsweisen variieren dabei zwischen einem altgedienten klassischen Antifeminismus, der beispielsweise „den“ Feminismus als verantwortlich für kinder- und ehelose Karrierefrauen ansieht oder Frauen aufgrund ihrer höheren Emotionalität am liebsten aus dem politischen Geschehen verdrängen würde. Vertreter*innen der *Neuen Rechten* wie beispielsweise die Identitären, die sich als hippe rechte Jugendbewegung zu inszenieren versuchen, betreiben neben einem klassischen Antifeminismus auch eine Ablehnung von allem rund um das Konzept Gender und geschlechtlicher Vielfalt. Sie inszenieren sich als „wahre Frauenrechtlerinnen“, die sich gegen einen vermeintlich rückständigen Islam zur Wehr setzen müssten und geben „dem“ Feminismus die Schuld an der – aus ihrer Sicht – bedrohlichen einwanderungspolitischen Lage. Um dieses Bedrohungsszenario zu untermalen bedienen sie sich, wie auch andere *neurechte* DenkerInnen², der Theorie des sogenannten „Großen Austausches“. In dieser verschwörungstheoretischen Erzählung, die

der extrem rechte, französische Schriftsteller Renaud Camus (2016) prägte. Hierbei wird auf dramatische Art und Weise vor der vermeintlichen Masseneinwanderung muslimischer Menschen, vorrangig Männern, gewarnt. Durch die niedrigen Geburtenraten der „deutschen und europäischen Völker“ (IB Deutschland 2018) werde, so die Identitären, in gar nicht allzu ferner Zukunft ein Austausch der einheimischen Bevölkerung stattfinden. Verantwortlich für diesen Prozess zeichnen die Identitären in verschwörungstheoretischer Manier der „jüdischen Weltverschwörung“ eine kleine Gruppe von Menschen, die zum Ziel eine (wirtschaftliche) Schwächung Europas hätten. (vgl. Winkler 2017: 63) Wenn auch von manchen Aktivist*innen auf die ein oder andere Weise herausgefordert, gehört das Denken in starren und konservativen Geschlechterrollen zum ideologischen Fundament der extremen Rechten. Die Erzählung des „Großen Austausches“ fügt diesem Bild der Frau als Mutter und Gebärerin die Feindschaft gegen einen „modernen Feminismus“ hinzu, da dieser die Kinderlosigkeit von Frauen verschulde und Männer verweichliche, ja sie ihrer Wehrhaftigkeit berauben würde. Das Attentat in Halle am 09.10.2019 forderte zwei Menschenleben, geplant hatte der Attentäter einen Massenmord an zahlreichen Jüdinnen und Juden. Zu Beginn seiner Tat ist folgender Satz auf dem Video-Mitschnitt zu hören: "Feminismus ist Schuld [sic!] an der sinkenden Geburtenrate im Westen, die die Ursache

1. Der Beitrag basiert zu großen Teilen auf der Forschungsarbeit "Anständige Mädchen und selbstbewusste Rebellinnen - die Selbstbilder identitärer Frauen", die im Februar 2020 bei Marta Press als Buch veröffentlicht wird (Haas 2020).

2. An Stellen, an denen Bezug auf *neurechte* DenkerInnen und AktivistInnen genommen wird, wird im Folgenden mit Binnen-I gegendert, da deren Selbstverständnis lediglich ein zweigeschlechtliches Modell vorsieht und keine weiteren Geschlechter zulässt.

für die Massenimmigration ist. Und die Wurzel dieser Probleme ist der Jude." (Bongen/Schiele 2019) In diesen Worten wird nicht nur die zutiefst menschenverachtende Gesinnung des Attentäters offensichtlich, sondern auch die Verbindungslinien zwischen Antisemitismus, Antifeminismus und Rassismus. Neben den Aspekten Rassismus und Antisemitismus spielt der ausgedrückte Antifeminismus eine wichtige Rolle im ideologischen Fundament der *Neuen Rechten*. Und doch hat er lange Zeit nicht die nötige Aufmerksamkeit erhalten, die ihm in seiner „Scharnierfunktion“ zwischen konservativen Kräften und extrem rechten Positionen zukommen sollte (ausführlich dazu Lang/Peters 2015). Nach den explizit antifeministischen Worten des Attentäters von Halle scheint die Beschäftigung mit dem Thema Antifeminismus zumindest punktuell von Bedeutung zu sein, so titelte beispielsweise die Tageszeitung: „Rechtsextremismus: Feminismus als Feindbild“ (Bongen/Schiele 2019) oder die Frankfurter Rundschau „Antifeminismus und die bedrohte Männlichkeit der Rechten“ (Olson 2019). Um auf möglichst vielen Ebenen ihre rassistischen Gedanken in gesellschaftliche Diskurse hineinzutragen, instrumentalisieren die *neurechten* Aktivistinnen feministische Positionen und Konzepte für ihre Zwecke und versuchen so ihr erklärtes Ziel „Frauen als politische Kraft“ (Stahn/Sellner 2018) zu gewinnen, umzusetzen. Die als „Frauenprojekt“ getarnte und unlängst für beendet erklärte #120db-Kampagne der Identitären ist nur ein Beispiel für die sich schallplattenartig wiederholende Argumentation der Verteidigung von Frauenrechten und dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit (deutscher) Frauen vor einem vermeintlich rückständigen Islam. Die *neurechten* AkteurInnen sind sich dabei nicht zu schade auf feministische Konzepte zurückzugreifen, sich gleichermaßen jedoch von einem „modernen“ Feminismus abzugrenzen. Die Identitären können als ein zumindest zeitweiliger aktionistischer Arm der *Neuen Rechten* begriffen werden und erfüllten diese Rolle bis vor einigen Monaten mehr oder weniger umtrieblich. Der *neurechte* Theoretiker Götz Kubitschek, Mentor der Identitären, ließ sich vor einigen Wochen über deren Versagen aus und erklärte sie damit mehr oder weniger explizit dem Untergang geweiht (vgl. Rafael 2019). Diesen Aussagen ging eine gewisse Zeit voller gefloppter Aktionen, Untätigkeit und Repressionen durch Behörden gegenüber den Identitären voraus – es wurde zunehmend still um die selbsternannte „Bewegung“. Trotz ihres Bedeutungsverlustes bieten die Identitären eine eindrückliche Folie, auf der sich der verbindende Antifeminis-

mus der *Neuen Rechten* in seinen Facetten ausbreiten und skizzieren lässt. Hierfür ist das Verständnis *neurechter* AktivistInnen einer Zweigeschlechtlichkeit, der gegenseitigen Anziehung von Mann und Frau und dem Anspruch „gleichwertig, jedoch nicht gleichartig“ zu sein ebenso eine Basis wie die identitätsstiftende und biologisch begründete „weibliche Essenz“ (Goetz 2017: 258) bzw. männliche. Im Selbstbild identitärer und *neurechter* Aktivistinnen wird deutlich, dass Feminismus bzw. Elemente feministischer Politiken auf unterschiedliche Weise verhandelt werden. Zum einen ist nach innen, für die eigene Lebensweise, ein Einbezug feministisch erkämpfter Werte und Freiheiten in unterschiedlichem Ausmaß zu erkennen. Nach außen wird der vermeintliche Kampf um Frauenrechte für die eigenen rassistischen Zwecke missbraucht und Themen aufgegriffen, wie die Doppelbelastung von Frauen als Mutter und Berufstätige, die ebenso von feministischer Seite bearbeitet werden. Für diese gesellschaftliche Schiefelage liefern sie jedoch keine progressiven Ideen, sondern vereinfachte und reaktionäre Antworten. Gemeinsam ist den Umgangsweisen zum Thema Feminismus eine Ablehnung eines Feminismus, der für Vielfältigkeit steht und die „natürlichen“ Grenzen der Geschlechter infragestellt. Um die folgenden antifeministischen Argumentationen zu kontextualisieren, zeichne ich zunächst das geschlechterpolitische Denken der identitären und *neurechten* AktivistInnen in seinen Grundzügen nach. Anders als die mediale Berichterstattung es zu den Hochzeiten der Identitären 2016/17 vermuten ließ, war das Auftauchen starker und selbstbewusster Frauen in den vordersten Reihen rechter Strukturen keine Neuerscheinung und auch der Einbezug feministischer Versatzstücke ist kein neues Phänomen, wie Forscher*innen bereits seit den 2000er Jahren demonstrierten (vgl. Radvan 2013; Bitzan 1997a; Köttig 2006). Anlehnend an Juliane Lang (2018a: 16–22) sehe ich die Ausprägungen des *neurechten* Antifeminismus entlang der Argumentationslinien (1) klassischer Antifeminismus, (2) Ablehnung von allem rund um das Konzept Gender, (3) vermeintlicher Kampf um Frauenrechte für die eigenen rassistischen Zwecke und (4) der Anrufung einer wehrhaften Männlichkeit. Der Antifeminismus der *Neuen Rechten* zeigt sich in verschiedenen Facetten und äußert sich nicht nur in einem klassisch und offen artikulierten Antifeminismus, sondern auch in Formen, die im ersten Moment sogar durch einen feministischen Anstrich glänzen, wie beispielsweise die vermeintliche Verteidigung von Frauenrechten.

Geschlechterpolitisches Denken der Identitären

Das Geschlechterbild der Identitären geht von einer binären Ordnung aus, der Existenz eines weiblichen und eines männlichen Geschlechts, die komplementär zueinander konzipiert sind und eine gegenseitige Anziehungskraft ausüben. Auch wenn Zugeständnisse an soziale Einflüsse gemacht werden, die Geschlechterrollen durchaus beeinflussen können, liegt der Grundstein in einer „natürlichen“ Polarität von Mann und Frau und deren Fähigkeit Kinder zu zeugen (vgl. Mayrl 2017; Goetz 2017: 258; Bruns/Glösl/Strobl 2014: 168). Es ist ein Rückbezug auf eine „Essenz des Weiblichen“ bzw. Männlichen erkennbar, so Goetz, gemeint ist damit: „[...] eine ohne weitere Argumente auskommende, imaginierte Wesens- bzw. Naturhaftigkeit der Geschlechter“ (Goetz 2017: 258). Diese Essenz wird durch Konzepte rund um den Begriff *Gender* angegriffen. Grenzziehungen spielen in der identitären Argumentationsstruktur auf mehreren Ebenen eine wichtige Rolle. Für die eigene Identität benötige es immer ein Außen, ein anderes, wie Goetz einen identitären Aktivistin wiedergibt. In diesem Gegensatz drücke sich der Wunsch der Identitären aus, die Dichotomie zwischen Mann und Frau zu bewahren (vgl. Goetz 2017: 257). Ähnlich der ethnopluralistischen Argumentation, der Andersartigkeit von Kulturen, werde auch die Verschiedenartigkeit der (beiden) Geschlechter betont, die nach einer unterschiedlichen Behandlung verlangen würden (vgl. Goetz 2017: 271). Eindrücklich zeigt sich das Frauenbild der Identitären in ihrer Rolle im „Großen Austausch“. Sie könnten (1) dem „Großen Austausch“ entgegenwirken, in dem sie selbst Kinder gebären, (2) trifft sie eine Teilschuld, da sie durch ihre gefühlsbetonte Art, den höheren Grad an Mitleid und Altruismus einwanderungsfreundliche Parteien wählen und (3) seien die Frauen die ersten Opfer der Masseneinwanderung, denn sie würden von den aggressiven migrantischen Männern angegriffen (vgl. Goetz 2017: 255f.). Die Erzählung der „weißen Frau als Opfer“ und die daraus resultierende Instrumentalisierung der vermeintlichen Schutzbedürftigkeit für die eigenen rassistischen Zwecke zeigt eine lange historische Kontinuität (ausführlich: AK Fe.In 2019: 166; Dietze 2019: 54). Nach Goetz verlaufen die identitären Frauenbilder entlang „der Pole ‚Erhalt des Eigenen‘ (Mutter), ‚Schönheit des Eigenen‘ (sexualisierte Objekte) [und], deren Synthese im ‚Kampf für das Eigene‘ (Kampfgefährtin)“ (Goetz 2017: 267) ab. Neben der ständigen

Betonung der eigenen Weiblichkeit und dem Stolz auf das eigene „Frausein“ wird in der Selbstdarstellung der identitären Aktivistinnen ein zweites wiederkehrendes Moment sichtbar, der Wunsch als selbstbewusst, stark und widerständig wahrgenommen zu werden. Zusammengefasst lassen sich beide Ausdrucksweisen in dem Begriff der „wehrhaften Femininität“ (Haas 2020) vereinen. Das Zusammenspiel von Wehrhaftigkeit und femininem Auftreten tritt in ganz unterschiedlicher Intensität bei den Aktivistinnen auf und auch die Art und Weise der Darstellung variiert stark zwischen den rechten Frauen. Es zeigt sich jedoch, je stärker die Frauen feministisch geprägte Werte für sich in Anspruch nehmen und in ihr Leben integriert haben, sich demnach aus der „schützenswerten Frauenrolle“ entfernen, desto intensiver müssen sie Elemente, die aus einer rechten Ideologie entspringen, hervorheben. So sind gerade weibliche Aktivistinnen der Identitären, die sich einem Verhalten männlicher Kameraden annähern, besonders bedacht darauf, ihre Instagram-Kanäle mit aufreizenden und sexualisierten Bildern von sich zu füllen. Auch eine verbale Rückbesinnung auf eine weibliche Schutzbedürftigkeit, die durch das sonstige Auftreten nicht wahrzunehmen ist, unterstreicht dieses Vorgehen. Die Aktivistin Melanie Schmitz, offensiv und selbstbewusst auftretend, schreibt in einem ihrer Blogbeiträge: „Trotz allem möchte ich am Ende des Tages in die Arme eines Mannes fallen und mich geschützt fühlen“ (Schmitz 2018b: 18.02.2018). Letztendlich schreibt sie, der Aussage folgend, doch einem/dem Mann an ihrer Seite die Aufgabe „Schutz zu geben“ zu und bestärkt damit das vorherrschende Bild der „soldatischen Männlichkeit“ (Debus/Laumann 2014: 21; 27).

Einbezug feministischer Positionen – (k)ein neues Phänomen?

Lange Zeit wurde die extreme Rechte aufgrund ihres inhärenten Sexismus und der patriarchalen Ordnung als Männer-Phänomen angesehen. Die hohe Gewaltbereitschaft innerhalb der Rechten schien den Blick für Frauen als aktiv agierende in dieser Szene zu versperren. In der feministischen Forschung zur extremen Rechten hat die strukturelle Unterschätzung von rechten Aktivistinnen einen Begriff – das Prinzip der „doppelten Unsichtbarkeit“ (Radvan/Lehnert). Gemeint ist damit, dass Mädchen und Frauen „grundsätzlich weniger eine eigene politische Meinung zugebraut [wird]. Zudem gelten sie als friedfertig“ (Radvan/

Lehnert 2015: 181). Die Berichterstattung über Beate Zschäpe ist hierfür ein eindrückliches Beispiel. In öffentlichen Medien als „Mitläuferin“ (Röpke/Speit 2011: 9f.) oder „Freundin von“ (Radvan 2013: 9) betitelt wird deutlich, wie ihre Aktivitäten innerhalb des NSU-Kerntrios³ verharmlost und ihr eine eigenständige Motivation abgesprochen wird. Wie Ina Pallinger beschreibt, setzen Mädchen und Frauen Gewalt sozialisationsbedingt tatsächlich weniger häufig ein und auch die Zustimmung zu dieser ist weniger häufig zu verzeichnen. Die rassistische, antisemitische und völkische Ideologie pflegen Frauen jedoch nicht weniger als männliche Aktivisten (vgl. Pallinger 2016). In ihrer klassischen Rolle als treusorgende Mutter kommt Frauen die Verantwortung für die Erziehung und die Weitergabe von ideologisch konformen Werten und Traditionen zu. Sie tragen somit maßgeblich zum Erhalt des „Volkskörpers“ bei (vgl. Botsch/Kopke 2018: 66). Das Problem der skizzierten „doppelten Unsichtbarkeit“ von rechten Frauen, die Nicht-Wahrnehmung oder das Nicht-Zutrauen einer politischen, vor allem rechten, Meinung eröffnet die Möglichkeit für rechte Aktivistinnen, soziale Kontakte nach außen zu pflegen, sich in sozialen Einrichtungen wie Kindergärten oftmals unbemerkt zu bewegen und dort ihre Ideologie zu verbreiten.

Frauen fühlen sich in der Rechten nicht nur in dem Klischee des „Heimchen am Herd“ wohl. Seit den 80er Jahren, spätestens jedoch seit den 90er Jahren beobachten Forscher*innen und Journalist*innen im Feld zunehmend rechte Frauen, die sich gegen das in der Szene dominierende Weiblichkeitsideal stellen und sich selbst als Teil der „kämpfenden Front“ sehen (vgl. Röpke/Speit 2011: 18; Radvan 2013: 17f.). Sie fordern Positionen in rechten Parteien oder Gruppierungen für sich ein und sind als rechte Musikerinnen, Geschäftsfrauen und Straßenkämpferinnen unterwegs (vgl. Röpke/Speit 2011). Mit ihrer 2000 veröffentlichten Untersuchung zum "Selbstbild rechter Frauen - Zwischen Antisexismus und völkischem Denken" (Bitzan 2000) widerlegt Renate Bitzan die These eines homogenen

3. Der selbsternannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) verübte, soweit bekannt, in der Zeit zwischen 2000 und 2006 neun Morde an migrantischen, in Deutschland lebenden Personen und einer deutschen Polizistin. Zudem sind die Mitglieder des NSU für Sprengstoffanschläge 1999 in Nürnberg und 2001 in Köln in der Probsteigasse sowie für das Nagelbomben-Attentat auf der Kölner Keupstraße verantwortlich. Nach fast 14 Jahren, in denen die HaupttäterInnen – Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe – unbemerkt morden konnten, enttarnte sich der NSU im November 2011 selbst. In kritischen Betrachtungsweisen des NSU wird von diesem als NSU-Komplex gesprochen, um die Ausmaße und Verstrickungen des sogenannten Kerntrios in die rechte Szene hinein deutlich zu machen. (vgl. Frindte et al. 2016: 11; Röpke/Speit 2011: 9ff.).

Selbstbildes von rechten Frauen und differenziert drei auftretende Rollen: (1) die Mutter und Gebärende „rassereinen“ Nachwuchses, (2) eine modernisierte Form, bei der Frauen neben ihrem Mutter-Dasein auch politisch aktiv sein können/dürfen und ein dritter Typ (3) bei dem Frauen auch Kritik an sexistischen Strukturen sowohl in Gesellschaft als auch innerhalb der Szene äußern (Bitzan 2014). Zudem kommt sie in ihrer Studie zu dem Schluss, „daß neben einer Vielzahl ‚klassisch‘ rechter Positionen in den Zeitschriftenartikeln etliche Einzelaussagen von Autorinnen getroffen werden, die denen feministischer Frauen recht nahe kommen [sic!]“ (Bitzan 2000: 351). Die jahrzehntelangen Kämpfe um Gleichberechtigung und deren Erfolge hätten einen gesellschaftlichen Wertekodex verändert, „der wiederum auch von Rechten integriert und genutzt werden kann und wird“ (Bitzan 2000: 358). Betrachtet man die Selbstbilder identitärer Aktivistinnen lassen sich nach einem ersten oberflächlichen Blick ganz ähnliche Typen wie die von Bitzan (2014) herausgestellten erkennen. Auf modernisierte Art und Weise zeigen sich ebenso (1) eine klassische Mutterrolle und konservative Weiblichkeit, (2) eine modernisierten Form, die politischen Aktivismus im Windschatten von Männern ermöglicht, sowie (3) eine selbstbewusste Weiblichkeit, die sich auch in die eigene Szene hinein widerständig zeigt. Die verschiedenen auffindbaren Selbstbilder identitärer Aktivistinnen sind demnach nicht als gänzlich neues Phänomen eines weiblichen rechten Aktivismus zu begreifen. Sie machen jedoch einen weiter fortgeschrittenen Einbezug feministischer Errungenschaften in die eigene Lebensweise rechter Aktivistinnen sichtbar und zeigen zudem die strategische Akzeptanz verschiedener weiblicher Lebensentwürfe innerhalb einer rechten Organisation auf. Im Zuge der Modernisierungsstrategien der *Neuen Rechten* und der Identitären auf unterschiedlichen Ebenen ist auch eine Erneuerung in der Verhandlung von geschlechterpolitischen Themen zu erkennen. Immer wieder werden von AktivistInnen die vielfältig lebbareren (vor allem) Frauenbilder hingewiesen, die IB spiegle „einen Querschnitt der Bevölkerung“ (Identitäre Mädels und Frauen 2018b), so eine Aktivistin aus Bayern (auch Schmitz 2018a: 12.03.2018; Karig 2016). Die Aussagen sollen ein „bei uns ist für alle etwas dabei“ suggerieren, so halten sich die Identitären für ein breites Publikum attraktiv und die identitären Ideen und Gedanken sollen ihren Weg in den kulturellen Mainstream finden. Sicherlich ist es zu kurz gegriffen, die Vielfalt lediglich mit strategischen Gründen erklären zu wollen. Die eigene Sozia-

lisation der Aktivistinnen, die mit erkämpften Freiheiten und Möglichkeitsräumen aufgewachsen sind, lässt sie vor einem allzu konservativen Frauenbild zurückschrecken (vgl. auch Heß 2015). Auch hier ist ein strategischer Gedanke zu erkennen, da die allzu deutliche Ablehnung von feministischen bzw. frauenrechtlerischen Errungenschaften für viele (junge) Frauen nicht ansprechend ist und somit dem Ziel, auch und gerade Frauen für sich zu gewinnen, entgegenwirkt. Selbst die antifeministische und gegen Frauen in der Politik argumentierende identitäre Aktivistin Annika Stahn will sich das Wahlrecht nicht mehr nehmen lassen (vgl. Stahn/Sellner 2017). Die US-amerikanische Soziologin Susan Faludi (1993 [1991]) drückt dies in ihrem Anfang der 90er Jahre erschienen Buch "Backlash - Die Männer schlagen zurück" folgend aus: „Bei den Frauen der Neuen Rechten war es in mancher Hinsicht umgekehrt wie bei ihren progressiveren ‚Yuppie‘-Schwestern, die sich in den Schlingen des Gegenschlags verfangen. Während die normalen berufstätigen Frauen häufiger feministischen Prinzipien vertraten, innerlich jedoch mit den vom Gegenschlag bewirkten Selbstzweifeln und Vorwürfen zu kämpfen hatten, vertraten die Frauen der Neuen Rechten eine antifeministische Haltung – verinnerlichten aber gleichzeitig die Botschaft der Frauenbewegung und integrierten deren Ziele wie Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Entscheidungsfreiheit klammheimlich in ihr eigenes Privatleben“ (Faludi 1993 [1991]: 348).

Innerhalb der *Neuen Rechten* sind vielfältige Weiblichkeitsentwürfe lebbar, solange sie ideologisch konform den Kern der eigenen Identität, in Bezug auf Geschlecht, die eigene weibliche oder männliche Essenz nicht infrage stellen. Dieses einerseits eisern festgeschriebene Fundament der biologisch zugeschriebenen Weiblichkeit oder Männlichkeit eröffnet andererseits vielfältige Interpretationsräume und die Möglichkeit, auf gesellschaftlicher Ebene verschiedene Formen und Ausdrucksweisen anzunehmen. Zudem stellt Bitzan fest, dass die Bestrebungen von Frauen um Gleichberechtigung und mehr Freiheiten innerhalb der extremen Rechten jedoch immer dem Kampf um das eigene Volk und die Nation untergeordnet sind (vgl. Bitzan 2011: 115; 1997b: 243). Es ist demnach festzuhalten, dass das Auftreten selbstbewusster rechter Frauen kein Phänomen ist, das seinen Anfang in den social media-Kampagnen der identitären Aktivistinnen nahm. Wie das Autor*innenkollektiv Fe.In feststellt, bietet die rechte Szene „immer wieder ergänzende weitere Rollenmodelle an und sie ist außerdem oftmals sehr offen für individuelle Abweichungen, die

nur von außen absurd wirken mögen“ (AK Fe.In 2019: 144). Für den Kampf um kulturelle Hegemonie ist jedoch ein oberflächlich geratener „neuer Anstrich“ der *Neuen Rechten* zu bemerken, der sich ebenfalls in der Akzeptanz verschiedener gesellschaftlicher Weiblichkeitsbilder ausdrückt. In der Politikwissenschaft wird ein sogenannter „Marine le Pen“-Effekt (Mayer 2013: 163), der es Frauen (auch) aus strategischen Gründen ermöglicht, an die Spitze von rechten Parteien zu gelangen, bereits seit längerem diskutiert. In der Betrachtung identitärer Aktivistinnen kommen demnach verschiedene Aspekte zusammen. Zum einen sind es junge Frauen, die mit erkämpften Freiheiten und Rechten aufgewachsen sind und diese – auch wenn sie vordergründig abgelehnt werden – für sich nutzen und nicht bereit sind, sie in Gänze abzugeben. Zum anderen stecken strategische Überlegungen und Modernisierungsgedanken einer *neurechten* Politik hinter den vielfältigen akzeptierten weiblichen Lebensentwürfen in den eigenen Reihen. Die pluralen Frauenbilder sollen über das tief verankerte geschlechterkonservative und biologistisch festgeschriebene starre Geschlechterverständnis der *Neuen Rechten* hinwegtäuschen. Die Anerkennung und Darstellung pluraler Lebensentwürfe, deren Akzeptanz und Bündelung innerhalb einer Gruppierung, ist so als Mittel im Kampf um eine „Kulturrevolution von Rechts“ zu verstehen.

Facetten des neurechten Antifeminismus

Faludi (1993 [1991]: 23) zeigt in ihrem Buch eindrucksvoll die Kontinuitäten antifeministischer Argumentationsweisen, aber auch deren Erstarken in Zeiten, in denen sich feministische Kämpfe tatsächlich wirksam zeigen, auf. Sie bezeichnet die sich in gewissen Abständen immer wieder aufbäumenden antifeministischen Bewegungen als „Gegenschlag“ (vgl. ebd.). In Bezug auf die *Neue Rechte* in den 80er Jahren in den USA stellt sie dabei fest: „Wenn der jetzige Gegenschlag einen Geburtsort hatte, dann hier in den Reihen der Neuen Rechten, wo er zum ersten mal als Bewegung mit eindeutigem ideologischem Programm Gestalt annahm. Die Führer der Neuen Rechten gehörten zu den ersten, die den Kernpunkt des Gegenschlags formulierten – daß die Gleichberechtigung der Grund für die Unzufriedenheit der Frauen sei“ (Faludi 1993 [1991]: 316). Folgt man der Definition von Antifeminismus von Juliane Lang und Ulrich Peters (2015) sind die identitären AktivistInnen mit ihrer Ablehnung eines modernen und

geschlechterpluralen Feminismus in diesem Spektrum deutlich zu verorten: „Als antifeministische AkteurInnen beschreiben wir hier heterogene AkteurInnen und Akteursgruppen, die sich – in organisierter Form – in expliziter Gegnerschaft zu einem von ihnen als omnipotent beschriebenen Feminismus positionieren und/oder sich in Diskussionen um familien-, geschlechter- und sexualitätsbezogene Themen heteronormativ gegen die Auspluralisierung sexueller, geschlechtlicher und familialer Lebensformen und eine damit einhergehende Anerkennung derselben in ihrer Vielfalt stellen“ (Lang/Peters 2015). Der verbindende Antifeminismus der *Neuen Rechten* zeigt sich in teils sehr unterschiedlicher Form und Gestalt, wie ich folgend anlehnend an die Unterteilung von Lang (2018a: 16–22) darstellen werde.

Klassischer Antifeminismus

Einige der identitären Aktivistinnen greifen tief in die antifeministische Mottenkiste und bedienen Anfeindungen und Erzählungen, die so bereits seit Jahrzehnten existieren. Darunter fällt beispielsweise der Vorwurf Feminismus sei das „neue“ gesellschaftliche Unterdrückungsmoment (a) und traditionell-konservative Rollenverständnisse würden geahndet werden (Kelle 2013). Der Argumentation einer „Diktatur des Feminismus“ (Kelle 2013: 50f.) folgend sei dieser (b) omnipräsent in Gesellschaft und Öffentlichkeit vertreten. Nach der Aktivistin Stahn ist es für junge Frauen nahezu unausweichlich, mit feministischen Inhalten in Berührung zu kommen und davon indoktriniert zu werden. In der „Generation Feminismus“ würden Frauen und Mädchen von feministischen Vorstellungen beeinflusst, ohne es selbst zu bemerken und eine Wahlentscheidung zu haben, so die Meinung der identitären Aktivistin (vgl. Info-Direkt/radikal feminin 2017: 34). Wenn man es genau betrachtet, würden Frauen, so argumentiert die Identitäre Stahn durch (c) Feminismus erst zum Opfer gemacht. Eine gesetzliche Gleichstellung zwischen Mann und Frau sei längst erreicht, denn „zumindest in Europa, [hätten Frauen] dieselben Rechte wie Männer und damit auch alle damit einhergehenden Pflichten“ (Info-Direkt/radikal feminin 2017: 35). Der heutige Feminismus schieße übers Ziel hinaus und würde Frauen in eine „Opferidentität“ (Identitäre Mädels und Frauen 2018a, 2016) zwingen, wo sie doch gar nicht mehr nötig sei. Stahn bedient eine weitere klassisch antifeministische Argumentationslinie, nämlich (d) die Parteinahme für

Männer. Durch feministische Bewegungen und Politiken werde Männern Unrecht getan und ein regelrechter Männerhass von Feministinnen propagiert. Männer würden, wenn nicht unter Generalverdacht gestellt, dann doch zumindest klein gemacht und häufig zu „Schoßhündchen“ feministisch eingestellter Frauen degradiert werden. Ein wiederkehrender Vorwurf ist die Schuld des Feminismus an der (e) Ehe- und Kinderlosigkeit von Frauen. Feministische Politiken hätten dazu geführt, dass sich Männer und Frauen voneinander entfernen und ein „Geschlechterkampf“ (Identitäre Mädels und Frauen 2018a: 2016) entbrannt sei. Feminismus, so Annika Stahn, trage die Haltung vor sich her, „Frauen bräuchten Männer wie Fische Fahrräder“ (Info-Direkt/radikal feminin 2017: 35). Zudem würde der Feminismus Frauen dazu bringen nach (f) der Macht der Männer zu streben und sie im schlimmsten Fall derer zu berauben. Stahn kann nicht verstehen wie Frauen in politisch und wirtschaftlich höhere Positionen – die immer noch häufig Männern vorbehalten sind – streben, wenn sie doch durch ihre natürliche Aufgabe von Geburt und Erziehung bereits eine besondere Macht in sich trügen. Schließlich würden Frauen erst dafür sorgen, dass Männer überhaupt die Chefetagen dieser Welt erklimmen könnten (vgl. Stahn/radikal feminin 2017).

Diesem Rat folgend propagiert die identitäre Aktivistin Ingrid Weiss aus Leipzig unaufhörlich die besondere Schönheit ihres Mutter-Daseins auf ihrem Instagram-Kanal (vgl. Weiss 2020). Diese „natürliche“ Mutterrolle wird gerade in einer extrem rechten Ideologie durch ihre Aufgabe für den Erhalt des Eigenen, des „Volkes“, aufgewertet (vgl. Dietze 2019: 156). Hinzu kommt die individuelle Aufwertung, die Frauen durch eine Mutterschaft erfahren. Bisher als die Schwache und Schutzbedürftige wahrgenommen, findet ein Rollenwechsel statt und die Frau wird zur Schutz gebenden Person im Leben eines weiteren Menschen. Für diesen erfüllt sie nun Eigenschaften wie Stärke, Durchsetzungskraft und Wehrhaftigkeit, wie sie sonst nur Männern in der extremen Rechten zugedacht werden. Es findet eine Herauslösung und auf eine zunächst vielleicht wenig überzeugende Art ein Wandel im Selbst- und auch ideologischen Frauenbild statt. Das Bild der „Löwenmutter“ mag für manche rechte Frau einen ganz eigenen Akt der Herauslösung aus einer zugeschriebenen Passivität bedeuten.

4. Weitere AkteurInnen bzw. Aktionen sind beispielsweise der von der AfD-Politikerin Leyla Bilge organisierte „Frauenmarsch“, „die Erklärung 2018“ der ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten Vera Lengsfeld oder die Demonstrationen unter dem Motto „Kandel ist überall“, bei denen auch identitäre Aktivistinnen mitwirkten.

Ablehnung von Allem rund um das Konzept Gender

Ähnlich der *neurechten* Theoretikerin Ellen Kositzka, die für den *neurechten* Blog *sezession.de* schreibt und Verlegerin im *neurechten Antaios Verlag* ist, sorgt sich der Sprecher der Identitären und bekanntes Gesicht – Martin Sellner aus Österreich – um eine drohende „Vereinheitlichung der Geschlechter“ (Kositzka 2008: 72). Durch die Gleichsetzung von Gleichwertigkeit mit Gleichheit und dieser wiederum mit Gerechtigkeit, entstehe ein „Einheitsmensch“ (Sellner 2013). Echte feminine Frauen und maskuline Männer, heißt die „natürlichen“ Verschiedenheiten betonend, drohen zu verschwinden und so fordere die IB gerade diese (zurück) (vgl. Goetz 2017: 260; Sellner 2013). Auf der Facebook-Seite der Identitären Mädels und Frauen wird die Ablehnung in folgendem Post deutlich:

„Unser Problem mit dem modernen 3. Welle Feminismus ist, dass er lange nicht mehr die Interessen derer vertritt, deren Stimme er sein will: der Frauen. Hinter dem Begriff ‚Feminismus‘ steckt heutzutage eine Ideologie der sozialen Konstruiertheit der Geschlechter, die Hand in Hand mit der Ideologie der kategorisch privilegierten bzw. unterprivilegierten Gruppen zusammenarbeitet. Wer sich jenseits dieser Ideologie für die greifbare Lebensrealität von Frauen interessiert, wird als ‚Rechtsfeministin‘ diffamiert“ (Identitäre Mädels und Frauen 2018a: 2017).

Eine Pluralisierung von Geschlechtsidentitäten und der Vorstellung eines sozial konstruierten Geschlechts greifen Überzeugungen eines binären und natürlichen Geschlechtersystems in seinen Grundfesten an und erschüttern dieses. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die *neurechten* TheoretikerInnen wie AktivistInnen sich gegen alles stellen, was diese Eindeutigkeit infrage stellt und verunsichert. Wie Goetz (2017: 262) es formuliert, zielten die geschlechterpolitischen Vorstellungen der Identitären „auf eine Rückgewinnung der damit verbundenen starren Ordnungsmuster sowie auf eine Rückvereindeutigung der durch Feminismus und Gender Theorie ins Wanken gebrachten normativen Konzepte ab“ (Goetz 2017: 262). Passend dazu sehen die *neurechten* Theoretikerinnen Kositzka und Kelle den Anfang vom Ende des „guten“ Feminismus in der Diskursverschiebung hin zu einer Trennung von biologischem (*sex*) und einem sozial konstruierten Geschlecht (*gender*). Beide beziehen sich teils positiv auf differenzfeministische Ansichten, da diese die biologische Verschiedenartigkeit von Männern und Frauen

nicht infrage stellen. Als Feindbild werden hingegen feministische Bestrebungen adressiert, die sich gegen die rein biologisch festgelegte Unterschiedlichkeit der Geschlechter (in ihrer Vielfältigkeit) positionieren. (vgl. Kositzka 2008:10; Kelle 2015: 11). Die größte Gefahr – und auf diesen Zustand steuern wir laut Kositzka bereits zu – wäre es, ein (soziales) Mischwesen zu produzieren, ein Wesen, das keine natürlichen männlichen oder weiblichen Eigenschaften mehr kennt (vgl. Kositzka 2008: 72). Ihre Sorge um die Reproduktionsfähigkeit dieser Gesellschaft drückt sie mit folgenden Worten aus: „Als verlockendes, doch unheiliges Mischwesen, als bärtiger Paradiesvogel mit umgeschnallten Fleischbrüsten. Diese vater- und mutterlose Welt hinterläßt Kranke und Gestörte. Deren Schoß wiederum wird von zweifelhafter Fruchtbarkeit sei“ (Kositzka 2008: 72).

Vermeintlicher Kampf um Frauenrechte für die eigenen rassistischen Zwecke

Entlang der ehemaligen Kampagne #120db der Identitären und deren im Dezember 2016 veröffentlichten Video „eine Botschaft an die Frauen“ (Identitäre Mädels und Frauen 2016) lässt sich eindrücklich eine Argumentationsweise aufzeigen, die so auch in weiteren Kampagnen der letzten Monate zu finden ist.⁴ Im Video nehmen die Aktivistinnen Bezug auf die *Kölner Silvesternacht 2015/16*, in der sie eine Art Wendepunkt sehen. Seit den Geschehnissen auf der Kölner Domplatte könne die Gewalt, die von jungen geflüchteten Männern an weißen Frauen begangen werde, nicht mehr verschwiegen werden, so die Meinung der Aktivistinnen (vgl. AK Fe.In 2019: 120). Christian Werthschulte setzt dem eine Perspektive entgegen, die die Debatte rund um die Kölner Silvesternacht vielmehr in „bereits bestehende kulturelle Interpretationsmuster oder politische Initiativen überführt [...], die ihren Anfang vor Silvester genommen haben“ (Werthschulte 2017). In den beiden Videos treten identitäre Aktivistinnen auf, die Straftaten und (weibliche) Opfer geflüchteter und migrantischer Männer benennen. Durch diese dramatische Inszenierung suggerieren sie eine drohende und übermächtige Gefahr für vor allem (deutsche/europäische) Frauen (vgl. Identitäre Mädels und Frauen 2016). Die #120db-Kampagne startete Ende Januar 2018 und hat sich selbst zum Ziel gesetzt, „alle Erfahrungen von Frauen mit importierter Kriminalität ein(zu)fangen und öffentlich machen“ (#120db-Blog 2018) zu wollen. Nach eigenen Angaben der Aktivistinnen verstehen sie sich als Ergänzung des Hashtags #MeToo. Das

Ziel des Ende 2017 gestarteten Hashtags war es auf sexualisierte Gewalt, zunächst in Hollywood, aber auch darüber hinaus und in anderen Ländern, hinzuweisen. Entgegen der MeToo-Debatte stellen die #120db-Aktivistinnen eine vermeintlich besonders schwere Gefahr durch die „importierte Gewalt“ fest. Diese würde von MeToo-Anhänger*innen verschwiegen werden und wäre gesellschaftlich nicht sagbar.

Die „Ethnisierung von Sexismus“ (Jäger 1996), das heißt Sexismus als bestimmtes Merkmal einer ethnischen Gruppe zu sehen, um diese abzuwerten weist eine ebenso lange Geschichte auf, wie es die ergänzende Rolle der „weißen Frau als Opfer“ tut. In der Argumentation der identitären Aktivistinnen sind drei Punkte besonders hervorzuheben. Zum einen findet (1) eine Anerkennung einer feministisch erkämpften Wahrnehmung von sexualisierter Gewalt im Nahbereich statt. Die österreichische Aktivistin Ariane sagt dazu im Gespräch mit Martin Sellner: „Es gab irgendwie den Vorwurf denk ich, das [sic!] gemeint wurde erstens gibt es die meisten Fälle von Gewalt in der Familie – das stimmt. Das ist wahr, da widersprechen wir überhaupt nicht“. Weiter betont sie: „Nur ist es schwer auf staatlicher Ebene etwas dagegen zu tun. Erstens das und zweitens, das wurde schon angesprochen in der Vergangenheit und wir wollen jetzt etwas ansprechen was noch nie angesprochen wurde“ (Ariane/Sellner 2018). Nach der strategischen Anerkennung der hohen Zahlen von sexualisierter Gewalt⁵ im Nahbereich, (2) wirft sie den Lichtkegel auf eine scheinbar vollkommen neue, vorher nicht dagewesene Form der Gewalt. Statt bestehende Erkenntnisse zu leugnen, bedienen sich die Identitären dem Kunstgriff, eine vermeintlich neue Kategorie der „importierten Gewalt“ zu installieren. (3) Eine spezielle Form, die sich im öffentlichen Raum abspiele und gegen die – anders als bei sexualisierter Gewalt im Nahbereich – der Staat Eingriffsmöglichkeiten hätte und sich dieser bedienen müsse. In den Worten der Identitären hieße dies „Remigration“ und eine restriktive Einwanderungspolitik. Eine letzte – und die Gewalt im sozialen Nahbereich relativierende – ist die Argumentation (4) der vermeintlich besonderen Schwere dieser „neuen“ Gewalt: „[...] aber die anderen Vergewaltigungen von Flüchtlingen sind wirklich quälend. Man kann sehen, dass die Mädchen getreten wurden und blaue Arme haben, schrien und das passiert im öffentlichen Raum“. (Stahn/Ariane/Pettibone 2018). Wie Gabriele Dietze in ihrem Buch "Sexueller Exzeptionalismus – Überlegenheitsnarrative in Migrationsabwehr und Rechtspopulismus" aufzeigt, hält die Instrumentalisierung von sexistischen und Diskursen um sexualisierte Gewalt für rassistische Argumenta-

tionen eine Möglichkeit bereit, sich auf dem Spielfeld des Politischen selbst nicht die Hände schmutzig machen zu müssen: „Eine Referenzgröße für ethnosexistische Konstellationen ist die bedrohte Freiheit. Nun ist sexuelle Freiheit gegenüber anderen Freiheiten kostenneutral. Sie erfordert keine höheren Löhne, billigere Mieten, bessere Altersversorgung oder mehr Kita Plätze. Insofern ist die Fokussierung auf sexuelle Freiheit in Verbindung mit ihrer angeblichen Gefährdung durch die Immigration >rückständiger< Menschen aus dem globalen Süden zu seinem zentralen Staats-Diskurs geworden, der von neoliberalen Reduzierung der Daseinsfürsorge ablenkt“ (Dietze 2019: 17).

Ganz in diesem Sinne bemühen sich die *neurechten* AkteurInnen lediglich dann um Frauenrechte und verschreiben sich diesen, wenn sie zum einen über vergangene und legitime Erfolge einer ersten Frauenbewegung sprechen oder wenn es um die Thematisierung von Gewalt von geflüchteten und/oder muslimischen Männern geht. In dieser Argumentation beschränkt sich die Fürsorge jedoch lediglich auf die körperliche Unversehrtheit von Frauen, was, wie Juliane Lang (2018b: 158) kritisch anmerkt, kein Frauenrecht, sondern ein grundlegendes Menschenrecht ist. Um tatsächlich frauenrechtliche und kostenintensive Belange wie reproduktive Rechte und Forderungen wie „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ kümmern sich die identitären reichlich wenig. Eine weitere Perspektive um den vermeintlichen Kampf für Frauenrechte ist, wie das Autor*innenkollektiv Fe.In feststellt, auch eine Möglichkeit zur begrenzten „Emanzipation“ darin. In diesem Diskurs werden Frauen nicht nur als Opfer wahrgenommen, die es zu beschützen gilt, durch das Thema eröffnen sich, so AK Fe.In: „Möglichkeiten der Partizipation, denn mit ihm kommen weibliche Anliegen, Ängste und insgesamt das Thema sexualisierte Gewalt in den Fokus der Aufmerksamkeit von Männern* in einer männlich geprägten politischen Arena“ (AK Fe.In 2019: 180). So müsse das Engagement rechter Frauen auch als „Akt der Selbstermächtigung“ gesehen werden, da sie die Möglichkeit bereithalte „den eigenen begrenzten Wirkungsbereich zu überschreiten und in relativer Autonomie Wirksamkeit und Sinnstiftung zu erfahren“ (AK Fe.In 2019: 182). Diese „Emanzipation“ stößt durch ihre Unterordnung unter die Volksgemeinschaft und den daraus resultierenden Strukturen jedoch zwangsläufig an ihre Grenzen.

5. <https://www.frauen-gegen-gewalt.de/de/gewalt-gegen-frauen-merkmale-und-tatsachen.html>

Anrufung einer wehrhaften Männlichkeit

Während sich das Frauenbild fortschrittlich entwickle, sei das Männerbild durch Regressivität und Rückzug gekennzeichnet, von der konservativen Vorstellung des dynamischen Mannes als Jäger und Beschützer bleibe nicht viel übrig, meint die *neurechte* Denkerin Ellen Kositzka (vgl. Kositzka 2008: 9f.). Ihre bereits geteilte Sorge um den Verlust einer klaren männlichen und weiblichen Identität schließt sich folgerichtig der Wunsch nach einer ausgeprägten Männlichkeit an. Ein echter Mann, beschreibt sie, sei durch Qualitäten wie Heldenmut, Beschützerinstinkt und Autorität gekennzeichnet (vgl. Kositzka 2016: 133). Er müsse seine Frau verteidigen können, wenn nötig auch handgreiflich, standhalten und nicht davonlaufen, er sollte zusammengefasst: „keine Memme“ sein (vgl. Kositzka 2016: 142f.). Ins gleiche Horn blasen die identitären Aktivistinnen, wenn sie an die Männer draußen appellieren keine „Waschlappen“ (Noe/radikal feminin 2018: 11) zu sein oder Feminist*innen dafür verantwortlich machen ihre Söhne zu „verweichlichen und unglaublich weiblich (zu) erziehen und ihnen [sic!], sie nicht in ihrer Männlichkeit bestärken [...]“ (Manescu/Sellner 2017). Die wohl öffentlichkeitswirksamste Anrufung an eine „wehrhafte Männlichkeit“ stammt von Björn Höcke, der auf einer Rede in Erfurt 2015 seine Problemanalyse offerierte: „Das große Problem ist, dass Deutschland, dass Europa ihre Männlichkeit verloren haben. Ich sage: Wir müssen unsere Männlichkeit wiederentdecken. Denn nur, wenn wir unsere Männlichkeit wiederentdecken, werden wir mannhaft! Und nur, wenn wir mannhaft werden, werden wir wehrhaft. Und wir müssen wehrhaft werden, liebe Freunde!“ (Stokowski 2015). Auch in der Lektüre von Kositzkas Büchern ist es nur schwerlich möglich, über den neidvollen Blick hin zu den von ihr als Feindbild konstruierten und doch mit Anerkennung überformten „muslimischen Geschlechterordnungen“ hinwegzulesen. Anschließend an ihre Sichtweise zum Untergang der „echten Männer“ sieht sie eine neue Herausforderung für Frauen: Diese wüssten angesichts ihrer durch Genderideologie harmlos gemachten „eigenen deutschen“ Männer nicht, wie sie mit den „nicht-domestizierten Nordafrikanern“ (Kositzka 2016: 133) umgehen sollten.

Die „Emanzipation von der Emanzipation“

Der Antifeminismus der Neuen Rechten zeigt sich in verschiedenen Facetten. Ganz ähnlich ihrer Akzeptanz verschiedener Vorstellungen von Weiblichkeiten, solange sich die Aktivistinnen ihrer „natürlichen“ Essenz bewusst bleiben, sind auch verschiedene Positionen zu Feminismus, die sich zwischen den Polen „offen artikuliertem Antifeminismus“ und der „Einbeziehung feministischer Versatzstücke“ bewegen, zu finden. Einigkeit muss letztlich jedoch in der Ablehnung eines sogenannten „Dritte-Welle-Feminismus“ (Identitäre Mädels und Frauen 2018a: 2017) mit seiner Geschlechtergrenzen aufweichenden Agenda bestehen. Solange die als „natürlich“ wahrgenommenen Konstrukte wie die eigene Weiblichkeit/Männlichkeit, ein Zusammenleben von Mann und Frau, aber auch die „natürliche“ Aufgabe von Frauen, früher oder später im Leben Kinder zu gebären, eingehalten werden, ist es angesichts eines sozialen gesellschaftlichen Wandels durchaus möglich für rechte Aktivistinnen, Nutznießerin feministisch erkämpfter Freiheiten zu sein und diese auch zu befürworten. Wie die identitäre Aktivistin Melanie Schmitz 2018 schrieb: „Ich persönlich kann aber weder dem modernen Feminismus in seiner heutigen radikalen Form etwas abgewinnen, noch kann ich es nicht [sic!] lassen, peinlich berührt wegzuschauen, wenn sich meine Mitstreiterinnen ungeniert als Antifeministinnen bezeichnen“ (Schmitz 2018b). Die *Neue Rechte* und – in ihrer aktionistischen Form – die Identitären versuchen eine Bandbreite an Lebensentwürfen vor allem für weibliche Aktivistinnen zu offerieren, um sich nach außen für ein breites Publikum attraktiv zu halten und so ihren „Kulturkampf von Rechts“ weiter voranzutreiben. So ist es möglich, dass bekennende Antifeministinnen mit geschlechterkonservativen Ansichten neben Aktivistinnen stehen, die sich selbst als starke und emanzipierte Frauen gerieren und dabei feministische Errungenschaften teils anerkennend gegenüberstehen. Verbindende und die Differenzen versöhnende Positionen sind das allgemein geteilte Bekenntnis zur natürlichen Mutterrolle von Frauen und der Ethnisierung von Sexismus. Im Denken der identitären Frauen ist eins deutlich zu sehen: Es geht nicht um die Frage, ob Kinder gewünscht sind, sondern wann. Die positiven Erzählungen des Mutter-Daseins der Aktivistin Weiss, in denen sie ihre Entscheidung vor dem Studium zwei Kinder zur Welt gebracht zu haben glorifiziert, zeigen stellvertretend, welchen enormen Stellenwert nach wie vor die Rolle von Frauen als „Gebärerin des ‚rassereinen‘ Nach-

Literatur

wuchses“ (Bitzan 2014) hat. Der Unterschied zu einer klassisch rechten Ideologie liegt in der Umdeutung des Verständnisses von Gleichberechtigung, wie die Journalistin Brauner-Orthen (2001: 64) aufzeigt. Gleichberechtigung sei die Möglichkeit, die eigenen weiblichen Fähigkeiten – Mutter zu sein – ausschöpfen zu können (vgl. Brauner-Orthen 2001: 64). Bei all dem Druck von feministischer Seite, Frauen in den Arbeitsmarkt zu drängen, wird der Schritt „zurück“ ins traute Heim als eine „Emanzipation“ propagiert. Aus dieser Perspektive betrachtet sind die Aktivistinnen, die am stärksten für antifeministische Positionen eintreten, ebenso in einem „Emanzipationsprozess“ wie auch ihre Kameradinnen, die teils feministische Inhalte teilen, nämlich dem der „Emanzipation von der Emanzipation“ (AK Fe.In 2019: 183), den sie selbstbewusst und wehrhaft vollziehen.

- AK Fe.In** (2019): Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt. Berlin: Verbrecher Verlag.
- Ariane/Sellner** (2018): GEZ für Tagesschau verleumdet #120db – Ariane reagiert. Erschienen am 04.02.2018 auf YouTube. Online verfügbar unter: https://www.youtube.com/watch?v=mGpsxUI_KK4 (Stand: 26.10.2019).
- Bitzan, Renate** (2014): Kann es einen «Feminismus von rechts» geben? Renate Bitzan im Interview mit Toralf Staud, Erschienen auf bpb.de am 29.1.2014. Online verfügbar unter: www.bpb.de/politik/extremismus/rechts-extremismus/174172/kann-es-einen-feminismus-von-rechts-geben (Stand: 12.02.2020).
- Bitzan, Renate** (2011): „Reinrassige Mutterschaft“ versus „nationaler Feminismus“ – Weiblichkeitskonstruktionen in Publikationen extrem rechter Frauen. In: U. Birsl (Hrsg.), Rechtsextremismus und Gender (S. 115-127). Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich Verlag.
- Bitzan, Renate** (2000): Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken, Tübingen: edition diskord Verlag.
- Bitzan, Renate** (1997a): Themen und Positionen rechter Zeitschriftenautorinnen, in: Bitzan, Renate (Hrsg.): Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen (S. 12–17.), Berlin: Elefanten Press Verlag.
- Bitzan, Renate** (1997b): Resümee. In: Dies. (Hrsg.), Rechte Frauen. Skingirls, Walküren und feine Damen (S. 242-248). Berlin: Elefanten Press Verlag.
- Bongen, Robert/Schiele, Katharina** (2019): Feminismus als Feindbild. Erschienen auf tagesschau.de am 31.10.2019. Online verfügbar unter: <https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/frauenhass-rechtsextremismus-101.html> (Stand: 11.02.2020).
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph** (2018): Der «Volkstod». Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, in: Lang, Juliane/Peters, Ulrich (Hrsg.): Antifeminismus in Bewegung. Aktuelle Debatten um Geschlecht und sexuelle Vielfalt (S. 63–90), Hamburg: Marta Press.
- Brauner-Orthen, Alice** (2001): Die Neue Rechte in Deutschland. Antidemokratische und rassistische Tendenzen. Opladen: Leske+Budrich Verlag.
- Bruns, Julian/Glösel, Kathrin/Strobl, Natascha** (2014): Die Identitären. Handbuch zur Jugendbewegung der Neuen Rechten in Europa, Münster: Unrast Verlag.
- Camus, Renaud** (2016): Revolte gegen den Großen Austausch, zusammengestellt und übers. von Martin Lichtmesz, Schnellroda: Antaios Verlag.
- Debus, Katharina/Laumann, Vivien** (2014): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht, Arbeitspapier 302 der Hans-Böckler-Stiftung. Online verfügbar unter: www.boeckler.de/pdf/p_arbp_302.pdf (Stand: 12.02.2020).

- Dietze, Gabriele** (2019): Sexueller Exzeptionalismus. Überlegenheitsnarrative in Migrationsabwehr und Rechtspopulismus. Bielefeld: transcript Verlag.
- Faludi, Susan** (1993) [1991]: Die Männer schlagen zurück. Wie die Siege des Feminismus sich in Niederlagen verwandeln und was Frauen dagegen tun können. Reinbek: Rowohlt Verlag.
- Frindte, Wolfgang/Geschke, Daniel/Haußecker, Nicole/Schmidtke, Franziska** (2016): Vorwort, in: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus und «Nationalsozialistischer Untergrund». Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen (S. 9–21), Wiesbaden: Springer VS Verlag.
- Goetz, Judith** (2017): «Aber wir haben die wahre Natur der Geschlechter erkannt ...». Geschlechterpolitiken, Antifeminismus und Homofeindlichkeit im Denken der «Identitären», in: Goetz, Judith/Sedlacek, Joseph Maria/Winkler, Alexander (Hrsg.): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen «Identitären» (S. 253–284), Hamburg: Marta Press.
- Haas, Julia** (2020): Anständige Mädchen und selbstbewusste Rebellinnen - die Selbstbilder identitärer Frauen. Hamburg: Marta Press.
- Heiß, Cordelia** (2015): Rechte Frontkämpferinnen. Petry, Le Pen und weitere Hardlinerinnen: Die rechtspopulistischen Parteien Europas werden erstaunlich oft von Frauen geführt. Das hat Gründe – und ist trotzdem paradox. Erschienen auf Zeit Online am 28.9.2015. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-09/frauen-dominieren-spitze-rechtspopulistische-parteien> (Stand: 12.02.2020).
- IB Deutschland** (2018): Homepage der Identitären Deutschland. Online verfügbar unter: <https://www.identitaere-bewegung.de/> (Stand: 26.10.2019).
- Identitäre Mädels und Frauen** (2018a): Facebook-Seite der Identitären Mädels und Frauen. War online verfügbar unter: www.facebook.com/ibfrauen (Stand: 11.04.2018).
- Identitäre Mädels und Frauen** (2018b): Interview mit einer Aktivistin aus Bayern auf der Facebook-Seite der Identitären Mädels und Frauen. War online verfügbar unter: www.facebook.com/ibfrauen (Stand: 05.04.2018).
- Identitäre Mädels und Frauen** (2016): Identitäre Bewegung: Eine Botschaft an die Frauen. Erschienen am 19.12.2016 auf YouTube. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=sTMoGod5d6o> (Stand: 26.10.2019).
- Info-Direkt/radikal feminin** (2017): Wir wollen Frauen bleiben. Das Projekt „Radikal feminin“ stellt sich vor. In: Info-Direkt. Das Magazin für eine freie Welt, 18, 2017, 34-35.
- Jäger, Margret** (1996): Fatale Effekte. Die Kritik am Patriarchat im Einwanderungsdiskurs, Duisburg: Institut für Sprach- und Sozialwissenschaft.
- Karig, Friedemann** (2016): Die «Identitäre Bewegung» hetzt im Hipstergewand. Ihre Frauen mischen Propaganda in hübsche Instagram-Feeds. Erschienen auf jetzt.de am 23.10.2016. Online verfügbar unter: www.jetzt.de/mischen/die-identitaere-bewegung-hetzt-im-hipstergewand(Stand: 12.02.2020).
- Kelle, Birgit** (2013): Dann mach doch die Bluse zu! Ein Aufschrei gegen den Gleichheitswahn, Asslar: adeo Verlag.
- Kositza, Ellen** (2016): Die Einzelfalle. Warum der Feminismus ständig die Straßenseite wechselt. Schnellroda: Antaios Verlag.
- Kositza, Ellen** (2008): Gender ohne Ende oder: Was vom Manne übrigblieb, Schnellroda: Antaios Verlag.
- Köttig, Michaela** (2006): Zur Entwicklung rechtsextremer Handlungs- und Orientierungsmuster von Mädchen und jungen Frauen, in: Klärner, Andreas/Kohlstruck, Michael (Hrsg.): Moderner Rechtsextremismus in Deutschland (S. 257–274), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Lang, Juliane** (2018a): Feminismus von Rechts? Neue rechte Politiken zwischen der Forderung nach Frauenrechten und offenem Antifeminismus. Dekonstrukt, Impulse 03. Online verfügbar unter: <http://dekonstrukt.org/impulse-03-feminismus-von-rechts> (Stand: 11.02.2020).
- Lang, Juliane** (2018b): Alles beim Alten?! Überlegungen zur anhaltenden Relevanz von Geschlechterpolitik in der extremen Rechten. In: Häusler, Alexander/Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung (S. 147-161). Edition DISS. Münster: Unrast Verlag.
- Lang, Juliane/Peters, Ulrich** (2015): Antifeministische Geschlechter- und Familienpolitiken von Rechts, in: MBT Hamburg (Hrsg.): Monitoring No. 4. Online verfügbar unter: <https://hamburg.arbeitundleben.de/img/daten/D281485360.pdf>. (Stand: 11.02.2020).
- Manescu, Aline C./Sellner, Martin** (2017): Im Gespräch mit Aline. Aktivismus, Frauen und Europa. Erschienen am 17.04.2017 auf YouTube. Online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=7Reiz4QPWUDU> (Stand: 26.10.2019).
- Mayer, Nonna** (2013): From Jean-Marie to Marine Le Pen: Electoral Change on the Far Right. In: Parliamentary Affairs, 66, 1/2013, 160–178.
- Mayrl, Manuel** (2017): Männlichkeitskonstruktionen der Identitären Bewegung Österreich, in: Journal für Psychologie, 2/2017, 179–204. Online verfügbar unter: www.journal-fuer-psychologie.de/index.php/jfp/article/viewFile/446/489(Stand: 12.02.2020).
- Noe, Yannick/radikal feminin** (2018): radikal feminin. Interview mit Franziska von radikal feminin. In: Arcadi – das neue Kultur- und Lifestyle-Magazin, 2, 1/2018, 8-11.

Literatur

- O**lson, Greta (2019): Antifeminismus und die bedrohte Männlichkeit der Rechten. Erschienen auf Frankfurter Rundschau am 22.10.2019. Online verfügbar unter: <https://www.fr.de/meinung/halle-antifeminismus-bedrohte-maennlichkeit-rechten-13139748.html> (Stand: 11.02.2020).
- P**allinger, Ina (2016): Doppelte Unsichtbarkeit. Extrem rechte Einstellungen gibt es auch bei Mädchen. Erschienen auf GEW. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Hessen. Online verfügbar unter: https://www.gew-hessen.de/home/details/doppelte-unsichtbarkeit/?tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News&tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&cHash=06b79a73ff823600568b6a908929affa (Stand: 11.02.2020).
- P**advan, Heike (2013): Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention. Eine Leerstelle in Theorie und Praxis?, in: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention. Eine Publikation des Projektes «Lola für Lulu – Frauen für Demokratie im Landkreis Ludwigslust» (S. 9–36). Berlin: Metropol Verlag.
- R**advan, Heike/Lehnert, Esther (2015): Rechtsextremismus als Herausforderung für frühkindliche Pädagogik – Analysen und Handlungsempfehlungen, in A. Hechler/O. Stuve (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts (S. 177-192). Opladen, Berlin & Toronto: Barbara Budrich Verlag.
- R**afael, Simone (2019): Ende der IB? Götz Kubitschek erklärt die „Identitäre Bewegung“ für „bis zur Unberührbarkeit kontaminiert“. Erschienen auf Belltower News. Netz für digitale Zivilgesellschaft. Online verfügbar unter: <https://www.belltower.news/ende-der-ib-goetz-kubitschek-erklaert-die-identitaere-bewegung-fuer-bis-zur-unberuehrbarkeit-kontaminiert-92799/> (Stand: 11.02.2020).
- R**öpke, Andrea/Speit, Andreas (2011): Mädelsache! Frauen in der Neonazi-Szene, Berlin.
- S**chmitz, Melanie (2018a): Instagram-Profil unter dem Nickname «Rebellanie», war online verfügbar unter: www.instagram.com/rebellanie/?hl=de (Stand: 11.4.2018).
- S**chmitz, Melanie (2018b): Melanie regt sich auf. Blogseite von Melanie Schmitz, unter: <http://melanieregtsichauf.blogspot.de/> (Stand: 5.7.2018).
- S**ellner, Martin (2013): Vlog Identitär 8 – Gleichheit vs. Gleichwertigkeit. War online verfügbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=OV5WTXpvaps> (Stand: 26.10.2019).
- S**tahn, Annika/radikal feminin (2017): Macht abgeben & dafür im Stehen Pinkeln. Erschienen am 08.09.2017 auf dem radikal feminin Blog. War online verfügbar unter: <https://radikalfeminin.wordpress.com/2017/09/08/macht-abgeben-dafuer-im-stehen-pinkeln/#more-399> (05.07.2018).



SCHWIMME IMME

Imke Schmincke

Sex, Gender und Vielfalt als Gefahr für Familie und Gesellschaft? Aktuelle Angriffe und Kulturkämpfe des Rechtspopulismus

Mit dem Aufkommen rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien verändert sich das gesellschaftliche Klima. Sowohl im Stil wie in den Inhalten halten aggressive und antidemokratische Stimmungen verstärkt Einzug in öffentliche Debatten. Grundthema der Inhalte sind rassistische und nationalistische Ideologien, aber auffällig häufig sticht als Merkmal rechtspopulistischer Diskurse auch ein Antifeminismus heraus, der sich vor allem in einer kritisch-ablehnenden Haltung gegenüber Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung homosexuellen Partnerschaften und allgemeiner gegenüber der Thematisierung von sexueller Vielfalt in sexualpädagogischen Kontexten äußert.¹ Diese Themen werden aber nicht einfach aufgegriffen, sie werden auf eine besondere Weise politisiert und Teil der rechtspopulistischer Programmatiken. Der vorliegende Beitrag möchte den aktuellen Antifeminismus und dessen Geschlechter-, Familien- und Sexualitätspolitik genauer beleuchten. Die dem Beitrag zugrundeliegende These ist, dass hierbei die Politisierung von „Gender“ sowie der Kampf gegen sexuelle Vielfalt und Sexualpädagogik einen Komplex bilden und dass dieser einen zentralen Baustein rechtspopulistischer Ideologie ausmacht. Dies soll im Folgenden genauer ausgeführt werden. Zunächst möchte ich das Phänomen als Ausdruck eines zeitgenössischen Antifeminismus deuten und rekonstruieren, um dann die Ge-

nese und Akteur_innen dieses neuen Antifeminismus zu beschreiben und an zwei Beispielen aus dem bundesdeutschen Kontext, dem Kampagnenbündnis *Demo für alle* und der Partei *Alternative für Deutschland* (AfD), zu zeigen, wie die Argumente und Rhetoriken funktionieren. Schließlich möchte ich diskutieren, warum und auf welche Weise diese konservative Familien-, Geschlechter- und Sexualitätspolitik einen zentralen Baustein rechtspopulistischer Diskurse und Strategien darstellt. Wenn im Folgenden meistens von Rechtspopulismus die Rede sein wird, dann deshalb, weil sich diese Terminologie in diesem Kontext als Sammelbezeichnung anbietet für ein breites Spektrum an unterschiedlichen rechten Gruppierungen, die fundamentalistisch-religiös, konservativ oder aber rechtsextrem sein können. Das zentrale Kennzeichen des Populismus ist es, gesellschaftliche Konflikte in ein polares Raster zu übersetzen: Volk gegen Elite – und der Populismus imaginiert sich in dieser Entgegensetzung als die Stimme des Volkes, der zu ihrem Recht verholfen werden müsse (Mude/Rovira Kaltwasser 2017: 5). Im Rechtspopulismus wird Volk vor allem ethnisch-völkisch verstanden und als homogene Einheit konstruiert, die gleichermaßen von ‚den Wirtschaftseliten‘ oder ‚der EU‘ auf der einen Achse wie von den ‚fremden‘ anderen auf der anderen Achse bedroht imaginiert wird. Alle möglichen Konflikte werden auf diese

1. Das Thema wird zunehmend auch wissenschaftlich beforscht, vgl. für den bundesdeutschen Kontext die Beiträge in Hark/Villa (2015a), Lang/Peters (2018), Näser-Lather/Oldemeier/Beck (2019), Dietze/Roth (2020) sowie Strube (2017), Blum (2019), Dietze (2019) und Ak Fe.in (2019). Für eine europäische bzw. inter/transnationale

Perspektive auf aktuelle Antifeminismen vgl. Kováts/Pöim (2015), Kuhar/Paternotte (2017), Köttig/Bitzan/Petö (2017), Verloo (2018). Außerdem die Schwerpunkthemen folgender Zeitschriften *Ariadne* 71/2017, *Femina Politica* 2017 (H1), *Feministische Studien* 36/2018 (H2), *Signs* 44/2019 (H3).

Achsen reduziert und hier verhandelt bzw. vor allem attackiert. Vielfach wird dem (Rechts-)Populismus attestiert, dass er selbst darüber hinaus nur eine ‚dünne Ideologie‘ darstelle, eigentlich mehr einen Politikstil als programmatische Inhalte beschreibe und dass er sich daher immer an eine (substantielle) Ideologie andocken müsse. So definieren die Populismus-Forscher Mudde/Rovira Kaltwasser den Populismus folgendermaßen: Populismus sei „a thin-centered ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic camps, ‚the pure people‘ versus ‚the corrupt elite‘, and which argues that politics should be an expression of the *volunté générale* (general will) of the people“ (ebd.: 6). Die ‚dicke‘ Ideologie, an die sich der Rechtspopulismus andockt, sind Nationalismus, Rassismus und Autoritarismus, wahlweise kommen dann noch Antisemitismus, Antifeminismus/Homophobie und andere Ungleichheitsideologien dazu. Damit geht der Rechtspopulismus dann eigentlich in den Rechtsextremismus über. Ich möchte an dieser Stelle nicht die Debatte um Sinn und Zweck dieser Terminologie eröffnen, sondern nur verdeutlichen, dass ich selbst den Begriff des Rechtspopulismus pragmatisch gebrauche. Ich denke, für die von mir zu beschreibenden Akteur_innen trifft die Kennzeichnung insoweit zu, da es bei ihnen tatsächlich auch um eine ‚neue‘ Form der politischen Mobilisierung geht. Das schließt aber keineswegs aus, dass die Ideologie ‚dahinter‘ tatsächlich häufig als rechtsextrem zu qualifizieren ist und dass auch Akteur_innen dieser Politik diesen Namen verdienen.

Antifeminismus gestern und heute

In den letzten Jahren wurden vermehrt Stimmen ver-lautbar, die alles, was mit dem Wort ‚Gender‘ in Zusammenhang steht, aufs Schärfste kritisieren und diffamieren. Konkreter wenden sich die Angriffe gegen Gender Mainstreaming und Gender Studies. Die Kampfbegriffe in diesem Zusammenhang sind „Genderideologie“, „Gender Wahnsinn“ oder „Gender Gaga“. Diese Politisierung von „Gender“ von rechter Seite ist als Ausdruck eines gewandelten Antifeminismus zu begreifen. Mit Herrad Schenk lässt sich der Antifeminismus folgendermaßen bestimmen: „Es erscheint sinnvoll, zwischen ‚Frauenfeindlichkeit‘ im Allgemeinen und ‚Antifeminismus‘ im engeren Sinn zu trennen, obwohl beide Phänomene gelegentlich ineinander übergehen. Frauenfeindlichkeit hat es, lang vor dem Auftreten einer Frauenbewegung, immer wieder

gegeben; sie bildet einen festen Bestandteil abendländischer Kultur. Unter ‚Antifeminismus‘ soll hier nur Frauenfeindlichkeit verstanden werden, die direkt als Reaktion auf die Frauenbewegung, als Widerstand gegen deren tatsächliche oder vermeintliche Ziele anzusehen ist“ (Schenk 1980: 163). Antifeminismus bedeutet also eine konkrete Reaktion auf Forderungen oder Errungenschaften des Feminismus und der Frauenbewegung. Historisch war die Bezeichnung genau in diesem Zusammenhang entstanden: Mit der Entstehung einer organisierten Frauenbewegung Ende des 19. Jahrhunderts formierte sich auch ein Widerstand gegen die explizite Forderung nach Gleichheit und Teilhabe. In ihrem 1902 veröffentlichtem Essay *Die Antifeministen* entlarvte die Frauenrechtlerin Hedwig Dohm die Argumente zeitgenössischer Wissenschaftler als Pseudobegründungen, die den Ausschluss von Frauen aus gesellschaftlich relevanten Bereichen vor allem mit deren geistiger und körperlicher Minderwertigkeit zu legitimieren versuchten. Wie die Historikerin Ute Planert in ihrer lesenswerten Studie dargestellt hat, bildete sich 1912 der „Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“ als Sammelbecken unterschiedlicher anti-emanzipatorischer Strömungen (nationalistisch-völkisch, antisemitisch etc.), die vor allem die immer lauter werdenden Forderungen nach einem Stimmrecht für Frauen bekämpften (Planert 1998). Interessant ist, dass Antifeminismus schon damals auch Ausdruck grundsätzlich negativer Einstellungen gegenüber liberalen Werten moderner Gesellschaften war und dass er als Klammer oder Vehikel unterschiedlicher konservativer bzw. reaktionärer Haltungen fungierte. Ich möchte den Antifeminismus in diesem Zusammenhang als eine flexible Strategie begreifen, die sich gegen verschiedene gleichstellungspolitische Forderungen bzw. Errungenschaften wendet. Der Antifeminismus in seiner allgemeinen Form ist durch drei Merkmale charakterisiert: 1. er erweist sich als veränderbar und anpassungsfähig; 2. er tritt häufig als Element eines Konglomerats verschiedener autoritärer Ideologien und Diskurse und damit in der Verschränkung mit beispielsweise einer völkisch-rassistischen Ideologie auf; 3. er ist Ausdruck einer Abwehr von Liberalisierung/Modernisierung und damit des sozialen Wandels.

Der neue zeitgenössische Antifeminismus ist ebenfalls als Reaktion auf Feminismus und Gleichstellungsbestrebungen zu verstehen. Nur agiert er – anders als seine Vorläufer vor hundert Jahren – auf dem Boden einer in vielen Teilen gesellschaftlich verankerten Gleichstellung. Er reagiert somit auf einen bereits

durchgesetzten bzw. vermainstreamten Feminismus. Seine Argumente richten sich daher auch gar nicht mehr prinzipiell gegen Feminismus per se oder gleiche Rechte (die werden sogar anerkannt) sondern stärker gegen „Gender“. Er kann gewissermaßen als Antifeminismus nach dem Feminismus bezeichnet werden. Ein weiteres Spezifikum ist, dass es sich hierbei um ein gleichermaßen nationales wie transnationales Phänomen handelt, das von unterschiedlichen Gruppierungen getragen wird. Wie Kuhar/Paternotte ausführen, wurde der Begriff der „Genderideologie“ vom Vatikan als Gegenstrategie gegenüber der sich mit den UN-Konferenzen in Kairo (1994) und Peking (1995) durchsetzenden Begrifflichkeit Gender geprägt (und der damit einhergehenden Aufwertung von Gleichberechtigung) und von verschiedenen katholischen Intellektuellen in unterschiedlichen nationalen Kontexten in die Debatte gespeist (Paternotte/Kuhar 2018: 9ff.). Kampagnen gegen „Genderideologie“ gibt es in Ost- und Westeuropa genauso wie in Lateinamerika (vgl. Kováts/Pöim 2015; Korolczuk/Graff 2018; Miscolci 2017). Die Akteur_innen sind sehr gut vernetzt. Für die Debatte im deutschsprachigen Raum nennen Lang/Peters zwei Wellen, in denen der aktuelle gegen „Gender“ polemisierende Antifeminismus an Fahrt aufnahm.² Die erste Welle markieren publizistische Beiträge zum Thema. Lang/Peters (2018: 21ff.) und Hark/Villa (2015b) datieren den ‚Beginn‘ auf das Jahr 2006, denn da erschien in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ein Beitrag, in welchem polemisch, verkürzend und alarmistisch vor Gender Mainstreaming gewarnt wurde. Lang/Peters halten hierzu fest: „Der organisierte Antifeminismus richtete sich somit in den Angriffen gegen ‚Gender‘ und Gender Mainstreaming von Beginn an gegen einen angeblich männerfeindlichen Feminismus und einen von diesem getriebenen, widernatürlichen ‚Genderismus‘“ (2018: 24). Die zweite Welle datieren Lang/Peters dann auf die Jahre 2013/14, in denen verstärkt gegen sexuelle Vielfalt und Sexualpädagogik mobilisiert wurde. Zu nennen wäre hier die Petition gegen die Verankerung von sexueller Vielfalt als Querschnittsthema im Bildungsplan in Baden-Württemberg 2013/2014 (vgl. Billmann 2015). Nicht nur dass diese Petition auch überregionale mediale Beachtung fand, auch tauchten im Kontext der Proteste gegen den Bildungsplan das Kampagnennetzwerk *Demo für alle* sowie die Gruppierung *Besorgte Eltern* erstmals

2. Als quasi Vorläufer sei auf die sich in den 1980er/90er Jahren bildende Männerrechtsbewegungen verwiesen, die das neue Diskursmuster der Männer/Jungen als Opfer des Feminismus prägten und bereits früh gegen Gender Mainstreaming polemisierten, vgl. dazu die Studien von Kemper (2011), Rosenbrock (2012), Claus (2014).

in Erscheinung. Ein weiteres Ereignis als Ausdruck dieser zweiten Welle ist die mediale Kampagne gegen das *Handbuch Sexualpädagogik der Vielfalt 2014*, in deren Rahmen die Herausgeber_innen des Handbuchs aufs Übelste im Internet beschimpft und diffamiert wurden. Mit Lang/Peters wäre daher festzuhalten, dass in der zweiten Welle der Antifeminismus sich strategischer auf die Themen Familie und Kinder ausrichtete.³

Wer sind die Akteur_innen dieses neuen Antifeminismus? Ganz grob lassen sich die Vertreter_innen in fünf Gruppierungen zusammenfassen: konservative bis rechtsextreme Journalist_innen/Publizist_innen und Publika; christlich-fundamentalistischen Gruppen in und außerhalb der Kirchen; konservative bis rechtspopulistischen/rechtsextremen Strömungen und Parteien; Kampagnennetzwerke wie beispielsweise der *Demo für alle* und die Männerrechtsbewegung bzw. maskulistische Internetplattformen. Zwischen den Gruppierungen gibt es Kooperationen und personelle Überschneidungen. Wie argumentiert der aktuelle Antifeminismus? Im Zentrum stehen, wie bereits erwähnt, die Kampfbegriffe „Gender Ideologie“ und „Gender Wahnsinn“ bzw. „GenderGaga“. Mit diesen sollen einerseits Gender Mainstreaming – als politische Maßnahme der Herstellung von Geschlechtergleichheit – andererseits die Geschlechterforschung diskreditiert werden. Die Argumentation ist sowohl anti-etatistisch wie anti-wissenschaftlich bzw. anti-intellektuell. Im Kern geht es darum, den Begriff „Gender“ in Misskredit zu bringen. In der Geschlechterforschung – aber mittlerweile auch darüber hinaus – bezeichnet der englische Begriff „Gender“ die soziale Seite des Geschlechtes. D.h. ihm zugrunde liegt die Einsicht – aus der Geschlechterforschung vielfach empirisch belegt –, dass die geschlechtliche Identität, Weiblichkeit/Männlichkeit, nicht Ausdruck einer biologisch-natürlichen Veranlagung ist, sondern viel mit sozialen Normen und Stereotypen zu tun hat, damit, welche Bilder in einer Gesellschaft zu Weiblichkeit und Männlichkeit vorherrschen und welche Auswirkungen diese auf die einzelnen haben. Tatsächlich hat sich in den letzten Jahren in verschiedenen Bereichen auch im Deutschen die Bezeichnung „Gender“ durchgesetzt, mit der auf die soziale Dimension von Geschlecht hingewiesen werden soll. Und genau dieses Verständnis von Geschlecht ist den Gegner_innen ein Dorn im Auge. Dabei überzeichnen und verdrehen

3. Vgl. zur Instrumentalisierung der Sorge um die ‚bedrohten Kinder‘ Schmincke (2015). Eine sehr wichtige Beobachtung in diesem Zusammenhang bringt Scheele auf den Begriff. Er stellt fest, dass sich der väterzentrierte Antifeminismus nun stärker als familienzentrierter Antifeminismus artikuliere (vgl. Scheele 2016).

sie jedoch die Aussagen der Geschlechterforschung, wenn sie behaupten, diese stelle Geschlecht zur völli- gen Disposition, jede/r könne sich jederzeit sein/ihr Geschlecht aussuchen. Aber im Kern geht es der Ge- schlechterforschung tatsächlich um ein Infragestellen der Zweigeschlechtlichkeit als biologisch-anthropolo- gischer Tatsache und darum diese vielmehr als gesell- schaftlich-kulturelle Norm sichtbar zu machen. Und damit auch die (mögliche) Vielfalt geschlechtlicher Identifizierungen, die von dieser Norm verdeckt wird. In der antifeministischen Argumentation wird daraus jedoch der Vorwurf, Menschen sollten verunsichert werden, man könne das Geschlecht beliebig wechseln etc. – was in der Geschlechterforschung jedoch auch niemand behauptet. Der neue Antifeminismus beharrt darauf, dass Geschlecht immer schon binär, eindeutig und von Natur aus festgelegt sei. Dass auch ‚die Natur‘ nicht so eindeutig ist, wie wir es häufig gerne hätten, wird dabei selbstverständlich unterschlagen. „Gender“ als Kampfbegriff der Rechten ist daher keineswegs de- ckungsgleich mit „Gender“ als analytischer Katego- rie der Geschlechterforschung oder als deskriptiver Kategorie von Gleichstellungsmaßnahmen. Die mas- siven Angriffe auf Gleichstellung und Geschlechter- forschung finden jedoch nicht nur im Feuilleton oder in Form verbaler Attacken auf Einzelne statt, sondern sind zunehmend auch Teil von Kampagnen und par- teipolitischen Interventionen. Letzteres geht vor allem auf die AfD zurück, aber auch die Junge Union hat die Reduzierung von Professuren, die zu Gender forschen, gefordert und die CSU hat die Kampfbegriffe „Gender- ideologie“ und „Frühsexualisierung“ in ihr Grundsatz- programm aufgenommen.

Gender + sexuelle Vielfalt + Sexualpädagogik

Aber nicht nur „Gender“ (und konkreter dann Gender Mainstreaming und Geschlechterforschung) wurden Gegenstand rechtspopulistischer Attacken. Vielfach lässt sich seit den 2010er Jahren beobachten, dass neben dem Thema „Gender“ auch die Themen sexuelle Vielfalt und Sexualpädagogik von konservativer und rechtspopulistischer Seite zur politischen Mobilisie- rung genutzt werden. Große Aufmerksamkeit bekamen in diesem Zusammenhang in Frankreich die Proteste gegen die *Ehe für alle* (*Marriage pour tous*). Dafür hatte sich eigens 2012 ein breites, vor allem von der Kirche und konservativen Gruppierungen gesteuertes Bünd- nis gebildet, die *Manif pour tous* (zu Deutsch: die Demo

für alle), das zwar nicht das neue Gesetz verhindern konnte, aber erfolgreich massenhaften Protest auf die Straße und in der Folge auch in die Medien organisierte (vgl. Schmincke 2015). In Deutschland bekam zeitnah ein anderes Ereignis große mediale Aufmerksamkeit: ein evangelikaler Lehrer im Schwarzwald hatte eine Petition gegen die Thematisierung sexueller Vielfalt im Bildungsplan der Landesregierung Baden Württem- bergs eingereicht. Zur Unterstützung der Petition fan- den Anfang 2014 in Stuttgart verschiedene Demonst- rationen statt, die von den Initiativen *Besorgte Eltern* und *Demo für alle* unterstützt wurden. Insbesondere letztere sollte seither immer mal wieder in Erschei- nung treten mit ihren massiven Kampagnen gegen die „Ehe für alle“ und Sexualpädagogik in Bildungsplänen. 2014 organisierte sich im Internet außerdem ein Shit- storm gegen die Autor_innen des *Handbuchs Sexual- pädagogik der Vielfalt*. An diesen Ereignissen und der Aufnahme dieser Themen durch die AfD wurde zuneh- mend deutlich, dass sich rechtspopulistische Gruppie- rungen mit einem neuen Thema in die öffentliche De- batte brachten. Es geht tatsächlich in diesen Protesten um eine spezifische Verknüpfung von „Gender“, sexu- eller Vielfalt und Sexualpädagogik. Meine These in die- sem Zusammenhang ist zum einen, dass diese Themen – Gender/Geschlechtergerechtigkeit, sexuelle Vielfalt/ Anerkennung nicht heterosexueller Lebensweisen und Sexualpädagogik/Sexualerziehung – von den Gegner_innen häufig kombiniert attackiert werden bzw. dass diese Trias einen gemeinsamen Komplex bildet. Und zum anderen möchte ich verdeutlichen, dass dieser Komplex kein zufälliges sondern ein zentrales Element rechtspopulistischer Politik und Strategie ist. Im Folgenden soll dieser Komplex konkreter beleuch- tet werden anhand zweier Beispiele: dem Kampagnen- bündnis *Demo für alle* und der AfD.

Der Gender-Vielfalt-Sexualpädagogik Komplex - am Bsp. *Demo für alle* und AfD

Demo für alle

Die *Demo für alle* (DfA)⁴ trat, wie beschrieben, 2014 erstmals in Erscheinung. War zunächst die AfD Abge- ordnete Beatrix von Storch und die von ihrem Ehemann organisierte Initiative Familienschutz verantwortlich,

4. Inwieweit die Tatsache, dass die Abkürzung als Anagramm (oder Palindrom?) zur Abkürzung der Partei Alternative für Deutschland fungiert, zufällig oder gewollt ist, können sicher nur die Initiator_in- nen dieses Bündnisses beantworten.

so steht mittlerweile Hedwig von Beverfoerde an der Spitze des Kampagnennetzwerks, das in der Tat auch bestens vernetzt erscheint. Lang/Peters schreiben: „Die *Demo für alle* steht beispielhaft für ein Netzwerkprojekt, das aus unterschiedlichen Spektren des organisierten Antifeminismus getragen wird – und welches die Kontinuitäten in den Argumentationssträngen aufzeigt“ (Lang/Peters 2018: 26).

Neben den zahlenmäßig nicht übermäßig frequentierten Demonstrationen veranstaltet die DfA Symposien und organisiert Petitionen. Mit dem zentralen Slogan, der sich auf der Webseite und auf jeder Demo wiederfindet – „„Ehe und Familie vor! Stoppt Gender-Ideologie und Sexualisierung⁵ unserer Kinder“ –, ist im Kern zusammengefasst, worum es der Initiative geht: a) der Kampf für ein konservatives und partikulares Verständnis von Ehe und Familie (soll ausschließlich heterosexuellen Paaren mit selbstgezeugten Kindern vorbehalten sein), b) eine Frontstellung gegenüber „Gender“ und gegenüber c) der Vermittlung sexualpädagogischer Inhalte im schulischen Kontext (hier sowohl die Thematisierung von geschlechtlicher und sexueller Vielfalt wie Aufklärung durch externe Gruppen zum Thema LGBTIQ. Ein weiteres wichtiges Thema, für das sich die DfA vehement einsetzt und das gewissermaßen auch in den anderen enthalten ist, ist die ‚Verteidigung‘ von Elternrechten. Damit verbunden sind aktuell starke Proteste gegen die Einführung von Kinderrechten ins Grundgesetz, die im Bundestag debattiert wird. Bei diesem Thema geht es nicht nur um die Kritik an einer möglichen Einflussnahme des Staates (und damit die bekannte antietatistische Rhetorik), sondern auch innerhalb der Eltern-Kinder-Beziehung um die Stärkung elterlicher Autorität. Dahinter steht offenbar die Angst vor dem Kontrollverlust bzw. davor, dass sich Kinder als eigenständige Wesen entwickeln und sich im Zweifelsfall gegen die Eltern positionieren könnten. Genauso wie das generationelle Verhältnis strikt binär und hierarchisch verstanden wird, so wird auch das Verhältnis von Heterosexualität und Homosexualität als binär und hierarchisch verstanden und das Verhältnis der Geschlechter zumindest als strikt binär. Widersprüchliches und Uneindeutiges hat in diesem autoritären Weltbild keinen Platz bzw. wird diffamiert. So heißt es in der Selbstdarstellung, das Bündnis trete ein „für Ehe und Familie, auf die unsere Gesellschaft seit Jahrtausenden gründet“.⁶ Abgesehen davon dass eine solch ahistorische

5. Wahlweise ist in dem Slogan auch von „Frühsexualisierung“ die Rede. 6. Alle Zitate aus der Selbstdarstellung finden sich unter <https://demofueralle.blog/home/wer-wir-sind/> [Letzter Zugriff am 12.12.2019].

Aussage vollkommen unsinnig ist, weil insbesondere die von der DfA privilegierte Vorstellung von Ehe und Familie eine sehr moderne Erfindung ist, wird erst in weiteren Aussagen deutlich, dass hiermit ein sehr partikulares Verständnis von Ehe und Familie gemeint ist: Da ist die Rede davon, dass Ehe einer Verbindung von Mann und Frau vorbehalten sei und dass Familie ein biologisches Verwandtschaftsverhältnis bezeichnen solle. Man sei außerdem gegen die „Abschaffung der natürlichen Geschlechter durch das Gender Mainstreaming und die Zerstörung der Familie“. Auch hier werden falsche Tatsachen behauptet, da das Gender Mainstreaming ja in Wirklichkeit nicht Geschlechter, sondern Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts abschaffen will. Und auch die Zerstörung ‚der‘ (welcher?) Familie ist keineswegs Ziel von Gender Mainstreaming. Aber der Feind scheint gefährlich zu sein, was an den durchweg negativen Beschreibungen des im Ganzen sehr diffus bleibenden Gegners zu sehen ist: „Umerziehungsversuche“, „Lobbygruppen und Ideologen“, „Indoktrination“. Eine Infragestellung wird hier mal eben ohne Umschweife mit „Indoktrination“ gleichgesetzt. Ein obsessives Thema des Bündnisses ist die Sexualität. Diese wird vor allem in Form derjenigen, die der heterosexuellen Norm nicht entsprechen, thematisiert und diskreditiert sowie in Form des unschuldigen vor Sexualität zu schützenden Kindes, das im Zentrum der Proteste gegen die Thematisierung geschlechtlicher und sexueller Vielfalt steht. Die diskursive Verknüpfung zwischen beidem, also zwischen Homosexualität und dem unschuldigen Kind, ist die Figur des Pädophilen, die in den Argumentationen immer wieder aufgerufen wird. Und auch „Gender“ wird in diesen Kontext gestellt. Kinder erscheinen in den Texten der DfA als asexuelle Wesen, die erst durch die Thematisierung sexueller Inhalte im Rahmen von Sexualaufklärung, wohlgemerkt – und nicht durch Pornofilme oder sexualisierte Werbung etc. –, überfordert und verwirrt werden könnten. Analysiert man die Texte der *Demo für alle* eingehender, so zeigt sich folgendes Argumentationsmuster (wie beispielsweise in der Aufklärungsbroschüre der Initiative Elternaktion): Kinder und Jugendliche werden a) verwirrt, b) überfordert, c) verletzt durch die Thematisierung sexueller Vielfalt (und anderer die Sexualität berührender Themen). Die immer wiederkehrenden Formulierungen sind: „schamverletzend“, „übergriffig“, es werde der „natürliche Schutzschild der Scham“ verletzt, Kinder

seien Grenzverletzungen ausgesetzt. Darüber scheint der Skandal an Sexualerziehung vor allem auch zu sein, dass sie die elterlichen Einflussmöglichkeiten womöglich tangieren könnte. Noch problematischer erscheint jedoch, wenn nicht die Lehrer_innen diese Aufklärung leisten, sondern „schulfremde“ Gruppen von außen, d.h. LGBTIQ Gruppen wie *Aufklärungsprojekt*, die in die Schulen gehen, um dort sexualpädagogische Inhalte zu vermitteln. Konkret ist der DfA die emanzipatorische Sexualpädagogik ein Dorn im Auge, vor allem die Vermittlung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt. Diese wird als übergriffig denunziert und darüber diskreditiert, dass sie in die Nähe von Pädophilie gerückt wird. Diese widersinnige Argumentation stilisiert die Schule als Ort sexueller Gefahr. Widersinnig ist sie deshalb, weil der schulische Aufklärungsunterricht ja primär zum Ziel hat, Kinder und Jugendliche zu befähigen ihre Grenzen zu kennen und zu schützen. Außerdem werden Kinder und Jugendliche an ganz anderen Orten mit sexuellen Inhalten konfrontiert (vor allem dem Internet, aber auch durch sexualisierte Werbung oder Filme). Nicht zuletzt finden sexuelle Übergriffe ja größtenteils nicht in der Schule oder in der Interaktion mit ‚Fremden‘ statt, sondern gerade im familialen Nahraum.

AfD

Die AfD hat in ihren Anfängen in vereinzelt Ortsverbänden Politik zum Thema „Gender“ und sexuelle Vielfalt gemacht, spätestens seit 2015 ist diese Politik jedoch einer ihrer Grundpfeiler, wie sich unter anderem an den Wahlprogrammen für die Bundestags-, die Europa- und diverse Landtagswahlen ablesen lässt. Bei der AfD wird noch deutlicher als bei der DfA, dass und auf welche Weise die konservative Familienpolitik als völkisch-nationales Projekt verstanden wird und damit unmittelbar anschlussfähig an den Rassismus ist. So formuliert die AfD in ihrem Parteiprogramm zur Bundestagswahl 2017, dass Familienpolitik Bevölkerungspolitik sein soll, weil ihre Aufgabe dem Erhalt des „eigenen Staatsvolks“ dienen müsse. Hierfür brauche es mehr stabile Familien mit mehr Kindern – dass hiermit aber nicht mehr migrantische Familien oder Regenbogenfamilien gemeint sind, geht aus den anderen Kapiteln des Parteiprogramms hervor. Die Maßnahmen hierzu sind dann: Scheidungen erschweren, Väter(rechte) stärken, familiennahe Betreuung ‚würdigen‘, Abtreibung erschweren, per Ehekredite Anreize zum Kinderkriegen schaffen. Und last but not least:

„Für ein klares Familienbild – Gender-Ideologie ist verfassungsfeindlich“.⁷ Und in einem späteren Absatz heißt es dann: „Gender-Ideologie marginalisiert naturgegebene Unterschiede zwischen den Geschlechtern und stellt geschlechtliche Identität in Frage. Sie will die klassische Familie als Lebensmodell und Rollenbild abschaffen. [...] Wir lehnen daher Bestrebungen auf nationaler wie internationaler Ebene ab, diese Ideologie durch Instrumente wie Gender-Studies, Quotenregelungen z.B. für Frauen, Propagandaaktionen wie den ‚Equal Pay Day‘ oder die ‚geschlechterneutrale Sprache‘ umzusetzen“.

Auch hier werden also die Infragestellung ‚natürlicher‘ Unterschiede sowie Maßnahmen zur Beseitigung von Benachteiligungen aufgrund des Geschlechts als Ideologie und Propaganda abgetan. Die Angst dahinter, ähnlich wie bei der DfA, ist, dass ein bestimmtes (konservatives) Familienmodell relativiert werden könnte. Ähnlich wie in der Selbstdarstellung der DfA wird hier einer „Gender Ideologie“ (bei der DfA war es vor allem das Gender Mainstreaming) unterstellt, dass sie Geschlechterunterschiede und die Familie abschaffen wolle. In einem späteren Paragraphen wird die Diskreditierung von „Gender“ dann darüber erweitert, dass es in die Nähe von „Frühsexualisierung“⁸ gerückt wird. Zunächst wird „Frühsexualisierung“ jedoch im Kontext von sexueller Vielfalt eingeführt. So formuliert das Parteiprogramm: „Eine einseitige Hervorhebung der Homo- und Transsexualität im Unterricht, wie sie die sogenannten ‚Sexualpädagogik der Vielfalt‘ praktiziert, stellt einen unzulässigen Eingriff in die natürliche Entwicklung unserer Kinder und in das vom Grundgesetz garantierte Elternrecht auf Erziehung dar. Dadurch werden Kinder und Jugendliche – oft von schulfremden Personen und meist gegen den Willen der Eltern – in Bezug auf ihre sexuelle Identität verunsichert, überfordert und in ihren Schamgefühlen verletzt. Die AfD stellt sich allen Versuchen klar entgegen, durch staatlich geförderte Umerziehungsprogramme in Kindergärten und Schulen das bewährte, traditionelle Familienbild zu beseitigen. Unsere Kinder dürfen nicht zum Spielball der sexuellen Neigungen einer lauten Minderheit werden. Das ideologische Experiment der Frühsexualisierung ist sofort zu beenden“. Auch hier finden sich viele suggestive Formulierungen:

7. Alle Zitate stammen aus dem Grundsatzprogramm der AfD, <https://www.afd.de/grundsatzprogramm/> [Letzter Zugriff am 12.12.2019].

8. Diese Begrifflichkeit ist als Kampfbegriff zu verstehen, der von sowohl von der DfA wie der AfD wie auch anderen Gruppierungen, vor allem den „Besorgten Eltern“ prominent in die Debatte gebracht wurde. Die Formulierung wird nirgendwo näher erläutert und soll vermutlich vor allem suggestiv funktionieren und Ängste schüren.

„einseitige Hervorhebung“, „unzulässige[r] Eingriff in die natürliche Entwicklung“, „staatlich geförderte Umerziehungsprogramme“ usw. Aber es wird deutlich, dass offenbar „fremde“ und feindliche Gruppen „unsere“ Kinder bedrohen. Wie auch in den Verlautbarungen der DfA tauchen hier die bekannten Formulierungen auf, dass die Thematisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt Kinder verunsichere, überfordere und in ihren Schamgefühlen verletze. Direkt im Anschluss an den eben zitierten Absatz im Parteiprogramm schließt sich die Behauptung an, dass die „Gender-Forschung“ keine seriöse, sondern eine ideologische Forschung sei, weil sie die Geschlechterpolarität abschaffen wolle. Daher soll diese Forschung keine finanzielle Unterstützung mehr bekommen und entsprechende Professuren sollen nicht mehr besetzt werden. Diese sehr weitreichenden und in der Sache sehr übergreifenden Forderungen machen deutlich, dass der Polemik gegen „Gender“ auch Taten folgen sollen. Insofern zeitigt diese Politik durchaus auch ganz konkrete materielle Konsequenzen. Erinnert sei an dieser Stelle, dass die rechtskonservative Regierung in Ungarn 2018 den Master-Studiengang Gender Studies einfach gestrichen hat.⁹

Im Folgenden soll diskutiert werden, warum rechtspopulistische bzw. rechtskonservative Parteien und Bewegungen so sehr gegen Geschlechterforschung, gegen Gleichstellungsbemühungen allgemein und vor allem gegen die Thematisierung sexueller und geschlechtlicher Vielfalt kämpfen und warum der Komplex aus einer Politik gegen Gender, sexuelle Vielfalt und Sexualpädagogik einen zentralen Baustein aktueller rechtspopulistischer Ideologien darstellt.

9. Vgl. hierzu beispielsweise ein kurzer Bericht in der Wochenzeitung Die Zeit: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-10/gender-studies-ungarn-studienfach-abschaffung-universitaeten-viktor-orban> [Letzter Zugriff am 18.12.2019].

Warum Element des Rechtspopulismus?

Die Ablehnung von Gender, sexueller Vielfalt und Sexualpädagogik steht in einem engen argumentativen Verweisungszusammenhang. Sie bildet den Kern einer konservativen bis rechtspopulistischen Geschlechter-, Sexualitäts- und Familienpolitik. Dieser geht es darum, klare Hierarchien zu etablieren und diese als Naturtatsachen zu verklären: Männer vs. Frauen, Eltern vs. Kinder, sexuelle Norm vs. Abweichung. Alle Argumente, die die Eindeutigkeit dieser Binaritäten in Frage

stellen, müssen als Bedrohung abgewehrt und entwertet werden. Dahinter steht ein autoritäres Weltbild, das die soziale Ordnung als von ‚natürlichen‘ Hierarchien geprägt versteht. Ich möchte im Folgenden drei sehr unterschiedliche Erklärungsansätze für den Erfolg der rechten Familien-, Geschlechter- und Sexualitätspolitik vorstellen. Unterschiedlich sind diese Ansätze, weil sie auf verschiedenen Ebenen die Mobilisierung zu erklären versuchen.

Strategisches Bindemittel – Scharnierfunktion

Eine Reihe von Wissenschaftler_innen heben zu Recht hervor, dass die Besetzung des Themenkomplexes Geschlecht-Sexualität-Familie eine strategische Funktion hat und dass er als Scharnier fungiere (vgl. z.B. van Barga/Unmüßig 2016). Hinzuzufügen ist aber, dass diese Scharnier-Funktion zwei Dimensionen hat. Zum einen ist es möglich, mit diesem Thema strategisch unterschiedliche Gruppen für eine rechtspopulistische Politik zu mobilisieren und damit auch in gemäßigttere bürgerliche Milieus hinein zu agitieren, die mit offener rechtsextremen Themen wie Rassismus und Antisemitismus nicht so leicht zu gewinnen wären. Zum anderen fungiert das Scharnier auch nach innen, insofern als damit unterschiedliche Themen verknüpft und plausibilisiert werden können. So lässt sich die Vorstellung von Familie als Abstammungsgemeinschaft mit der völkischen Ideologie einer als ethnisch homogen vorgestellten Einheit verknüpfen, die sich nach Möglichkeit selbst reproduzieren soll, um ihre ‚Reinheit‘ zu erhalten. Schulz/Barz haben im Auftrag der Evangelischen Kirche Hassmails als Reaktion auf kirchliche Positionen zu Gender und Vielfalt untersucht und stellen unter anderem fest, dass die diffamierende Kritik häufig auch mit diffamierenden Äußerungen zum Thema Flucht und Migration verbunden wird. Sie folgern daher: „Die Themenverknüpfungen dienen der argumentativen Verstärkung und der wechselseitigen Diffamierung verschiedener Aspekte von Vielfalt: Die eine Abwertung macht die nächste plausibel“ (Schulz/Bartz 2017: 50). Osteuropäische Kolleginnen, die die Bedeutung des Antifeminismus in Polen und Ungarn untersucht haben, haben diese Scharnierfunktion als „symbolic glue“ bezeichnet (Kováts/Pöim 2015). Im dortigen Antifeminismus bündelten sich vor allem auch Stimmen, die gegen den Neoliberalismus und damit verbunden die ‚Aufoktroierung‘ liberaler Werte Politik machten und das diesbezügliche Unbehagen auf

diese Weise einfinden. Wie Korulski/Graff insbesondere mit Blick auf Polen herausarbeiten, bündelt die dortige Rechte die Argumente gegen Gender und Vielfalt in einen antikolonialen Deutungsrahmen. Die neoliberale Werte-Kolonisierung soll abgewehrt werden: „What is new about the current phase is that the representatives of the clergy and Catholic commentators not only oppose women’s reproductive rights and stress the connection between family planning and LGBT rights but also link both to the flaws of global capitalism“ (Korolczuk/Graff 2018: 803). In diesen Überlegungen zur inhaltlich-ideologischen Strategiefunktion schwingen bereits Argumente mit, die ich nun in dem zweiten Erklärungsansatz kurz erläutern möchte.

Kulturkampf – Kampf um kulturelle Hegemonie

Die rechte Geschlechter- und Familienpolitik ist darüber hinaus ein wichtiger Baustein in dem Kampf um kulturelle Hegemonie und damit auch einer Politik, die verstärkt *moralisch* argumentiert und *Werte* zum Einsatz bringen will. Wie in den kurzen Beispielen deutlich geworden ist, wird permanent der Wert ‚der‘ Familie beschworen, ‚Familie‘ gilt als bedroht und als zu retten. Tatsächlich geht es jedoch darum, den Begriff der Familie zu besetzen, ihn zu retraditionalisieren. Denn es geht ja gerade *nicht* um *jede* Familie und es geht tatsächlich auch *nicht* um *alle* Kinder; letztlich wird eine partikulare Form von Familie als Allgemeinheit gesetzt und alles davon Abweichende ausgeschlossen. In dem Anspruch, die Werte und Anliegen ‚der‘ Familie zu verteidigen, drückt sich die politische Strategie eines Kampfs um Deutungsmacht aus. Juliane Lang schreibt hierzu: „Im Kampf um Begriffe versuchen antifeministische AkteurInnen, liberalen Auffassungen geschlechtlicher und familialer Lebensformen mit einem gezielten öffentlichen Gegendiskurs zu begegnen“ (Lang 2015: 7). So ist ein explizites Projekt der sog. Neuen Rechten Deutungshoheit über Begriffe zu gewinnen und das heißt die Bedeutung von Begriffen mitzubestimmen bzw. herkömmliche Begriffe zu denunzieren. Denn mit der Setzung eines Begriffs hat man auch ein Thema gesetzt und nicht zuletzt eine bestimmte Weise über ein Thema zu denken – was sich anschaulich an der Setzung der Kampfbegriffe „Gender-Ideologie“ und „Frühsexualisierung“ zeigen lässt,¹⁰ aber letztlich auch darin, wie der Begriff der Familie besetzt wird. Mit Birgit Sauer möchte ich noch auf eine inhaltliche Begründung eingehen, die argumentiert, dass Gender

für dieses rechtspopulistische Hegemonieprojekt als „leerer Signifikant“ fungiere (Sauer 2017: 10; Mayer/Sauer 2017). Das bedeutet, dass Gender naturalisierte Ungleichheitsideologien plausibel machen soll. Sauer schreibt: „Geschlecht moduliert aufgrund seiner binär gedachten Struktur die rechtspopulistischen antagonistischen Zuspitzungen. Zweigeschlechtlichkeit bildet ein Paradigma dafür, Gesellschaften in zwei distinkte und hierarchisch angeordnete Gruppen zu teilen, und dafür, dass es ‚natürlicher‘ Weise ein jeweils ‚anderes‘ geben muss. Geschlecht dient in dieser Vorstellung vor allem dazu, soziale Ungleichheit als notwendig und ‚natürlich‘ zu präsentieren. Anhand der als natürlich angenommenen Geschlechterungleichheit lässt sich die Vorstellung einer ‚prinzipiellen Ungleichheit von Menschen‘ und daraus sich ergebende Unter- und Überordnungen legitimieren“ (Sauer 2017: 12f.). Mit dem Bezug auf Gender als „binär gedachte[r] Struktur“ lässt sich die rechtsextreme Ideologie einer ‚natürlichen‘ Ungleichheit der Menschen, an die der Rechtspopulismus andockt, unterfüttern. In den Worten von Mayer/Ajanovic/Sauer: „Der Anti-Gender-Diskurs entpuppt sich damit als Vehikel, um die Idee der ‚natürlichen Ungleichheit‘ der Menschen im öffentlichen Diskurs zu festigen: Mittels der – scheinbar wissenschaftlich begründeten und dem Alltagsverständnis unmittelbar einleuchtenden – Ablehnung dekonstruktivistischer Vorstellungen von Geschlecht lässt sich ein zentrales Element rechtsextremer Ideologie in zustimmungsfähiger Art und Weise artikulieren“ (2018: 56). Hintergrund dieser Überlegungen ist die Beobachtung, dass der Rechtspopulismus auch als eine Reaktion auf gesellschaftliche Krisenerscheinungen zu verstehen ist, als Krise der politischen Systeme, der Ökonomien und der Geschlechterverhältnisse. Unabhängig davon, wie weit Krise eine objektive Größe oder aber vor allem subjektiv wahrgenommen wird, lösen Krisen vor allem emotionale Reaktionen aus, und genau hier setzen rechtspopulistische Strategien und Mobilisierungen an.

¹⁰ Beide Begriffe tauchen in vielen Kontexten ohne Anführungszeichen auf (beispielsweise im Grundsatzprogramm der CSU), d. h. so als handelte es sich dabei um deskriptive oder analytische Begriffe und nicht um Kampfbegriffe.

Unsicherheiten schüren – affektive Mobilisierungen

Die Themen Gender, Sexualität und Familie eignen sich hervorragend, um eine emotionalisierte Politik zu betreiben, wie sie für rechtspopulistische Gruppierungen typisch ist. Wie Ruth Wodak (2016) in ihren diskursanalytischen Analysen zum Rechtspopulismus herausgestellt hat, arbeitet dieser mit einer „Politik der Angst“. Die Themen Gender, Sexualität und Familie sind affektiv hoch aufgeladen und mit ihnen lassen sich Unsicherheiten schüren bzw. lässt sich an diese andocken, um Leute für bestimmte politische Programmatiken zu mobilisieren. Wimbauer/Motakef/Teschlade (2015) betonen in ihrer Analyse vor allem die Bedeutung von Gefühlen der Prekarität für die Zunahme antifeministischer Haltungen. In eine ähnliche Richtung argumentieren Chmielewski/Hajek (2017), die sich mit den Protesten der *Demo für alle* beschäftigt haben. Die Autorinnen erklären den Erfolg der rechten Familien- und Geschlechterpolitik damit, dass diese an Krisenempfinden, Gefühle der Unsicherheit anknüpfen: „Unserer Analyse zufolge lässt sich der Erfolg der Neuen Rechten im Bereich der Familien- und Geschlechterpolitik daraus erklären, dass diese eine emotionale Pädagogik zur Bearbeitung der Krise der Subjektivierungsformen und der Selbstverhältnisse anbieten, in deren Zentrum die homophobe und sexistische Reaktivierung der heterosexuellen Kleinfamilie steht“ (2017: 182). Der Antifeminismus des Rechtspopulismus ist daher auch als Reaktion auf sozialen Wandel zu begreifen, auf einen Wandel, der mal mit dem Schlagwort Neoliberalismus, mal mit Globalisierung verbunden, mal mit Ökonomisierung oder Umbau des Sozialen und bei welchem es darum geht, dass Veränderungen als weder beeinflussbar noch zurechenbar und schon gar nicht als steuer- oder veränderbar wahrgenommen werden.

Fazit

Eine rechte Geschlechter-, Sexualitäts- und Familienpolitik stellt keinen Nebenschauplatz rechtspopulistischer Kämpfe um politischen Einfluss und kulturelle Hegemonie dar, sondern sie ist ein zentrales Element autoritärer nationalistischer und rassistischer Politiken, wie in diesem Beitrag verdeutlicht werden sollten. Im Umkehrschluss bedeutet diese Einsicht jedoch auch sich immer wieder darüber klar zu werden, dass die Anerkennung von Vielfalt ein Kernanliegen demokratischer Gesellschaften ist und als solche vehement verteidigt werden muss.

Literatur

- A**utor*innenkollektiv Fe.In Berg, Anna O.; Goetz, Judith; Sanders, Eike (2019): Frauen*rechte und Frauen*hass. Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt. Berlin: Verbrecher.
- B**argen, Henning von; Unmüßig, Barbara (2016): Antifeminismus – Scharnier zwischen rechtem Rand und Mitte. Online verfügbar unter <http://www.gwi-boell.de/de/2016/09/28/antifeminismus-scharnier-zwischen-rechtem-rand-und-mitte>.
- B**illmann, Lucie (Hg.) (2015): Unheilige Allianz. Das Geflecht von christlichen Fundamentalisten und politisch Rechten am Beispiel des Widerstands gegen den Bildungsplan in Baden-Württemberg. Rosa Luxemburg Stiftung. Berlin: Materialien.
- B**lum, Rebekka (2019): Angst um die Vormachtstellung. Zum Begriff und zur Geschichte des deutschen Antifeminismus. Hamburg: Marta Press.
- C**hmilewski, Katja; Hajek, Katharina (2017): Mit Gefühl von Rechts zur Verteidigung der ‚Lufthoheit über Kinderbetten‘. In: Brigitte Bargetz, Eva Kreisky und Gundula Ludwig (Hg.): Dauerkämpfe. Feministische Zeitdiagnosen und Strategien. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 175–184.
- C**laus, Robert (2014): Maskulismus Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft. Online verfügbar unter <https://opacplus.bsb-muenchen.de/search?isbn=9783864988271&db=100>.
- D**ietze, Gabriele (2019): Sexueller Exzeptionalismus. Überlegenheitsnarrative in Migrationsabwehr und Rechtspopulismus. Bielefeld: Transcript.
- D**ietze, Gabriele; Roth, Julia (Hg.) (2020): Right-Wing Populism and Gender. European Perspectives and Beyond. Bielefeld: Transcript.
- D**ohm, Hedwig [1902] (2017): Die Antifeministen. Ein Buch der Verteidigung. In: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte (71), S. 38–45.
- H**ark, Sabine; Villa, Paula-Irene (Hg.) (2015a): (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: Transcript
- H**ark, Sabine; Villa, Paula-Irene (2015b): „Eine Frage an und für unsere Zeit“. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In: Sabine Hark und Paula-Irene Villa (Hg.): (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: Transcript, S. 15–39.
- K**emper, Andreas (2012): [R]echte Kerle zur Kumpanei der MännerRECHTSbewegung. Münster: Unrast.
- K**orolczuk, Elżbieta; Graff, Agnieszka (2018): Gender as “Ebola from Brussels”. The Anticolonial Frame and the Rise of Illiberal Populism. In: Signs: Journal of Women in Culture and Society 43 (4), S. 797–821.
- K**öttig, Michaela; Bitzan, Renate; Petö, Andrea (Hg.) (2017): Gender and far right politics in Europe. Cham, Switzerland: Palgrave Macmillan.
- K**ováts, Eszter; Pöim, Maari (Hg.) (2015): Gender as symbolic glue. The position and role of conservative and far right parties in the anti-gender mobilizations in Europe. Friedrich Ebert Stiftung.
- L**ang, Juliane (2015): Antifeminismus in Bewegung. Extrem rechte Geschlechterpolitiken und ihre Anschlussfähigkeiten. In: Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen (Sonderdruck #3), S. 4–7.
- L**ang, Juliane; Peters, Ulrich (Hg.) (2018): Antifeminismus in Bewegung. Hamburg: Marta Press.
- L**ang, Juliane; Peters, Ulrich (2018): Antifeminismus in Deutschland. Einführung und Einordnung. In: Juliane Lang und Ulrich Peters (Hg.): Antifeminismus in Bewegung. Hamburg: Marta Press, S. 13–35.
- M**ayer, Stefanie; Ajanovic, Edma; Sauer, Birgit (2018): Geschlecht als Natur und das Ende der Gleichheit. Rechte Angriffe auf Gender als Element autoritärer politischer Konzepte. In: Femina Politica (1), S. 47–60.
- M**ayer, Stefanie; Sauer, Birgit (2018): “Gender ideology” in Austria: Coalitions around an empty signifier. In: Roman Kuhar und David Paternotte (Hg.): Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality. London, New York: Rowman & Littlefield, S. 23–40.
- M**iskolci, Richard (2017): “Gender Ideology”: notes for the genealogy of a contemporary moral panic. In: Revista Sociedade e Estado 32 (3), S. 722–742.
- M**udde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.
- M**udde, Cas; Rovira Kaltwasser, Cristóbal (2017): Populism. a very short introduction. New York: Oxford University Press.
- N**äser-Lather, Marion; Oldemeier, Anna Lena; Beck, Dorothee (Hg.) (2019): Backlash!? Antifeminismus in Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Roßdorf: Ulrike Helmer Verlag.
- P**aternotte, David; Kuhar, Roman (2018): “Gender ideology” in movement: Introduction. In: Roman Kuhar und David Paternotte (Hg.): Anti-Gender Campaigns in Europe. Mobilizing against Equality. London, New York: Rowman & Littlefield, S. 1–22.

Planert, Ute (1998): Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Rosenbrock, Hinrich (2012): Die antifeministische Männerrechtsbewegung. Denkweisen, Netzwerke und Online-Mobilisierung ; eine Expertise für die Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Bd. 8).

Sauer, Birgit (2017): Gesellschaftstheoretische Überlegungen zum europäischen Rechtspopulismus. Zum Erklärungspotenzial der Kategorie Geschlecht. In: Politische Vierteljahresschrift 58 (1), S. 1–20.

Scheele, Sebastian (2016): Vom Antifeminismus zum ‚Anti-Genderismus‘? Online verfügbar unter https://www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/08/scheele_diskursive_verschiebung_antifeminismus.pdf.

Schenk, Herrad (1980): Die feministische Herausforderung. 150 Jahre Frauenbewegung in Deutschland. München: Beck.

Schmincke, Imke (2015): Das Kind als Chiffre politischer Auseinandersetzung am Beispiel neuer konservativer Protestbewegungen in Frankreich und Deutschland. In: Sabine Hark und Paula-Irene Villa (Hg.): (Anti-)Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: Transcript, S. 93–107.

Schmincke, Imke (2018): Frauenfeindlich, sexistisch, antifeministisch? Begriffe und Phänomene bis zum aktuellen Antifeminismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 68 (17), S. 28–33.

Schulz, Claudia; Bartz, Angelina (2017): Genderfragen und ihre Verunglimpfung. Kirchliche Positionen und Handlungen als Gegenstand von Hate Speech. In: Ariadne. Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte (71), S. 46–53.

Strube, Sonja (2017): Rechtspopulistische Strömungen und ihr Anti-Genderismus. In: Margit Eckholt (Hg.): Gender studieren. Lernprozess für Theologie und Kirche. Ostfildern: Matthias Grünewald Verlag, S. 105–120.

Verloo, Mieke (Hg.) (2018): Varieties of opposition to gender equality in Europe. New York, London: Routledge.

Wimbauer, Christine; Motakef, Mona; Teschlade, Julia (2015): Neun prekarisierungstheoretische Thesen zu Diskursen gegen Gleichstellungspolitik und Geschlechterforschung. In: Sabine Hark und Paula-Irene Villa (Hg.): (Anti-) Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld: Transcript, S. 41–57.

Wodak, Ruth (2016): Politik mit der Angst. Zur Wirkung rechtspopulistischer Diskurse. Wien: Edition Konturen.



WAGMERS

Thomas Wagner

Die Neue Rechte und die Kunst der Provokation

Im Jahr 2018 hatten der rechte Verleger Götz Kubitschek und seine Frau, die Publizistin Ellen Kositzka, auf der Frankfurter Buchmesse viele Lacher auf ihrer Seite. Nach dem Tumult den der Auftritt des Verlags im Jahr zuvor auslöste, musste er damit rechnen, dass die Buchmessen-Leitung ihm einen abgelegenen Standplatz zuteilen würde. Der Marginalisierung kamen sie mit einer gewitzten Aktion zuvor. Kubitschek teilte der verdutzten Öffentlichkeit mit, künftig im konservativen Spektrum als Politikberater wirken zu wollen und seinen Verlag Antaios an den bis dahin nicht in Erscheinung getreten Zahnarzt Dr. Thomas Veigel verkauft zu haben. Antaios, so heißt es in der Pressemeldung vom 10. Oktober 2018, werde »unter dem neuen Dach als Imprint weitergeführt und behält seinen Namen. Ellen Kositzka übernimmt als Programmleiterin die inhaltliche Ausrichtung«. Die Verlagsseite kündigte eine »Homestory« über das Verlegerehepaar an. Aus dem Ankündigungstext: »Sie kamen zur Selbstinszenierung wie die Jungfrau zum Kinde: K&K. Hier erfährt man die „ganze Geschichte“ und sämtliche Hintergründe aus Schnellroda: Warum werden die Ziegen, der Hahn und die Ganter gesiezt, sämtliche Hasen, Hennen, Entenfrauen aber geduzt? Was treibt der Kubitschek überhaupt in seiner Freizeit? Und warum müssen die hauseigenen Kinder erst gehäkelte und geklöppelte Werkstücke abliefern, bevor sie unter strenger Betreuung ein Buch lesen dürfen?« Die Verlagsseite zitiert ein Zitat aus dem Dadaistischen Manifest von Richard Huelsenbeck, datiert auf den 12. April 1918.¹ Alle angekündigten Bücher haben einen Umfang von 124 Seiten und kosten 19,18 Euro. Eine ganze Menge Journalisten übersahen, die Hinweise auf den Fake, fielen darauf herein und transportierten die Botschaft.² So

kam es, dass Kubitschek und Kositzka die Gelegenheit hatten, ihre Bücher doch noch zu präsentieren, die Diskussion um die Buchmesse ein weiteres Mal mitzubestimmen und – indem sie die über sie kursierenden Klischees karikierten – ihre Gegner und auch ein bisschen sich selbst auf die Schippe zu nehmen. Anders, als viele überzeugte Antifaschisten glauben, beschränkt sich das Handlungsrepertoire der radikalen Rechten keineswegs auf rohe Gewalt und stupide Parolen. Wer ihnen unterstellt, sie seien humorlos oder geistige Tiefflieger, wird in der politischen Auseinandersetzung in der demokratischen Öffentlichkeit, in der es immer auch darum gehen muss, die Mehrheit des Publikums von den eigenen Argumenten zu überzeugen, das Nachsehen haben. Es macht daher Sinn, sich die Strategien rechtsintellektueller Aufmerksamkeitserzeugung genauer anzuschauen, um für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen besser gewappnet zu sein.

1. Auch ich, der ich mir die Loci-Verlagsseite zunächst nur oberflächlich auf dem Smartphone angeschaut hatte, fiel einen Moment lang darauf rein. Dass Kubitschek, den ich ein paar Jahre zuvor eher als einen wenig an praktischer Politik interessierten Literaten eingeschätzt hatte, mittlerweile Geschmack daran gefunden haben könnte, in diesem Feld eine beratende Tätigkeit auszuüben, hielt ich zu diesem Zeitpunkt nicht mehr für abwegig.

2. Da heißt es: »Künstler sind Kreaturen ihrer Epoche. Die höchste Kunst wird diejenige sein, die in ihren Bewusstseinsinhalten die tausendfachen Probleme der Zeit präsentiert, der man anmerkt, dass sie sich VON DER EXPLOSION DER LETZTEN WOCHEN werfen ließ, die ihre Glieder immer wieder UNTER DEM STOSS DES LETZTEN TAGES zusammensucht. Die besten und unerhörtesten Künstler werden diejenigen sein, die stündlich die Fetzen ihres Leibes aus dem Wirrsal der Lebenskatarakte zusammenreißen. VERBISSEN IN DEN INTELLEKT DER ZEIT, blutend an Händen und Herzen. GEGEN DIE WELTVERBESSERNDEN THEORIEN literarischer Hohlköpfe!«

Kubitscheks subversives Manifest

Die »kluge, arrogante, witzige, schockierende, plötzliche, stete, situative Provokation«³ sei nach wie vor das geeignete Mittel im Kampf gegen untragbar gewordene Institutionen, heißt es in dem 2007 erschienenen Büchlein »Provokation« von Götz Kubitschek. Darin nutzt der ehemalige Oberleutnant der Reserve mit ausgeprägtem literarischem Interesse⁴ das Beispiel avantgardistischer Kunst und des studentischen Protests der außerparlamentarischen Opposition (APO), um einen eigenen Aktionsstil zu begründen.⁵ Vorhergegangen war ein jahrelanger Austausch mit den 68ern Günter Maschke und Bernd Rabehl.⁶ Sie gehörten neben Dieter Kunzelmann, Herbert Nagel, Rudi Dutschke und Frank Böckelmann zur Subversiven Aktion. Das Theorieblatt der »Subversiven Aktion« hieß Anschlag, was zugleich auf eine Veröffentlichungsform (Aushang, Plakat), das Antippen oder Zupfen von Musikinstrumenten und auf eine Aktionsform verwies: das Zuschlagen oder Putschen. Kubitscheks Schrift »Provokation« wiederholt diese Geste. »Wozu sich erklären? Wozu sich auf ein Gespräch einlassen, auf eine Beteiligung an einer Debatte? Weil Ihr Angst vor der Abrechnung habt, bittet Ihr uns nun an einen Eurer runden Tische? Nein, diese Mittel sind aufgebraucht, und von der Ernsthaftigkeit unseres Tuns wird Euch kein Wort überzeugen, sondern bloß ein Schlag ins Gesicht.«⁷ Und: »Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.«⁸ Immer wieder wird behauptet, diese Sätze seien ja nun der ultimative – gewissermaßen der schlagende – Beweis dafür, dass den Rechtsintellektuellen, die sich heute in die Fußstapfen der »Konservativen Revolution« stellen, an wirklichen inhaltlichen Kontroversen gar nicht gelegen sei.⁹ Ich denke, das ist ein Kurzschluss.¹⁰ Kubitscheks Text atmet den Geist radikaler Künstler-Manifeste des 20. Jahrhunderts. Man sollte ihn nicht als politisches Programm oder umfassende politische Handlungslehre missverstehen. Als er zum ersten Mal veröffentlicht wurde, war der Erfolg einer Rechtspartei wie der AfD noch nicht abzusehen. In meinen Augen handelt es um einen symbolischen Akt, mit dessen Hilfe eine sich selbst als marginalisiert empfindende Gruppe sich überhaupt erst einmal Gehör und damit Zugang zum öffentlichen Diskurs zu verschaffen versucht.¹¹ Ob, und wenn ja, wie man sich

3. Der zunächst als Einzelband in der Antaios-Reihe »Kaplaken« erschienene Text wurde wieder abgedruckt in Götz Kubitschek: Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000 -2016, hier Seite 73.

4. Gesinnungsgenossen empfiehlt er neben einschlägigen theoretischen Schriften von Ernst Jünger, Alain de Benoist und anderen ausdrücklich die Lektüre von schöner Literatur. »Vermutlich eignen sich Romane sogar noch besser als theoretische Schriften für die Suche nach dem rechten Maß. Kennt ihr ‚Der Vater‘ von Jochen Klepper (über Dienst und Demut)? ‚Die Kinder der Finsternis‘ von Wolf von Niebelschütz (über die Entschlossenheit)? ‚Der Großtyrann und das Gericht‘ von Werner Bergengruen (über die Missachtung des Maßes)? Oder ‚Die vierzig Tage des Musa Dagh‘ von Franz Werfel (über die Aufopferung), ‚Jürg Jenatsch‘ von Gottfried Keller (über Politik und Schuld), ‚Die schwarze Weide‘ von Horst Lange (über das Verhängnis)? Wer sich von solchen Schulen des Lebens nicht belehren lässt«, so Kubitschek, »wer sich während einer solchen Lektüre nicht aufrichtet, um sein Leben zu ändern, der wird die Türe nie finden, durch die wir gegangen sind.

5. Er war allerdings nicht der erste Rechte, der sich darin versuchte. In der Bundesrepublik reicht die »Geschichte der provozierenden Performance von rechts« bis in die späten fünfziger Jahre zurück, als Marcel Hepp gemeinsam mit seinem Bruder Robert diese Methode nutzte, um seine »Katholische Front« – später: »Konservative Front« – bekannt zu machen. Sie verteilten Flugblätter, organisierten Go-ins und Teach-ins. Dass sie dabei auch Professoren verbal angriffen, war für die damalige Zeit ungewöhnlich. »Diese rechten Studentengruppen agierten an den Universitäten Tübingen und Erlangen und stellten sich gegen die Aufarbeitung der deutschen Verbrechen während des Zweiten Weltkriegs«, (vgl. Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes. Stuttgart 2017, Seite 125). Durch die Vermittlung von Armin Mohler wurde der bereits 1970 an den Folgen einer Krebserkrankung verstorbene Marcel Hepp persönlicher Referent von Franz Josef Strauß und Chefredakteur des Bayernkurier.

6. Mir gegenüber erklärte Götz Kubitschek im Herbst 2016: »Ich habe mich mit Rabehl darüber unterhalten, wie die Atmosphäre in den Jahren 1962, 1963, 1964 war und wie sie dann 1966 und 1968 war, als etwas durchbrach, das sich lange vorbereitet hatte. Auch mit Günter Maschke habe ich über diese Fragen gesprochen. Beide konnten das sehr plastisch beschreiben. Dabei stellt sich die Frage, welche katalytische Bedeutung solchen Gruppen wie der Kommune, den Situationisten und der Subversiven Aktion um Fritz Teufel, Dieter Kunzelmann oder auch Frank Böckelmann zukam. Sie haben damals bestimmte Provokationsstrategien auf die Spitze getrieben. Das geschah nicht aus Lust und Laune heraus, sondern reflektiert, mit einem unglaublichen Aufwand an Selbstrechtfertigung. Ich bin mir nicht klar darüber, wie wichtig die Impulse dieser Gruppen am Ende waren. Ob es sich nicht um Tendenzen handelte, die einfach zum Zuge kamen. Jedenfalls kenne ich Rabehl sehr gut und habe Begrifflichkeiten und Theorieansätze von ihm übernommen« (zit. n. Thomas Wagner: Die Angstmacher. 1968 und die Neue Rechte. Berlin 2017).

7. Ebenda, Seite 77f.

8. Ebenda, Seite 75f.

9. Auch der von mir geschätzte Autor Richard Gebhardt tat das vor einem Jahr im *Argument*. Vgl. Richard Gebhardt: »... bloß ein Schlag ins Gesicht« 1968, die Neue Rechte und die Grenzen des politischen Diskurses«, in: *Das Argument* 324, 2018, Seite 556-563 sowie meine Antwort: Thomas Wagner: » Wer die Rechte bekämpfen will, muss ihr Denken kennen. Eine Antwort auf Richard Gebhardt«, in: *Das Argument* 325, 2018, Seite 107-114.

10. Das betont martialische Auftreten der Subversiven Aktion hat einen Mann wie Dutschke keineswegs davon abgehalten, immer wieder die argumentative Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner zu suchen. Selbst seinen Attentäter, dem rechtsradikalen Josef Bachmann, hat er in Briefen bekanntlich von der guten sozialistischen Sache zu überzeugen versucht.

11. Wie gering man vor dem Durchbruch der AfD in diesem Kreis die Chance einschätzte, jemals selbst politisch Wirkung entfalten zu können, geht aus einem bei Antaios erschienenen Gesprächsband hervor: Ellen Kositzka/Götz Kubitschek: *Tristesse Droite. Die Abende von Schnellroda*. Schnellroda 2015.

12. Koenen, Gerd: *Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 – 1977*. Frankfurt am Main 2011, Seite 43.

13. Böckelmann, Frank/Nagel, Herbert: *Subversive Aktion. Der Sinn der Organisation ist ihr Scheitern*. Frankfurt a.M. 2002, Seite 35.

14. Rabehl, Bernd: »Die Provokationselite: Aufbruch und Scheitern der subversiven Rebellion in den sechziger Jahren«, in: Siegwald Lönnendonker/Bernd Rabehl/Jochen Staadt: *Die antiautoritäre Revolte. Der Sozialistische Deutsche Studentenbund nach der Trennung von der SPD*. Band 1: 1960 – 1967. Wiesbaden 2002, Seite 405.

15. Bernd Rabehl 2002, S. 405.

16. Auch für die Identitäre Bewegung sind die Aktionsformen der APO von 68 und Rudi Dutschke eingeständenermaßen ein Vorbild.

als politischer Gegner darauf einlässt – also die Frage, ob man mit Rechten reden soll, kann oder darf, ist eine losgelöst davon zu klärende Frage, die an dieser Stelle nicht erörtert werden soll.

Seit dem Herbst 1964 agierte der Berliner Zweig der »Subversiven Aktion« auch unter dem Namen »Anschlag«. Federführend waren Rabehl und Rudi Dutschke. Ihre Absicht: Den SDS von den Rändern her zu radikalisieren. Das gelang vor allem in Berlin. Im Januar 1965 trat die Berliner Mikrozelle dem SDS bei und bildete seine antiautoritäre Fraktion. Auf diese Weise verwandelte sich der altbackene linke Studentenbund »zu einer revolutionär auftretenden Jugendavantgarde«, ¹² aus der 1967 auch die Kommune 1 hervorgehen sollte. Durch die gezielte Provokation etablierter Institutionen sollen die Vertreter des Establishments aus der Reserve gelockt, zu Überreaktionen verleitet und das

System auf diese Weise als repressiv entlarvt werden. Das politische Kalkül war seit Ende der fünfziger Jahre innerhalb der linksgerichteten Situationistischen Internationale um den französischen Experimentalfilmer Guy Debord und den dänischen Künstler Asger Jorn entwickelt worden. Die Situationisten wollten die sie umgebende Realität nicht nur spiegeln, sondern die Gesellschaft verändern, indem sie »revolutionierende Situationen« ¹³ herstellten. Als das geeignete Mittel dazu erschien ihnen die Provokation etablierter Institutionen. Die Vertreter des Establishments sollten aus der Reserve gelockt werden. Deren »Reaktionen sollten entlarven, entblößen oder auch nur für Augenblicke Zustände, Vorurteile, Hass und Emotionen aufleuchten lassen«. ¹⁴ Es ging darum, den Widerspruch zwischen dem, was ist, und dem, was sein könnte, zu verdeutlichen und im Hier und Jetzt bereits Elemente der angestrebten anderen Ordnung vorwegzunehmen. »Arbeitsbewegung und Marxismus schienen in revolutionärer Hinsicht versagt zu haben. Im Westen hatte es zur Eroberung der politischen Macht nicht gereicht und die Massen schienen sich in der kapitalistischen Konsumgesellschaft dauerhaft einrichten zu wollen, im Osten waren Parteidiktaturen etabliert worden. Nichts schien mehr zu gehen, eine wunderbare Situation um etwas Neues auszuprobieren. »Das Experiment und der Prozess der Kunst sollten auf die Politik übertragen werden« schreibt Rabehl im Rückblick. ¹⁵ Das geschah mit bemerkenswertem Erfolg, so dass sich heute rechte Aktivisten daran orientieren. Kubitschek rief die Konservativ Subversive Aktion ins Leben, die es im Jahr 2008 mit einigen spektakulären Aktionen bis in die großen Zeitungen und – infolge der Störung einer Buchvorstellung des Schriftsteller Günter Grass – einmal sogar in die Tagesthemen hineinschaffte. Dann gerieten diese Aktionsformen ein paar Jahre ins Vergessen, bis sie von einer neuen Generation rechter Aktivisten, den Identitären, wieder aufgegriffen wurden. ¹⁶ Heute sind es nicht konservative Spießer, sondern die verbürgerlichten, überwiegend linksliberal eingestellten Akteure des Kulturbetriebs, die sich auf diese Weise verunsichern lassen. Man lässt unliebsame Bücher von Bestsellerlisten verschwinden, erteilt prophylaktisch symbolische Hausverbote an potenzielle Theaterbesucher von Rechtsaußen und führt eine nicht enden wollende Debatte darüber, ob und unter welchen Umständen und zu welchem Zweck man mit Rechten reden soll.

Das Erbe der Kunstavantgarde

Ich möchte nun etwas zur Genese der Kunst der politischen Provokation anfügen. Meine bisherige Darstellung könnte den Eindruck erwecken, dass die Neue Rechte alles Wesentliche bei den Linken abgekupfert habe. Ganz so einfach ist es nicht. Denn die Kunst der Provokation hat in der Moderne eine lange Tradition, die – wenn man den Zeitstrahl rückwärts entlang schreitet – von der Situationistischen Internationale über die Surrealisten und Dadaisten bis in das Italien der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurückreicht.¹⁷ Bei näherer Betrachtung zeigt sich: Die von links wie von rechts genutzten Formen der symbolischen Intervention haben eine gemeinsame Wurzel: die von den italienischen Futuristen um den Dichter Filippo Tommaso Marinetti damals entwickelte Aktionskunst.¹⁸ Alle wichtigen Elemente der späteren Performance-Kunst sind bei ihnen schon vorhanden: das Aufbrechen etablierter Formen, die Auflösung der Grenzen von Kunst und Wirklichkeit, die Publikumsbeschimpfung und Partizipation der Besucher und Besucherinnen der entsprechenden Veranstaltungen. Die avantgardistischen Künstler legten es darauf an, die bürgerliche Öffentlichkeit zu schockieren. Sie kombinierten Gedichtvorträge, Manifeste und Reden sowie die Aufführung der Geräuschmusik von Luigi Russolo, dessen selbstgebaute Instrumente den Sound der Großstadt in den Bühnensaal hineinbringen sollten. Was die Einstürzenden Neubauten später unter den besonderen Bedingungen Westberlins seit Anfang der 1980er Jahre wiederholen sollten. Allerdings darf bezweifelt werden, dass die Post-Punk-Gruppe bei ihrem Publikum eine ähnlich durchschlagende Wirkung hatten. Die als besonders cool geltende Berliner Szene soll wenig zu beeindrucken gewesen sein und ein in alle möglichen Richtungen erweiterter Kunstbegriff mochte zwar nicht allen gefallen, doch schockieren ließ man sich in den interessierten Kreisen davon wohl ebensowenig, wie den kunstverständigen Soziologen Arnold Gehlen bei einer Düsseldorfer Podiumsdiskussion mit Joseph Beuys über Kunst und Antikunst am 27. Januar 1970. Er habe als Schüler im Jahr 1920 eine der ersten Dada-Veranstaltungen besucht. Was dort passiert sei, sei wirklich provokativ gewesen, sei aber «nun natürlich nicht mehr herzustellen». Allerdings schloss er wohl zu forschen von sich auf die Mehrheit der Zeitgenossen, als er sagte: «Ich möchte den sehen, der sich noch von Kunst provozieren lässt». Die Massen hingegen ließen sich durch «Antikunst» in den 1960er Jahren wohl

schon noch schockieren. Sonst hätten sich aktionistische Regelverstöße durch Akteure der Studentenrevolte nicht so gut als Mittel der Aufmerksamkeitsgenerierung einsetzen lassen. Anders die in Theaterhäusern in ganz Italien stattfindenden Abendvorstellungen der Futuristen. Der Effekt war enorm. Wenn hier die üblichen Genregrenzen zwischen Malerei, Literatur und Musik gesprengt wurden und offene Formen gewählt wurden, wollte der überwiegende Teil des Publikums das Geschehen keineswegs als Kunst begreifen. Die Kunsthistorikerin Ann-Katrin Günzel hat herausgearbeitet, inwiefern es sich bei dem, was damals in den Theatern geschah, um eine frühe Form von Aktionskunst handelt.¹⁹ Darin zeigt sie, dass die Futuristen auf der Bühne keine fiktiven Personen darstellten, sondern als Einheit von Autor und Darsteller agierten. Als das Publikum nach den ersten Auftritten wusste, was es zu erwarten hatte, reichte ihr bloßes Erscheinen auf der Bühne, um den von Marinetti und seinen Mitstreitern intendierten Tumult zu erzeugen. Die aktive Beteiligung des Publikums machte jede Aufführung zu einem Erlebnis, das für einen Moment die Grenze zwischen Fiktion und Wirklichkeit aufzuheben schien. Für einen großen Teil des Publikum, die Kunst traditioneller Weise als Präsentation ästhetischer Fertigkeiten verstanden, war das als Kunstform nicht nachvollziehbar. Man hielt die Protagonisten auf der Bühne für Scharlatane. Die Reaktionen waren entsprechend ungehalten. Aber dadurch, dass es sich provozieren ließ, spielten die geschockten Theaterbesucher das Spiel der Futuristen mit. Diese verstanden sich darauf, die oft ohnehin gereizte Stimmung durch gezielt eingesetzte Publikumsbeschimpfungen noch zu verstärken. So am 21. April 1914, als im Mailänder Teatro Dal Verne eine futuristische Abendveranstaltung stattfand, bei der Russolo seine ganze Palette selbstgebauter Geräuschinstrumente zum Einsatz brachte. Da die anfangs durchaus interessierte Zuhörerschaft bald dazu überging, den Lärm mit Gelächter, Gesang, Geschrei und anderen Geräuschen zu übertönen, begann Marinetti mit einer Schimpfkanonade. Damit löste er einen regelrechten Aufruhr aus, bei dem zahlreiche Gegenstände durch die Luft flogen: Obst, Gemüse, Hüte, Schals, Handschuhe und andere Kleidungsstücke. Das zerstörte Mobiliar flog in Richtung Bühne und schließlich detonierte dort sogar eine Rauchbombe. Als es darüber hinaus zu Schlägereien kam, griff die Polizei in das Geschehen ein. Das Ganze wurde von Russolos Geräuschmusik begleitet. Solche Tumulte, bei denen die Bestuhlung und das Mobiliar der Veranstaltungsorte regelrecht zerlegt wurden, waren bei den Auftritten der Futuris-

ten nicht die Ausnahme sondern die Regel. Nicht selten schritt die Polizei ein, um die von den Künstlern mit Absicht entfesselten Saalschlachten zu beenden. Schon im Jahr 1913 hatten sich die Tumulte so sehr verselbständigt, dass der Auftritt der Futuristen beinahe wie eine bloße Kulisse für die von allen Seiten erwarteten Krawalle wirkte. Die Futuristen um Marinetti waren also Aktionskünstler, viele Jahrzehnte bevor es den Begriff überhaupt gab. Alle wichtigen Elemente der späteren Performance-Art und des Fluxus sind bei ihnen schon vorhanden: die Auflösung der traditionellen Genre Grenzen zwischen Dichtkunst, Malerei, Theater und Konzert, die Publikumsbeschimpfung und die Zuschauerpartizipation. Bei der Lektüre zeitgenössischer Schilderungen fühlt man sich an Schilderungen der ersten Auftritte von Punkbands in den 1970er-Jahren erinnert, bei denen die Bands das Publikum bespuckten, das wiederum zurück spuckte.²⁰ Ohne das Beispiel der Futuristen wäre das am 5. Februar 1916 in der Spiegelgasse 1 in Zürich von Hugo Ball und Emmy Hennings eröffnete Cabaret Voltaire wahrscheinlich nie entstanden. Die späteren Dada-Künstler kannten die Positionen der Futuristen nicht nur aus Beiträgen der von Herwarth Walden herausgegebenen Zeitschrift «Der Sturm» und aus Ausstellungen. Sie unterhielten auch persönliche Kontakte zu den italienischen Künstlern. Die Dichtung des Dada orientierte sich an Marinettis Idee, das Wort von allen Konventionen des Versmasses zu befreien. Ihre Abendveranstaltungen glichen dem Bühnenspektakel der Futuristen zuweilen bis aufs Haar. Gemeinsam erklärte man dem die Feindschaft, was die damalige bürgerliche Gesellschaft als schön bezeichnete. Allerdings gab es – ungeachtet dieser gemeinsamen antibürgerlichen Frontstellung gegen hergebrachte Konventionen – wichtige politische Überzeugungen, in denen sie sich von den Futuristen unterschieden. So propagierten Letztere einen äußerst aggressiven Nationalismus.²¹ Während Marinetti den Krieg als Ferment der Erneuerung verherrlichte, lehnten die Dadaisten die Gewalt als Mittel staatlicher Politik ab. Während die Futuristen um Marinetti die alten Werte zerstören wollten, um eine neue, von den Künstlern bestimmte Ordnung an ihre Stelle zu setzen, kultivierten die Dadaisten eine Haltung des Nihilismus, der radikalen Negation von allem und jedem. Der mit dem Faschistenführer Benito Mussolini befreundete Marinetti schloss sich mit einigen seiner Mitstreiter der faschistischen Bewegung an. Der anfangs auf die Zerstörung aller konventionellen Formen drängende Dichter legitimierte als hoher Kulturfunktionär die repressive Ordnung des faschistischen Staats.

17. Die Überlegungen dieses Abschnitts knüpfen an einen Essay an, den ich am 24. Mai 2018 in der NZZ veröffentlicht habe: Thomas Wagner: »Nicht die Linken haben die Kunst der politischen Provokation erfunden: Es waren die präfaschistischen Futuristen«.

18. Als ich diese Spur verfolgte, hatte ich eine mich stutzend machende Bemerkung von Martin Sellner im Ohr, die der Kopf der Identitären Bewegung in Österreich mir gegenüber in einem Gespräch machte. Er sagte, dass die Mittel, die die Identitären von der Linken adaptiert haben, im Grunde gar nicht so richtig zu dieser passten. Sie seien mit einem starken Ästhetizismus verbunden und hätten einen symbolischen Charakter, der fast schon an magische Rituale erinnere. »Das entspricht«, so Sellner, »eher einer rechten Haltung gegenüber der Welt. So wie der Vogel sein Nest bauen muss, braucht der Mensch seine Helden, Lieder und Erzählungen. Das ist auch der Grund, warum alle Rechtsintellektuellen Essayisten waren und warum sie immer gern Romane geschrieben haben oder zumindest Romanciers gewesen wären, wenn sie das Talent dazu gehabt hätten«.

19. Ann-Katrin Gützel: Eine frühe Aktionskunst: die Entwicklung der ‚arte-azione‘ im italienischen Futurismus zwischen 1910 und 1922. Ein Vergleich mit Happening und Fluxus. Berlin 2005.

20. Der Musikjournalist und Kulturhistoriker Greil Marcus zeigt in seinem 1989 veröffentlichten Buch »Lipstick Traces. Von Dada bis Punk«, wie sehr sich die provokativen Gesten und die Haltungen der frühen Punks, der Situationisten und der Dada-Künstler bis zur Ununterscheidbarkeit ähneln. Sie demonstrierten durch ihr eigenes Beispiel, dass es eine Alternative zu den herrschenden Konventionen gab. Die Institutionen hatten eine Geschichte, aber ihre Zukunft war noch nicht festgeschrieben. Die italienischen Futuristen streift Marcus in seiner Darstellung nur ganz am Rande.

21. Während der allerersten »serata« am 12. Januar 1910 auf der Bühne des Teatro Politeama Rossetti in Triest erhob Marinetti in einer patriotischen Rede Anspruch auf die damals noch zu Österreich-Ungarn gehörende Hafenstadt. Als er am 15. Februar 1910 das aufgebraute Publikum des Mailänder Teatro Lirico mit der Parole »Nieder mit Österreich« aufwiegelte, schritt die Polizei ein und entfernte ihn und seine Mitstreiter von der Bühne.

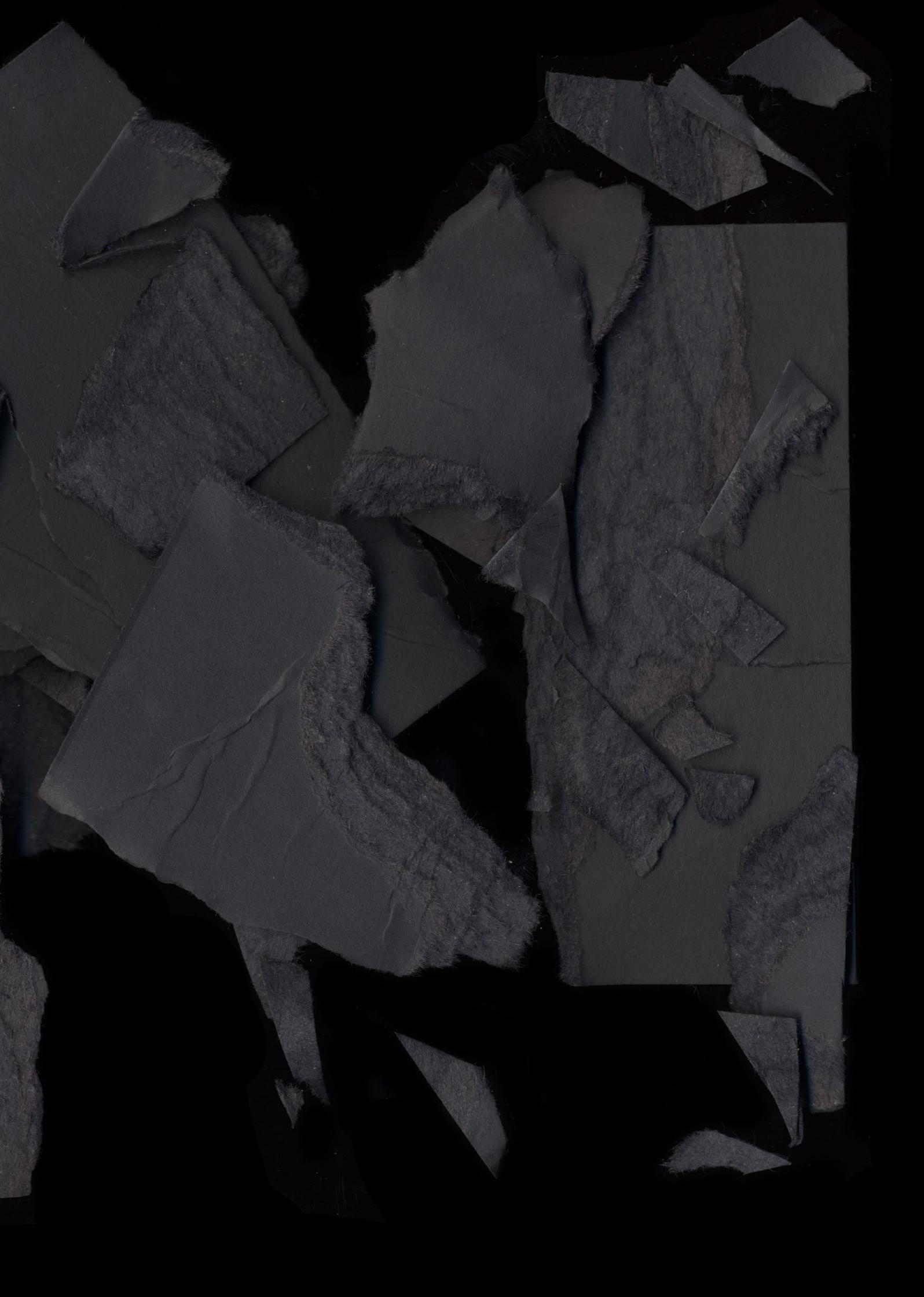
Was die Ähnlichkeit im Aktionsstil betrifft, lag Jürgen Habermas nicht falsch, als er sich 1967 bei der von Rudi Dutschke propagierten Provokationsstrategie an entsprechende Aktionen des frühen italienischen Bewegungsfaschismus erinnert fühlte. Im Juni 1967 sagte Habermas auf dem Hannoveraner Kongress »Hochschule und Demokratie«, die APO-Strategie bewusster »Provokationen« der herrschenden Institutionen sei »ein Spiel mit dem Terror (mit faschistischen Implikationen).«²² Dafür erntete er heftigen Widerspruch aus der studentischen Protestbewegung und von anderen Linksintellektuellen.²³ In einem Brief an den Dichter Erich Fried erklärte Habermas, was er mit seiner Äußerung meinte. Das politische Konzept der Antiautoritäten ähnelte »gewissen, an Sorel anknüpfenden linken Tendenzen des frühen italienischen Faschismus«. Er fügte hinzu, »dass das sozialpsychologische Potential, an das Dutschke appelliert, höchst ambivalent ist und fast ebenso gut 'rechts' wie 'links' kanalisiert werden könnte, weil die Befriedigung (...) nicht aus der Realisierung eines bestimmten politischen Ziels, sondern aus der Aktion um ihrer selbst willen«²⁴ gezogen werde. Im Nachhinein kann man sagen, dass Habermas damals einen guten Riecher hatte. Denn bei aller Gegensätzlichkeit in den politischen Zielen: In ihrer antibürgerlichen Haltung und den Mitteln der Aufmerksamkeitserzeugung ähnelten sich die avantgardistische Rechte des frühen 20. Jahrhunderts und der antiautoritär-subversive Zweig der Linken in den 1960er Jahren auf eine auffällige Weise. Würde sich die Linke über solche Zusammenhänge mehr Klarheit verschaffen, stünde sie den Provokationen der Rechten womöglich weniger rat- und hilflos gegenüber.

22. Zit. n. Gerd Koenen: Das rote Jahrzehnt. Unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967–1977. Frankfurt am Main 2011, Seite 25.

23. So in dem Sammelband: Oskar Negt (Hg.): Die Linke antwortet Jürgen Habermas. Frankfurt am Main 1968; vgl. Rolf Wiggershaus: Die Frankfurter Schule. München 1986, Seite 686f.

24. Zit. n. Gerd Koenen, a.a.O., Seite. 25 Wiggershaus: Die Frankfurter Schule. München 1986, Seite 686f.





Die Neue Rechte
Hintergründe und Hauptelemente Neurechten Denkens
Herausgegeben von
Daniel Engel, Adriana Lanza, David Meier-Arendt

Erscheinungsjahr: 2020

AStA der TU Darmstadt
Hochschulstraße 1
64289 Darmstadt

Bilder und Gestaltung
Zani Arkadina

Alle Texte sind (insofern nicht anders angegeben) unter der
Creative Commons "CC BY 4.0 International- Creative Commons,
Namensnennung" veröffentlicht.



